

Einzelplan 11

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramme Nettoausgaben nach Ausgabearten	3
Kap. 11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben	5
Kap. 11 02 Finanzausweisungen	11
Kap. 11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)	26
Anlage zu Kapitel 1103	36
Kap. 11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	45
Kap. 11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)	49
Kap. 11 06 Beihilfen	61
Kap. 11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben	63
Kap. 11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden	78
Anlage	84
Anlage zu Kapitel 1116	85
Einnahmen und Ausgaben 2009	94
Einnahmen und Ausgaben 2010	96
VE-Abschluss 2009	98
VE-Abschluss 2010	99
Einnahmen MG/TG 2009	100
Ausgaben MG/TG 2009	101
Einnahmen MG/TG 2010	103
Ausgaben MG/TG 2010	104
Wirtschaftsplan Kommunalen Investitionsfonds	106
Wirtschaftsplan Versorgungsrücklage	111

Vorwort

Im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung sind die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die fachlich nicht einem einzelnen Verwaltungszweig zufallen, sondern die Gesamtheit der Landesverwaltung betreffen.

Hierzu gehören insbesondere:

auf der Einnahmenseite

- die Steuereinnahmen (Kap. 1101)
- der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen (Kap. 1102)
- die Erstattungen von Versorgungslasten (Kap. 1105)
- die Einnahmen aus Lotterien, Sportwetten sowie die Abgaben von Spielbanken (Kap. 1101 und 1111)
- die Kreditaufnahme (Kap. 1116)

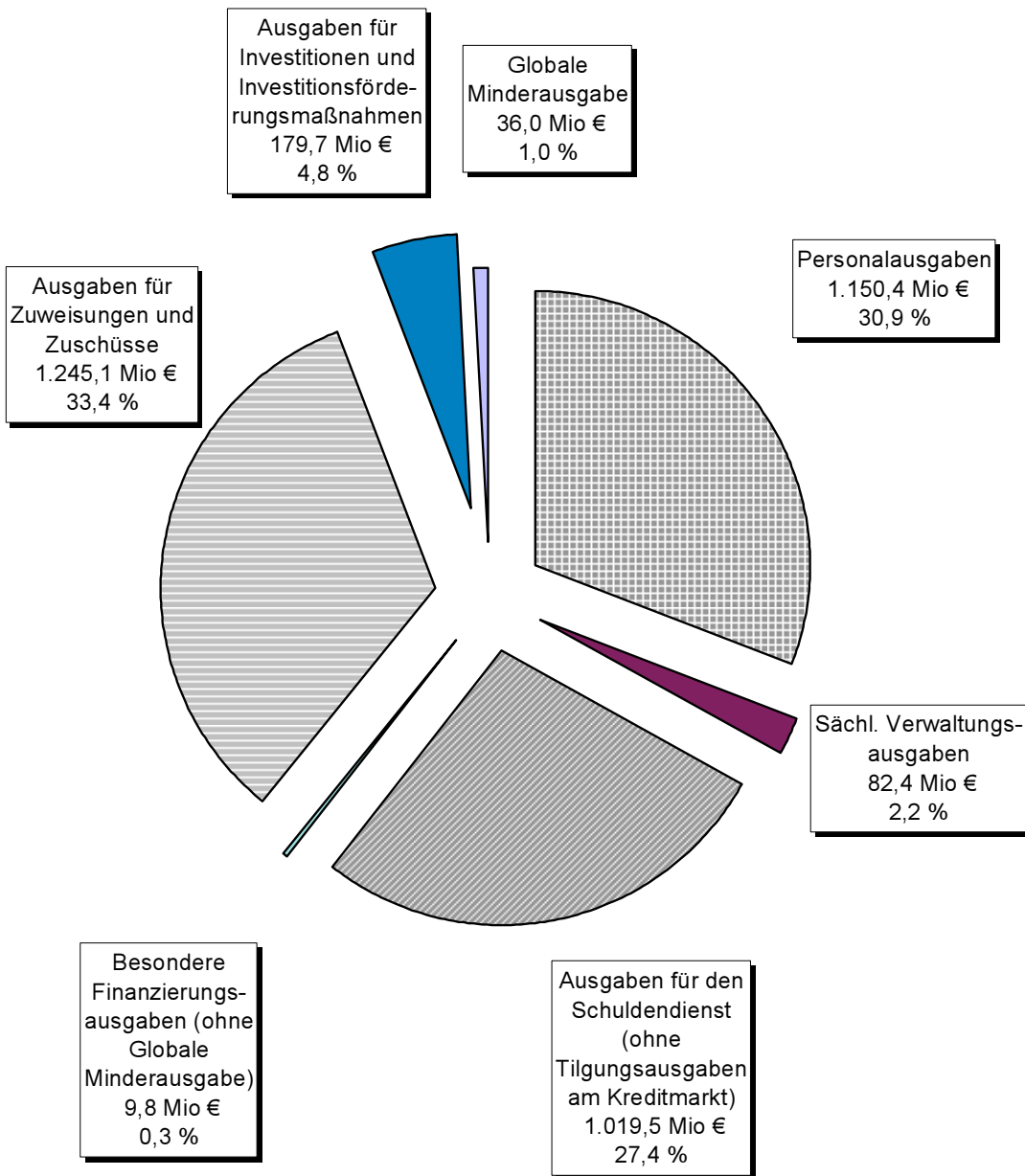
auf der Ausgabenseite

- der Kommunale Finanzausgleich und die Zuweisungen zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (Kap. 1102)
- die Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Kap. 1102)
- die Ausgaben für die Förderung von unter dreijährigen Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege sowie die Zuweisungen für ein beitragsfreies Kindergartenjahr (Kap. 1102)
- die Ausgaben des Landes für die E-Government-Infrastruktur der Kommunen (Kap. 1102)
- die Ausgaben für Kommunikations- und Informationstechnologien des Landes Schleswig-Holstein (Kap. 1103)
- die Inanspruchnahme aus Bürgschaften (Kap. 1104)
- die Versorgungsausgaben (Kap. 1105)
- die Zuführung an die Versorgungsrücklage (Kap. 1105)
- die Beihilfen (Kap. 1106)
- die Tarifverstärkungsmittel (Kap. 1111)
- Zuschüsse im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds (Kap. 1111)
- Globale Minderausgaben (Kap. 1111)
- die Zinsen, Tilgungen und das Budget des Aufgabenbereichs „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ im Rahmen einer Outputorientierten Budgetierung (Kap. 1116)

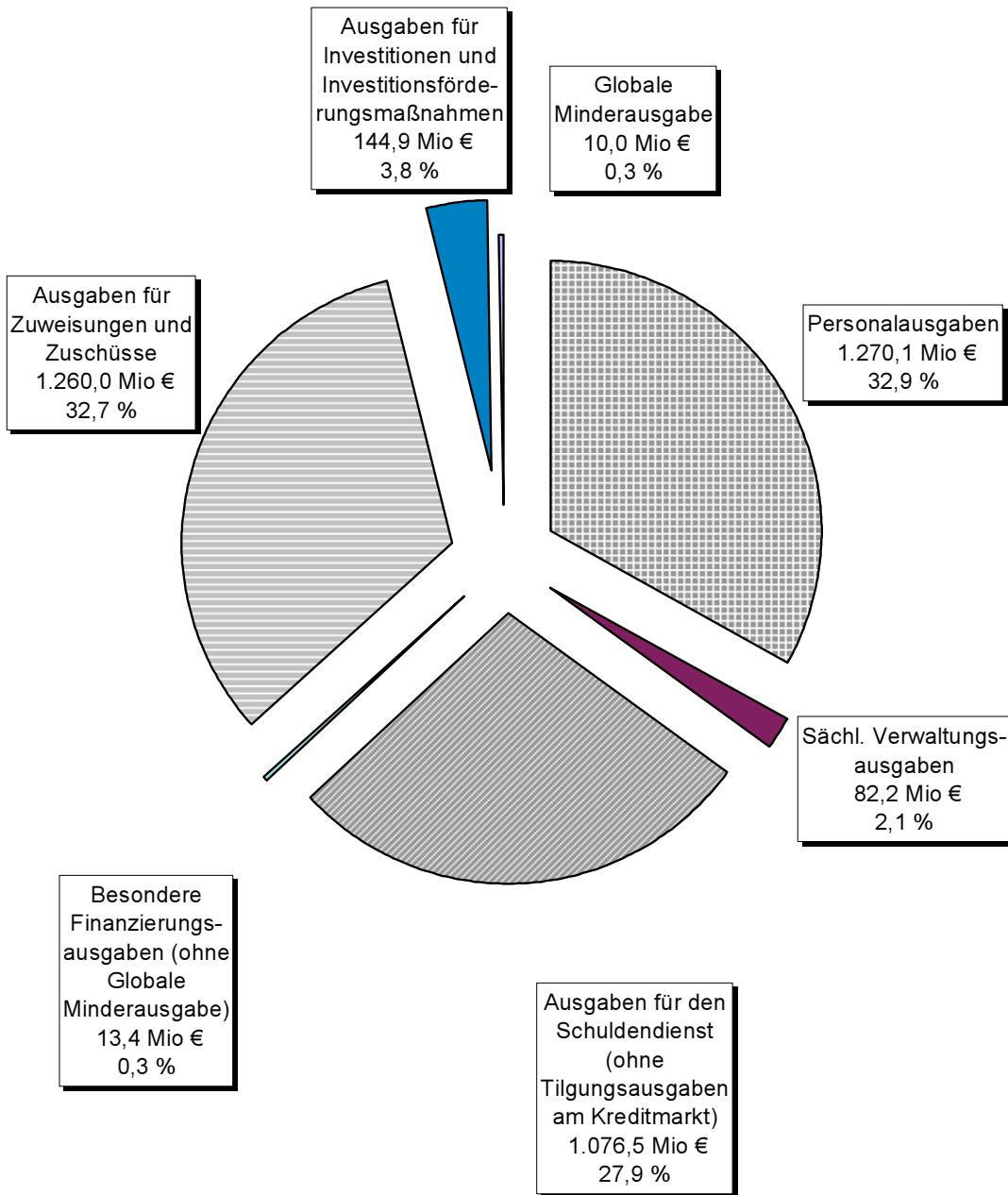
Wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

- die Finanzausgleichsmasse befindet sich zur besseren Übersicht im Kap. 1102 in den Maßnahmegruppen 01 bis 03.
- die Versorgungsrücklage (vorher Kap. 1111 TG 62) wurde in das Kap. 1105 (Versorgung) TG 61 übertragen.
- die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der HSH-Nordbank AG wurden aus dem Epl. 05 in das Kap. 1111 übertragen.

Einzelplan 11 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2009



Einzelplan 11 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2010



11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Erläuterungen:

Die Steueransätze beruhen auf dem regionalisierten Ergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 4.-5. November 2008.

Gegenüber der Steuerschätzung Mai 2007 wurden die finanziellen Auswirkungen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008, des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des Gesetzes zur Änderung kraftfahrzeugrechtlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften einbezogen.

Darüber hinaus wurden die finanziellen Auswirkungen folgender Bundesgesetze berücksichtigt:
Kinderförderungsgesetz - KiföG

Einnahmen

011 01	911	Lohnsteuer	1.706.100,0 1.727.510,0	1.998.100,0	2.099.800,0
---------------	------------	-------------------	-----------------------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Bei folgenden Titeln ist der dem Land verbleibende Anteil am Aufkommen der jeweiligen Steuerart, der in den Spalten 5 und 6 der nachstehenden Aufstellung aufgeführt ist, veranschlagt.

Titel	Gesamtaufkommen		Anteil des Landes			Anteil der Kommunen		
	2009 in T€	2010 in T€	in v.H.	2009 in T€	2010 in T€	in v.H.	2009 in T€	2010 in T€
1	2	3	4	5	6	7	8	9
011 01	4.701.500,0	4.940.700,0	42,5	1.998.100,0	2.099.800,0	15	705.200,0	741.100,0
012 01	1.110.500,0	1.082.700,0	42,5	472.000,0	460.100,0	15	166.600,0	162.400,0
013 01	225.100,0	292.500,0	50	112.500,0	146.200,0	--		
014 01	401.800,0	594.200,0	50	200.900,0	297.100,0	--		
018 01	365.800,0	378.800,0	44	160.900,0	166.700,0	12	43.900,0	45.500,0
	6.804.700,0	7.288.900,0	--	2.944.400,0	3.169.900,0	--	915.700,0	949.000,0

012 01	911	Veranlagte Einkommensteuer	310.200,0 416.071,3	472.000,0	460.100,0
---------------	------------	-----------------------------------	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 011 01.

013 01	911	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	89.800,0 108.327,4	112.500,0	146.200,0
---------------	------------	--	------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 011 01.

014 01	911	Körperschaftsteuer	291.700,0 277.093,2	200.900,0	297.100,0
---------------	------------	---------------------------	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 011 01.

015 01	911	Umsatzsteuer	1.618.200,0 1.817.372,4	2.024.300,0	2.080.700,0
---------------	------------	---------------------	-----------------------------------	--------------------	--------------------

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 015 01

Erläuterungen:

Vom Aufkommen der Umsatzsteuer stehen im Jahr 2009 nach § 1 Abs. 1 des Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des Bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" in der Fassung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955), zuletzt geändert am 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3376), dem Bund vorab 4,45 v.H. als Ausgleich für die Belastungen aufgrund der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu; vom verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund vorab 5,05 v.H. als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen den Gemeinden 2,2 v.H. zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 49,70 v.H. zuzüglich eines Betrages in Höhe von 2.162,7 Mio. € und den Ländern 50,30 v.H. abzüglich eines Betrages in Höhe von 2.162,7 Mio. € zu.

Vom Aufkommen der Umsatzsteuer stehen im Jahr 2010 nach § 1 Abs. 1 des Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des Bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" in der Fassung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955), zuletzt geändert am 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3376), dem Bund vorab 4,45 v.H. als Ausgleich für die Belastungen aufgrund der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu; vom verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund vorab 5,05 v.H. als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen den Gemeinden 2,2 v.H. zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 49,70 v.H. zuzüglich eines Betrages in Höhe von 2.062,7 Mio. € und den Ländern 50,30 v.H. abzüglich eines Betrages in Höhe von 2.062,7 Mio. € zu.

Die Auswirkungen des Kinderförderungsgesetzes wurden für 2009 und 2010 durch angepasste Abzugsbeträge berücksichtigt. Vgl. auch Titel 1102-63312

In 2009 ist in den Umsatzsteueranteilen der Länder ein Anteil von 6,30 v.H.-Punkten für Umschichtungen zugunsten der Länder zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs enthalten.

In 2010 ist in den Umsatzsteueranteilen der Länder ein Anteil von 6,30 v.H.-Punkten für Umschichtungen zugunsten der Länder zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs enthalten.

Hier ist der dem Land zustehende Anteil veranschlagt. Vgl. auch Tit. 016 01.

016 01	911	Einfuhrumsatzsteuer	603.400,0 631.618,0	692.700,0	714.200,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 015 01.			
017 01	911	Gewerbsteuerumlage	163.100,0 179.089,8	164.800,0	165.700,0
018 01	911	Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	108.700,0 169.225,8	160.900,0	166.700,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 011 01.			
051 01	911	Vermögensteuer	0,0 766,0	100,0	0,0
052 01	911	Erbschaftsteuer	169.700,0 146.910,0	110.900,0	121.200,0
053 01	911	Grunderwerbsteuer nach bisherigem Recht	0,0 3,9	0,0	0,0
053 02	911	Grunderwerbsteuer nach dem Grunderwerbsteuergesetz 1983	198.100,0 244.325,6	202.100,0	201.500,0
054 01	911	Kraftfahrzeugsteuer	311.300,0 322.158,2	315.800,0	315.800,0

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
055 01	911	Totalisatorsteuer	300,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Von dem Aufkommen an der Totalisatorsteuer werden den Trabrenn- und Galopprennvereinen 96 v.H. zugewilligt. Vgl. Tit. 1317 - 685 32.			
056 01	911	Andere Rennwettsteuern	0,0 0,0	0,0	0,0
057 01	911	Lotteriesteuer	56.500,0 56.442,2	45.000,0	52.400,0
059 01	911	Feuerschutzsteuer	13.100,0 9.984,5	11.500,0	11.100,0
		Erläuterungen: Das Steueraufkommen wird nach § 31 des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 5. September 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 433) zur Förderung des Feuerwesens und des Katastrophenschutzes verwendet. Vgl. Erläuterungen zu Kap. 0405.			
061 01	911	Biersteuer	15.500,0 13.683,3	19.300,0	14.100,0
069 01	911	Sonstige	0,0 0,0	0,0	0,0
093 01	911	Abgaben von Spielbanken	22.200,0 12.593,8	11.800,0	11.800,0
		Erläuterungen: In Schleswig-Holstein sind in Travemünde, Westerland, Schenefeld, Kiel und Flensburg Spielbanken zugelassen. Die Abgaben sind nach § 3 Abs. 2 des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein vom 29. Dezember 1995 (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 78), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. April 2007 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 233), für gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung und für Hilfeinrichtungen für Spielsüchtige sowie zur Förderung des Sports und der Jugendpflege zu verwenden. Vgl. Tit. 633 01, 633 02, 633 03, 633 04 und 633 05.			
093 02	961	Zusatzabgabe zur Spielbankabgabe	0,0 5.139,4	7.200,0	7.200,0
		Erläuterungen: siehe Erläuterungen bei Titel 093 01			
211 01	911	Zuweisungen des Bundes zum Ausgleich von Kraftfahrzeug-Steuer ausfällen	0,0 1.750,0	5.000,0	5.000,0
		Rückzahlungen aufgrund von Abrechnungen der Vorjahre dürfen von der Einnahme abgesetzt werden.			
		Erläuterungen: Veranschlagt ist die erwartete Zuweisung des Bundes aufgrund § 11 Abs. 2 Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3122), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung kraftfahrzeugsteuerlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften vom 17. August 2007 (BGBl. I S. 1958). Der Ausgleichsbetrag für entgangene Kfz-Steuererträge des Landes wird 2009 und 2010 in die Verbundgrundlagen des KFA einbezogen. vgl. dazu die Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2009/2010 im Kap. 1102			
372 01	988	Globale Steuermindereinnahmen	-50.000,0 0,0	-56.000,0	-70.000,0

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007		
			T€		

Summe der Einnahmen	5.627.900,0 6.140.064,6	6.498.900,0	6.800.600,0
----------------------------	-----------------------------------	--------------------	--------------------

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

633 01	911	An die Stadt Lübeck abzuführende Teile der Spielbankabgabe	1.625,0 1.631,5	950,0	950,0
---------------	-----	---	---------------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 10 Absatz 2 Spielbankgesetz ermittelten Anteils geleistet werden.

Erläuterungen:

An dem Aufkommen der Spielbankabgabe sind die Städte Lübeck, Westerland, Schenefeld, Kiel und Flensburg nach § 10 Abs. 2 Spielbankgesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 29. Dezember 1995 (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 78), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2001 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 15) in Verbindung mit § 1 der Landesverordnung über die Spielbankabgabe und die Zusatzabgabe vom 24. März 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 44), zuletzt geändert durch LVO vom 11. November 2008 (GVOBl. 2008, Seite 595) mit 25 v.H. beteiligt.
Vgl. auch Tit. 633 02, 633 03, 633 04 und 633 05.

633 02	911	An die Stadt Westerland abzuführende Teile der Spielbankabgabe	475,0 452,6	200,0	200,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 10 Absatz 2 Spielbankgesetz ermittelten Anteils geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 633 01.

633 03	911	An die Stadt Schenefeld abzuführende Teile der Spielbankabgabe	2.350,0 2.207,5	925,0	925,0
---------------	-----	---	---------------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 10 Absatz 2 Spielbankgesetz ermittelten Anteils geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 633 01.

633 04	911	An die Stadt Kiel abzuführende Teile der Spielbankabgabe	1.600,0 1.056,5	625,0	625,0
---------------	-----	---	---------------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 10 Absatz 2 Spielbankgesetz ermittelten Anteils geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 633 01.

633 05	911	An die Stadt Flensburg abzuführende Teile der Spielbankabgabe	700,0 598,3	250,0	250,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 10 Absatz 2 Spielbankgesetz ermittelten Anteils geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 633 01.

687 01	029	An den Bund abzuführender Anteil aus dem Biersteueraufkommen auf Grund des Art. 12 des deutsch-österreichischen Vertrages vom 2. Dezember 1890	1,1 0,9	1,1	1,1
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Österreich zustehende Anteil am Biersteueraufkommen des Landes Schleswig-Holstein im Zollanschlussgebiet "Kleines Walsertal". Nach dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 1. Oktober 1992 tragen Bayern und die übrigen 15 Länder von dem Österreich zustehenden Anteil je die Hälfte. Von der Länderhälfte entfallen auf Schleswig-Holstein 3,17 v.H.

Summe der Ausgaben			6.751,1 5.947,3	2.951,1	2.951,1
---------------------------	--	--	---------------------------	----------------	----------------

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

01 - 09	Steuern und steuerähnliche Abgaben	5.677.900,0 6.138.314,6	6.549.900,0	6.865.600,0
21 - 29	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 1.750,0	5.000,0	5.000,0
35 - 39	Besondere Finanzierungseinnahmen	-50.000,0 0,0	-56.000,0	-70.000,0
Gesamteinnahmen		5.627.900,0 6.140.064,6	6.498.900,0	6.800.600,0
61 - 69	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.751,1 5.947,3	2.951,1	2.951,1
Gesamtausgaben		6.751,1 5.947,3	2.951,1	2.951,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		5.621.148,9 6.134.117,3	6.495.948,9	6.797.648,9

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Vorwegabzug nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 FAG für den Kommunalen Schulbaufonds nach § 21 FAG
- 02 Sonstige Vorwegabzüge nach § 7 Abs. 1 FAG
- 03 Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 FAG

Erläuterungen:

zu den Einnahmen:

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und die Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds.

Erläuterungen zu den Ausgaben:

Enthalten sind die allgemeinen und zweckgebundenen Finanzzuweisungen des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (FAG) in der Fassung vom 5.9.2007 (GVObI. Schl.-H. S. 433), zuletzt geändert durch Artikel 3 Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010, die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Kreise zum Ausgleich der Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und die Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

Die Finanzausgleichsmasse nach § 5 des Finanzausgleichsgesetzes ist zur besseren Übersicht in folgenden Maßnahmegruppen veranschlagt:

- 01 (Vorwegabzug nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 FAG für den Kommunalen Schulbaufonds nach § 21 FAG),
- 02 (Sonstige Vorwegabzüge nach § 7 Abs. 1 FAG) und
- 03 (Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 FAG)

Einnahmen

211 01	911	Bundesergänzungszuweisungen	102.100,0	151.800,0	128.200,0
			136.842,2		

Erläuterungen:

Nach § 11 des Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des Bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" in der Fassung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955), zuletzt geändert am 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), gewährt der Bund leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs sowie zum Ausgleich von Sonderlasten (Bundesergänzungszuweisungen). Für das Haushaltsjahr 2009 werden Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 151.800,0 T€, für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 128.200,0 T€ erwartet.

Davon entfallen auf

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Sonderbedarfs-BEZ	53.174.000	53.174.000
2.	Fehlbetrags-BEZ	98.626.000	75.026.000
Summe		151.800.000	128.200.000

212 01	911	Ausgleichszuweisungen der Länder	96.300,0	181.500,0	140.700,0
			146.606,6		

Rückzahlungen aufgrund von Abrechnungen der Vorjahre dürfen von der Einnahme abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Die im Rahmen des Finanzausgleichs unter den Ländern erwarteten Ausgleichszuweisungen sind für 2009 mit 181.500,0 T€ und für 2010 mit 140.700,0 T€ veranschlagt.

213 01	911	Finanzausgleichsumlage gemäß § 30 FAG	0,0	0,0	0,0
			16.513,9		

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 213 01

Erläuterungen:

Von besonders steuerstarken Gemeinden wird gem. § 30 FAG eine Finanzausgleichsumlage erhoben. Sie fließt zur Hälfte den nach § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FAG zu verteilenden Schlüsselzuweisungen und zur anderen Hälfte demjenigen Kreis zu, von dessen Gemeinden die Umlage aufgebracht wird. Hier wird die Hälfte nachgewiesen, um die die Schlüsselzuweisungen der Gemeinden aufgestockt wird.

Leertitel, da die Höhe der Finanzausgleichsumlage nicht feststeht.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 1102 - 613 30 (MG 03) zu verwenden.

Vgl. Tit. 613 30 (MG 03).

359 01	011	Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Aufstockung der Finanzausgleichsmasse	20.000,0 20.000,0	18.000,0	9.000,0
---------------	------------	--	-----------------------------	-----------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 19 Abs. 10 des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (FAG) werden dem Kommunalen Investitionsfonds 18.000,0 T€ in 2009 und 9.000,0 T€ in 2010 entnommen und der Finanzausgleichsmasse zur Stabilisierung zugeführt.

359 02	421	Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Finanzierung des kommunalen Anteils an der Automatisierten Liegenschaftskarte	0,0 3.500,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-----------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

359 03	911	Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Förderung von freiwilligen Verwaltungszusammenschlüssen	4.000,0 4.400,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	---------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

Summe der Einnahmen			222.400,0 327.862,7	351.300,0	277.900,0
----------------------------	--	--	-------------------------------	------------------	------------------

11 02 Finanzausweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Erläuterungen:

Berechnung der Finanzausgleichsmasse		2009	2010
		- T€ -	- T€ -
1. Steueraufkommen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen (Verbundgrundlagen - § 5 Abs. 1 FAG)			
1.1 Gemeinschaftsteuern:			
Lohnsteuer		1.998.100,0	2.099.800,0
Veranlagte Einkommensteuer		472.000,0	460.100,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		112.500,0	146.200,0
Körperschaftsteuer		200.900,0	297.100,0
Umsatzsteuer		2.024.300,0	2.080.700,0
Einfuhrumsatzsteuer		692.700,0	714.200,0
Abgeltungssteuer		160.900,0	166.700,0
Summe		5.661.400,0	5.964.800,0
1.2 Landessteuern:			
Vermögensteuer		-	-
Erbschaftsteuer		110.900,0	121.200,0
Grunderwerbsteuer		202.100,0	201.500,0
Kraftfahrzeugsteuer		315.800,0	315.800,0
Ersatz für ausfallende Kfz-Steuer vom Bund (Maut)		5.000,0	5.000,0
Lotteriesteuer		45.000,0	52.400,0
Biersteuer		19.400,0	14.100,0
Summe		698.200,0	710.000,0
1.3 Länderfinanzausgleich		181.500,0	140.700,0
1.4 Bundesergänzungszuweisungen		151.800,0	128.200,0
1.5 Kürzung der Verbundgrundlagen um die Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs		- 88.000,0	- 91.200,0
1.6 Kürzung der Verbundgrundlagen um die Weiterleitung der Umsatzsteuermehreinnahmen für den Ausbau der Kindertageseinrichtungen für unter 3jährige Kinder nach dem Kinderförderungsgesetz - KiFöG		- 3.360,0	- 6.720,0
Verbundgrundlagen (Summe 1.1 bis 1.6)		6.601.540,0	6.845.780,0
Hiervon Anteil Kommunalen Finanzausgleich (KFA) (17,74 v. H.)		1.171.113,2	1.214.441,4
2. Absetzungen und Zuführungen (§ 5 Abs. 1 FAG)			
2.1 Aufgabenverlagerungen in den KFA (Musikschulen, Büchereiwesen, pauschalierte Mietkosten der Frauenhäuser)		+ 5.900,0	+ 5.900,0
2.2 Zuweisungen für das Büchereiwesen (Dynamisierung)		+ 71,0	+ 142,0
2.3 Zuweisungen für Kindertagesstätten		+ 60.000,0	+ 60.000,0
2.4 Verlagerung Förderfonds Hamburg-Schleswig-Holstein		- 767,0	- 767,0
2.5 Komm. Finanzierungsanteil f. digitale Geo-Basisdaten; XPersonenstand		- 1.570,0	- 1.570,0
2.6 Zuführung aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Stützung der Finanzausgleichsmasse		+ 18.000,0	+ 9.000,0
2.7 Pauschale Kürzung		- 120.000,0	- 120.000,0
Absetzungen und Zuführungen (Summe 2.1 bis 2.7)		- 38.366,0	- 47.295,0

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Berechnung der Finanzausgleichsmasse		2009	2010
		- T€ -	- T€ -
Übertrag Anteil KFA		1.171.113,2	1.214.441,4
Übertrag Absetzungen und Zuführungen		- 38.366,0	- 47.295,0
1.	Abrechnung der Verbundgrundlagen für 2006: das Mehraufkommen beträgt tatsächliches Aufkommen: 5.540.268,8 ./. geschätztes Aufkommen: 5.087.900,0 = + 452.368,8 hiervon Anteil KFA (17,74 v. H.) = 80.250,2 davon bereits berücksichtigt (KFA 2007) = 35.000,0 (KFA 2008) – veranschlagt = 15.000,0 (KFA 2008) – im Haushaltsvollzug aus- gezahlt = 30.250,2 verbleiben	0,0	0,0
2.	Abrechnung der Verbundgrundlagen für 2007: das Mehraufkommen beträgt tatsächliches 6.141.255,9 Aufkommen: ./. geschätztes 5.681.600,0 Aufkommen: = + 459.655,9 hiervon Anteil KFA (17,74 v. H.) = 81.543,0 davon bereits berücksichtigt (KFA 2008) = 81.543,0 verbleiben	0,0	0,0
3.	Vorgezogene Abrechnung 2008	+ 55.000,0	0,0
4.	Abrechnung der auf die Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs für das Jahr 2005 entfallenden Verbundgrundlagen: das Mehraufkommen beträgt: tatsächliches 74.194,0 Aufkommen ./. geschätztes 71.662,4 Aufkommen = + 2.531,6 hiervon Anteil KFA (19,79 v. H.)	+ 501,0	0,0
5.	Abrechnung der auf die Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs für das Jahr 2006 entfallenden Verbundgrundlagen: das Minderaufkommen beträgt: tatsächliches 72.993,8 Aufkommen ./. geschätztes 75.432,1 Aufkommen = - 2.438,3 hiervon Anteil KFA (17,74 v. H.)	- 432,6	0,0
8.	Abrechnung der auf die Schlüsselzuweisungen entfallenden Reste für das Jahr 2007	+ 81,0	0,0
Finanzausgleichsmasse		1.187.896,6	1.167.146,4

11 02 Finanzausgleichsmasse

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse		2009	2010
		- T€ -	- T€ -
Vorwegabzüge nach § 7 Abs. 1 FAG			
1.	Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen nach §§ 16 und 17 FAG		
1.1	Zuweisungen für Verwaltungsmodernisierung (Titel 613 20 - MG 02)	500,0	500,0
1.2	Fehlbetragszuweisungen (Titel 613 21 - MG 02)	35.000,0	49.000,0
1.3	Sonderbedarfszuweisungen (Titel 883 20 - MG 02)	500,0	500,0
2.	Zuweisung nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 FAG an den Kommunalen Schulbaufonds (§ 21 FAG) (Titel 883 05 bis 883 11 - MG 01)	31.000,0	31.000,0
3.	Zuweisungen für Theater und Orchester für Betriebskosten nach § 22 FAG (Titel 633 22 - MG 02)	36.700,0	36.700,0
4.	Zuweisung zu den Straßenbaulasten nach § 24 FAG		
4.1	Zuweisung für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie den Um- und Ausbau von Gemeindestraßen nach § 24 Abs. 1 FAG		
4.1.1	Unterhaltung und Instandsetzung (Titel 633 20 - MG 02)	1.700,0	1.700,0
4.1.2	Um- und Ausbaumaßnahmen (Titel 883 21 - MG 02)	1.900,0	1.900,0
4.2	Zuweisungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen nach § 24 Abs. 2 FAG (Titel 633 21 - MG 02)	15.150,0	15.150,0
4.3	Zuweisungen für die in § 24 Abs. 3 FAG genannten Straßenbaumaßnahmen (Titel 883 22 - MG 02)	5.250,0	5.250,0
5.	Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern nach § 25 a FAG (Titel 633 24 - MG 02)	4.300,0	4.300,0
6.	Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens nach § 25 c FAG (Titel 633 25 - MG 02)	7.171,0	7.242,0
7.	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen nach § 25 e FAG (Titel 633 26 - MG 02)	60.000,0	60.000,0
Summe Vorwegabzüge		199.171,0	213.242,0
Bleibt ein nach § 7 Abs. 2 FAG für Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden, die Kreise und kreisfreien Städte sowie für übergemeindliche Aufgaben nach §§ 8 -15 FAG aufzuteilender Betrag von		988.725,6	953.904,4
Dieser Betrag verteilt sich auf			
1.	Schlüsselzuweisungen für laufende Zwecke 91,5 v. H. (Titel 613 30 - MG 03)	904.683,9	872.822,5
2.	Schlüsselzuweisungen für Investitionsmaßnahmen 8,5 v. H. (Titel 883 30 - MG 03)	84.041,7	81.081,9
Finanzausgleichsmasse		1.187.896,6	1.167.146,4
Nachrichtlich:			
von den Schlüsselzuweisungen in Höhe von entfallen nach § 7 Abs. 2 FAG auf		988.725,6	953.904,4
a)	die Gemeinden (40,00 v. H.)	395.490,2	381.561,8
b)	die Kreise und kreisfreien Städte (48,59 v. H.)	480.421,8	463.502,1
c)	die zentralen Orte (11,41 v. H.)	112.813,6	108.840,5

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

611 01	911	Erstattungsbeträge für Bundesergänzungszuweisungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:
Vorsorglicher Leertitel.

612 01	911	Ausgleichsbeiträge im bundesstaatlichen Finanzausgleich	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Rückzahlungen aufgrund von Abrechnungen der Vorjahre dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.

Darf bis zur Höhe der Abrechnungen für die ersten drei Quartale überschritten werden

Erläuterungen:
Vorsorglicher Leertitel.

613 01	911	Zuweisungen für Projekte zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:
Leertitel zur Abwicklung

613 02	911	Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs	71.400,0 75.959,0	87.906,7	91.200,0
--------	-----	--	----------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Berechnung der Zuweisung 2009 und 2010

	2009 €	2010 €
6,3 Punkte Umsatzsteuer in 2009; 6,3 Punkte in 2010	338.360.000	350.770.000
Hiervon 26 v. H.	88.000.000	91.200.000
Abrechnung für das Jahr 2005	-2.531.600	-
Abrechnung für das Jahr 2006	2.438.300	-
Gesamt	87.906.700	91.200.000

Das Land erhält im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs zusätzliche Umsatzeinnahmen von voraussichtlich rd. 338,4 Mio. € in 2009 und rd. 350,8 Mio. € in 2010. Hieran werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer (26 v.H.) mit 88,0 Mio. € in 2009 und mit 91,2 Mio. € in 2010 beteiligt. Aus der endgültigen Abrechnung der Zuweisung 2005 ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung der Gemeinden an das Land in Höhe von 2.531,6 T€. Die endgültige Abrechnung für das Jahr 2006 ergibt eine Zahlungsverpflichtung des Landes an die Gemeinden in Höhe von 2.438,3 T€.

613 03	911	Zuweisungen für Projekte zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Übertragen nach 11 02 - 613 20 - MG 02

613 04	911	Fehlbetragszuweisungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	-------------------------------	------------	-----	-----

Übertragen nach 11 02 - 613 21 - MG 02

613 06	911	Schlüsselzuweisungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	-----------------------------	------------	-----	-----

Übertragen nach 11 02 - 613 30 (MG 03)

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
613 07	911	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen Fusionen von Kreisen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 613 22 - MG 02			
613 08	911	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Weggefallen			
633 01	725	Zuweisungen für die Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 633 20 - MG 02			
633 02	724	Zuweisungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen und der Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 633 21 - MG 02			
633 03	181	Zuweisungen für Theater und Orchester für Betriebskosten	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 633 22 - MG 02			
633 04	741	Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 633 23 - MG 02			
633 05	235	Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 633 24 - MG 02			
633 06	234	Zuweisungen zu den Lasten der Grundsicherung	0,0 0,0	0,0	0,0
		Weggefallen			
633 07	186	Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 633 25 - MG 02			
633 08	266	Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten an Kreise und kreisfreie Städte	0,0 0,0	0,0	0,0
		Weggefallen			
633 09	421	Erstattungen für geleistete Aufwendungen für die Automatisierte Liegenschaftskarte	0,0 994,5	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 359 02. Leertitel zur Abwicklung.			
633 10	264	Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen	0,0 0,0	0,0	0,0

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 633 10

Übertragen nach 11 02 - 633 26 - MG 02

633 11	234	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeituchende	51.000,0 51.000,0	51.000,0	51.000,0
--------	-----	---	-----------------------------	-----------------	-----------------

Deckungsfähig zu Lasten 0416 - 633 01.

Erläuterungen:

Weiterleitung der Netto-Entlastungen des Landes gemäß Ausführungsgesetz SGB II.

633 12	264	Zuweisungen zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege	0,0 0,0	6.720,0	13.440,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----------------

Deckungsfähig mit 633 26 (MG 02).

Erläuterungen:

Das Land erhält im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiFöG -) zusätzliche Umsatzeinnahmen in Höhe von voraussichtlich 3.360,0 T€ in 2009 und 6.720,0 T€ in 2010, die an die Kreise und kreisfreien Städte weiterzuleiten sind. Das Land ergänzt die Mittel in gleicher Höhe.

633 13	013	Zuweisungen an Kommunen für den Betrieb und die Entwicklung von Standards und der E-Government-Infrastruktur	0,0 0,0	2.000,0	4.000,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	2.000	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2010		
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	2.000	
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 1102 - 685 01.

Erläuterungen:

Verwaltungsmodernisierung insbesondere im IT-Bereich wird u. a. durch Kooperation der Akteure vorangetrieben. Zwischen allen kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung werden verbindliche Zielvereinbarungen über einheitliche IT-Strukturen auf der Grundlage des E-Government Gesetzentwurfes der Landesregierung geschlossen. Veranschlagt sind Haushaltsmittel zur IT-Harmonisierung zwischen Land und Kommunen (Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige öffentliche Träger).

633 14	264	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für ein beitragsfreies Kindergartenjahr	0,0 0,0	14.600,0	35.000,0
--------	-----	--	-------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Mit der Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres entfallen Gebühren und Teilnahmebeiträge als Finanzquelle gemäß § 25 Abs. 3 Kindertagesstättengesetz (KiTaG). Die veranschlagten Mittel dienen einem Ausgleich der Einnahmeverluste der Träger und der in Kreisen und kreisfreien Städten entstehenden Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Beitragsfreiheit.

685 01	013	Zuschüsse für den Betrieb und die Entwicklung von Standards und der E-Government-Infrastruktur an sonstige öffentliche Einrichtungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 1102 - 633 13

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu 1102 - 633 13.

883 01	911	Sonderbedarfszuweisungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 11 02 - 883 20 - MG 02

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
883 02	725	Zuweisungen für den Um- und Ausbau von Gemeindestraßen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 883 21 - MG 02			
883 03	724	Zuweisungen für die in § 24 Abs. 3 FAG genannten Straßenbaumaßnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 883 22 - MG 02			
883 15	911	Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 11 02 - 883 30 - MG 03			
883 16	911	Zuweisung an den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Übertragen nach 0401 - 883 71 - TG 71			
01		Vorwegabzug nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 FAG für den Kommunalen Schulbaufonds nach § 21 FAG			
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.			
883 05 (MG 01)	114	Bau öffentlicher Grund- und Hauptschulen einschließlich Schulumhüllungen	10.000,0 15.854,0	10.000,0	10.000,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	30.000		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	10.000		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	10.000		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	10.000		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			
		Erläuterungen: Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:			
				2009	2010
		1. In Anspruch genommene VE der Vorjahre		3.160.000	0
		2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008		2.300.000	3.100.000
		3. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		0	10.000.000
		Zusammen		5.460.000	13.100.000
883 06 (MG 01)	124	Bau öffentlicher Sonderschulen einschließlich Schulumhüllungen	1.300,0 932,7	1.300,0	1.300,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	3.900		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	1.300		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	1.300		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	1.300		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 06

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	1.413.000	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	500.000	500.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	1.300.000
Zusammen		1.913.000	1.800.000

883 07	116	Bau öffentlicher Regionalschulen einschließlich Schulturnhallen	3.400,0	3.400,0	3.400,0
(MG 01)			3.060,1		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	10.200	
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	3.400	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	3.400	
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	3.400	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	980.000	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	1.000.000	1.300.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	3.400.000
Zusammen		1.980.000	4.700.000

883 08	117	Bau öffentlicher Gymnasien einschließlich Schulturnhallen	3.900,0	3.900,0	3.900,0
(MG 01)			4.387,2		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	11.700	
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	3.900	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	3.900	
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	3.900	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2007	2008
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	2.780.000	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2006	1.500.000	1.300.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2007	0	1.500.000
Zusammen		4.280.000	2.800.000

11 02 Finanzausweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

883 09	119	Bau öffentlicher zentraler Schulen und Schulzentren einschließlich Schulturnhallen	3.100,0	3.100,0	3.100,0
(MG 01)			2.226,0		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	9.300		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	3.100		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	3.100		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	3.100		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	929.000	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	800.000	1.100.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	3.100.000
Zusammen		1.729.000	4.200.000

883 10	127	Bau öffentlicher nicht landeseigener Berufsschulen einschließlich Schulturnhallen	5.200,0	5.200,0	5.200,0
(MG 01)			2.432,5		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	15.600		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	5.200		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	5.200		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	5.200		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0	2.174.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2006	1.600.000	1.600.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2007	0	5.200.000
Zusammen		0	3.774.000

883 11	119	Bau öffentlicher Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen und öffentlicher Schulen im Rahmen von Schulversuchen einschließlich Schulturnhallen	4.100,0	4.100,0	4.100,0
(MG 01)			2.420,5		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	12.300		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	4.100		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	4.100		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	4.100		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 11

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	570.000	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	1.300.000	1.600.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	4.100.000
Zusammen		1.870.000	5.700.000

Summe der Maßnahmegruppe 01		31.000,0	31.000,0	31.000,0
		31.313,0		

02 Sonstige Vorwegabzüge nach § 7 Abs. 1 FAG

613 20	911	Zuweisungen für Projekte zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation	500,0	500,0	500,0
(MG 02)			653,0		

Übertragbar

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 613 21 (MG 02) und 883 20 (MG 02)

613 21	911	Fehlbetragszuweisungen	17.000,0	35.000,0	49.000,0
(MG 02)			17.709,1		

Übertragbar

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 613 20 (MG 02).
Deckungsfähig mit 883 20 (MG 02).

613 22	911	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen Fusionen von Kreisen	5.000,0	0,0	0,0
(MG 02)			4.416,7		

Übertragbar

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 613 30 (MG 03).

Erläuterungen:

vorsorglicher Leertitel

633 20	725	Zuweisungen für die Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen	1.700,0	1.700,0	1.700,0
(MG 02)			1.700,0		

Übertragbar

Deckungsfähig mit 883 21 (MG 02)

633 21	724	Zuweisungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen und der Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen	15.150,0	15.150,0	15.150,0
(MG 02)			15.137,1		

Übertragbar

Deckungsfähig mit 883 22 (MG 02).

633 22	181	Zuweisungen für Theater und Orchester für Betriebskosten	36.700,0	36.700,0	36.700,0
(MG 02)			35.640,0		

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 633 22

Übertragbar

633 23	741	Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	0,0	0,0	0,0
(MG 02)			0,0		

Weggefallen

633 24	235	Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern	4.300,0	4.300,0	4.300,0
(MG 02)			4.237,7		

Übertragbar

633 25	186	Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens	7.100,0	7.171,0	7.242,0
(MG 02)			7.100,0		

Übertragbar

633 26	264	Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen	60.000,0	60.000,0	60.000,0
(MG 02)			60.000,0		

Übertragbar

Deckungsfähig mit 633 12.

883 20	911	Sonderbedarfszuweisungen	500,0	500,0	500,0
(MG 02)			186,1		

Gegenseitig deckungsfähig mit 613 21 (MG 02).
 Einseitig deckungsfähig zu Lasten 613 20 (MG 02).
 Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 613 30 (MG 03).

883 21	725	Zuweisungen für den Um- und Ausbau von Gemeindestraßen	1.900,0	1.900,0	1.900,0
(MG 02)			1.900,0		

Deckungsfähig mit 633 20 (MG 02).

883 22	724	Zuweisungen für die in § 24 Abs. 3 FAG genannten Straßenbaumaßnahmen	5.250,0	5.250,0	5.250,0
(MG 02)			5.262,9		

Deckungsfähig mit 633 21 (MG 02).

Summe der Maßnahmegruppe 02		155.100,0	168.171,0	182.242,0
		153.942,6		

03 Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 FAG

613 30	911	Schlüsselzuweisungen	724.736,6	904.683,9	872.822,5
(MG 03)			740.750,1		

Übertragbar

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 883 20 (MG 02)

Darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 213 01 überschritten werden.

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
883 30	911	Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen	67.325,3	84.041,7	81.081,9
	(MG 03)		66.687,4		
Summe der Maßnahmegruppe 03			792.061,9	988.725,6	953.904,4
			807.437,5		
Summe der Ausgaben			1.100.561,9	1.350.123,3	1.361.786,4
			1.120.646,6		

11 02 Finanzzuweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	198.400,0 299.962,7	333.300,0	268.900,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	24.000,0 27.900,0	18.000,0	9.000,0
Gesamteinnahmen			222.400,0 327.862,7	351.300,0	277.900,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	994.586,6 1.015.297,2	1.227.431,6	1.242.054,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	105.975,3 105.349,4	122.691,7	119.731,9
Gesamtausgaben			1.100.561,9 1.120.646,6	1.350.123,3	1.361.786,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-878.161,9 -792.783,9	-998.823,3	-1.083.886,4

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Erstattungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Holstein
- 03 Erstattungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 01 Kooperationen und organisatorische Maßnahmen
- 02 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Holstein
- 03 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Holstein
- 04 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Amt für Bundesbau

Die Ausgaben des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 1103 - 359 02 überschritten werden.

Einnahmen

111 01	019	Gebühren und sonstige Entgelte	0,0 0,0	0,0	0,0
119 01	019	Einnahmen aus IT-Kooperationen mit Dritten	591,0 1.121,4	1.000,0	1.000,0

Erläuterungen:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus der Kooperation mit dem Bund im Bereich der Polizei (@rtus)	950.000	950.000
2.	Sonstige Einnahmen	50.000	50.000
Summe		1.000.000	1.000.000

Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

119 02	019	Einnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung von Internet-Technologien für Kommunikation und Dienstleistungen	0,0 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend in 2010.					
119 99	019	Vermischte Einnahmen	0,0 3,3	0,0	0,0
125 01	019	Einnahmen aus IT Diensten	80,0 13,1	476,3	476,3

Erläuterungen:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus einer Nutzungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb für Küstenschutz und Natur (MLUR)	407.300	407.300
2.	Sonstige Einnahmen der Ressorts für Schulungen, Internetdarstellungen und Datenbankdienste sowie Erlöse aus dem Verkauf von Fotos und Bildreihen usw.	69.000	69.000
Summe		476.300	476.300

Anpassung an künftige Einnahmeerwartungen.

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
271 01	019	Erstattungen von der EU	2,0 7,0	0,0	0,0
282 01	019	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen:					
In Betracht kommen u. a. Kofinanzierungen von Institutionen im Inland. Vgl. 1103 - 537 04 (MG 01).					
359 01	961	Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen des KomFIT	1.000,0 852,3	1.000,0	1.000,0
Erläuterungen:					
Nach § 19 Abs. 12 des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (FAG) werden dem Kommunalen Investitionsfonds in 2009 und 2010 jeweils 1.000,0 T€ zweckgebunden zur Finanzierung von Maßnahmen gemeinde- und kreisübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik entnommen. Vgl. Tit. 1103 - 685 03 (MG 01).					
359 02	951	Entnahme aus Rücklagen für IT	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen:					
Vgl. Titel 1103 - 919 02.					
02 Erstattungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Holstein					
124 02	019 (MG 02)	Erstattung von Telefongebühren	404,0 347,6	355,0	360,0
Die Erläuterungen sind verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Erstattungen der Gebühren für private Telefongespräche der Bediensteten der Landesverwaltung SH. Entsprechende Erstattungen dürfen nicht von den Ausgaben abgesetzt werden.					
261 02	019 (MG 02)	Erstattung von Stromkosten durch die Telekom	242,0 240,3	255,0	260,0
Summe der Maßnahmegruppe 02			646,0 587,9	610,0	620,0
03 Erstattungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Holstein					
129 11	019 (MG 03)	Einnahmen aus der Vermietung oder dem Verkauf von Netzdienstleistungen	0,0 0,0	0,0	0,0
281 12	019 (MG 03)	Erstattungen von Dritten	0,0 0,0	0,0	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 03			0,0 0,0	0,0	0,0

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007		
			T€		

Summe der Einnahmen

2.319,0
2.584,9

3.086,3

3.096,3

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Erläuterungen:

Im Kapitel 1103 sind die Haushaltsmittel für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) der unmittelbaren Landesverwaltung des Landes Schleswig-Holstein zentral veranschlagt. Von dieser Regelung sind der Landtag (EP 01), der Landesrechnungshof (EP 02), der Verfassungsschutz (Kap. 0401) und der Bereich Kredite, Finanzderivate, Schulden (Kap. 1116) ausgenommen.

Das Kapitel 1103 gewährleistet die Grundversorgung mit Leistungen der IT und ermöglicht eine angemessene Neu- und Weiterentwicklung der IT. Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb, die Pflege sowie die Fortentwicklung der zentralen und dezentralen IT-Basisinfrastrukturen, der Fachverfahren der Ressorts sowie sonstiger IT-Maßnahmen zur Umsetzung von EU- und bundesrechtlichen Vorgaben einschl. der Gremienarbeit und die Kosten für Kooperationsprojekte mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung.

Die strategischen Überlegungen der IT basieren auf dem Landessystemkonzept Schleswig-Holstein (LSK-SH). Das LSK-SH umfasst zukunftsorientierte Konzepte zur Entwicklung und Umsetzung einer IT-Gesamtstrategie in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Das LSK-SH wird entsprechend den politischen Anforderungen und den technischen Entwicklungen fortentwickelt. Diese Entwicklungen werden in einem IT-Gesamtplan zusammengefasst, dokumentiert und veröffentlicht.

Vgl. Erläuterungen, die diesem Kapitel folgen.

Ausgaben

427 03	019	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 23,4	113,0	55,0
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.430,6 2.022,4	2.100,0	2.100,0
518 14	019	Miet- und Leasingkosten	58,1 53,2	50,0	50,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	1.223,0 1.102,6	1.600,0	1.600,0
526 05	019	Sachverständige und Gutachten	31,9 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend in 2009.					
526 99	019	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.	0,0 0,0	0,0	0,0
527 06	019	Dienstreisen	151,1 219,5	310,0	310,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	43.144,0 40.514,8	44.092,0	44.092,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)			2009	2010	
Neuverpflichtung insgesamt				5.000	
Davon fällig Haushaltsjahr 2010					
Davon fällig Haushaltsjahr 2011				5.000	
Davon fällig Haushaltsjahr 2012					
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff					

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	85,1 422,3	600,0	600,0
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	227,0 0,0	597,0	597,0
536 02	019	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	0,0 0,0	1,0	1,0
631 02	019	Zuweisungen an den Bund	31,2 9,4	20,0	20,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	1.322,1 1.178,0	2.000,0	2.000,0
671 03	019	Erstattungen an Inland	0,0 0,0	0,0	0,0
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	303,4 360,2	600,0	600,0
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	0,0 625,7	0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	17.105,2 15.162,4	16.000,0	16.000,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt		5.000	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010			
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011		5.000	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012			
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			
919 02	951	Zuführung an die Rücklage für IT	0,0 4.000,0	0,0	0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verausgabten Mittel der HG 5 bis HG 8 (ausgenommen ist die MG 04) sowie der nicht in Anspruch genommen Mittel des Titels 1103 - 359 02 geleistet werden.

Erläuterungen:
vgl. 1103 - 359 02

01 Kooperationen und organisatorische Maßnahmen

Erläuterungen:
Veranschlagt sind Haushaltsmittel zur Finanzierung von Kooperationsmaßnahmen mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung.

511 42 019 **Geschäftsbedarf und Kommunikationskosten** 0,0 0,0 0,0
(MG 01) 21,5

Künftig wegfallend in 2010.

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
518 01	019	Miet- und Leasingkosten	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		
		Künftig wegfallend in 2010.			
525 01	019	Fort- und Ausbildung einschl. Reisekosten	30,0	0,0	0,0
(MG 01)			41,3		
		Künftig wegfallend in 2010.			
526 01	019	Verwaltungsprozesse	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		
		Künftig wegfallend in 2010.			
527 01	019	Dienstreisen	10,0	0,0	0,0
(MG 01)			25,2		
		Künftig wegfallend in 2010.			
533 01	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	300,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		
		Künftig wegfallend in 2010			
534 01	019	Nutzung externer Datenbanken	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		
		Künftig wegfallend in 2010.			
534 12	019	Nutzung der Internet-Technologien für Kommunikation und Dienstleistungen (organisatorische Maßnahmen)	200,0	0,0	0,0
(MG 01)			58,3		
		Künftig wegfallend in 2010.			
536 01	019	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	1,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,9		
		Künftig wegfallend in 2010.			
537 01	019	Projektbegleitung "Deutschland-Online"	0,0	155,0	155,0
(MG 01)			49,7		
537 02	019	Ausgaben für das EU-Projekt Access-eGov	27,0	10,0	0,0
(MG 01)			4,0		
		Erläuterungen:			
		Das EU geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekt Access-eGov endete am 31.12.2008. Veranschlagt sind "nachlaufende" Ausgaben im Rahmen des Abschlusses dieses Projektes.			
537 04	019	Ausgaben für Kofinanzierungsprojekte mit Institutionen im Inland	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1103 - 282 01 überschritten werden.

Erläuterungen:

In Deutschland werden Kofinanzierungsprojekte im Bereich der IT von verschiedenen Institutionen angeboten. Der Kofinanzierungsbeitrag des Landes Schleswig-Holstein wird aus dem Budget gedeckt. In der Regel werden wissenschaftliche Expertisen oder Konzepte zu innovativen Themen der IT erarbeitet. In geringem Umfange können auch Kosten für Hard- und Software anfallen.

Vgl. 1103 - 282 01.

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
685 01	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	97,3	0,0	0,0
(MG 01)			30,2		
		Künftig wegfallend in 2010.			
685 03	961	Zuschüsse für lfd. Zwecke des KomFIT	1.000,0	1.000,0	1.000,0
(MG 01)			852,3		
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 1103 - 359 01 überschritten werden.			
		Erläuterungen:			
		Mittel zur Finanzierung von gemeinsamen Maßnahmen im Rahmen der Vereinbarung zur Entwicklung von E-Government-Strukturen und -Prozessen (E-Government-Vereinbarung) zwischen dem Land und den Kommunalen Landesverbänden Schleswig-Holstein. Die Leistungen fließen dem Kommunalen Forum für Informationstechnik e. V. (KomFIT) als gemeinsame Koordinierungs- und Beratungsstelle des Städteverbandes Schleswig-Holstein, des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages und des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages für den Bereich der kommunalen Informations- und Kommunikationstechnik zur Finanzierung der Geschäftsstelle und deren Aufgaben zu.			
		Vgl. Tit. 1103 - 359 01.			
812 01	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		
		Künftig wegfallend in 2010.			
894 01	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		
Summe der Maßnahmegruppe 01			1.665,3	1.165,0	1.155,0
			1.083,2		
02 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Holstein					
Erstattungen sind von den Ausgaben abzusetzen.					
511 01	019	Telefongebühren	3.148,0	2.740,0	2.740,0
(MG 02)			2.692,6		
511 02	019	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	102,0	101,0	101,0
(MG 02)			61,3		
518 02	019	Mieten für Fernsprecheinrichtungen	13.925,0	13.956,0	13.956,0
(MG 02)			14.703,2		
671 01	019	Kostenvergütung für Auswertung von Dienst- und Privatgesprächen	340,0	355,0	355,0
(MG 02)			349,4		
671 02	018	Erstattung von Personalausgaben an GMSH	0,0	0,0	0,0
(MG 02)			0,0		
		Künftig wegfallend in 2009.			
711 01	019	Beschaffung von Kleinstanlagen	20,0	41,0	41,0
(MG 02)			31,7		

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Summe der Maßnahmegruppe 02	17.535,0	17.193,0	17.193,0
	17.838,1		

03 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Holstein

Erstattungen sind von den Ausgaben abzusetzen.

511 03	019	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	194,0	384,0	384,0
(MG 03)			5,9		

511 04	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
(MG 03)			0,0		

Künftig wegfallend in 2009.

533 02	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
(MG 03)			0,0		

Künftig wegfallend in 2009.

533 03	019	Leistungsentgelte an Dataport	3.563,8	3.337,0	3.337,0
(MG 03)			2.519,9		

533 04	019	Leistungsentgelte an die TELEKOM	11.263,6	11.101,0	11.101,0
(MG 03)			7.304,9		

535 02	019	Kosten für Bandbreitenerhöhung durch die Ressorts	0,0	53,0	53,0
(MG 03)			0,0		

Erläuterungen:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Bandbreitenerhöhung für das LANU (MLUR) für Fachanwendungen im Bereich Geodatenmanagement	40.647	40.647
2.	Bandbreitenerhöhung für das LBesA (FM) für Fachanwendungen im Bereich des Personalmanagement	12.328	12.328
Summe		52.975	52.975

537 03	019	Kosten der Fortentwicklung der Konzeption Landesnetz	34,0	30,0	30,0
(MG 03)			0,0		

812 02	013	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
(MG 03)			0,0		

Künftig wegfallend in 2009.

Summe der Maßnahmegruppe 03	15.055,4	14.905,0	14.905,0
	9.830,7		

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

04 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Amt für Bundesbau

Die Ansätze der MG 04 sowie 0506 - MG 01 - dürfen zusätzlich insgesamt bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0506 - 359 01 überschritten werden. Vgl. 0506 - 359 01 und 0506 - MG 01.

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 0506 - 231 02 geleistet werden. Vgl. 0506 - 231 02 und 0506 - MG 01.

Erläuterungen:

Zum 01.04.2007 wurde im Geschäftsbereich des Finanzministeriums das zugeordnete Amt für Bundesbau (AfB) neu eingerichtet. Das Amt übernimmt für die Durchführung der Bundesbauvorhaben die Funktion der fachaufsichtsführenden Ebene in Schleswig-Holstein.

Die IT des AfB wird entsprechend den Richtlinien IT-SH betrieben und fortentwickelt.

427 04	016	Beschäftigungsentgelte an Vertretung- und Aushilfskräfte	19,0 0,0	0,0	0,0
(MG 04)					
511 05	016	IT-Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20,4 13,5	21,0	21,0
(MG 04)					
511 06	016	IT-Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für die Fachinformationsbörse	15,5 7,0	16,0	16,0
(MG 04)					
525 02	016	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten für die Fachinformationsbörse Bau	42,0 0,8	35,0	35,0
(MG 04)					
533 05	016	IT-Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	75,5 71,5	88,0	88,0
(MG 04)					
533 06	016	IT-Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen für die Fachinformationsbörse	104,9 12,4	101,0	82,0
(MG 04)					
812 03	016	Erwerb von IT-Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	9,0 9,9	10,0	20,0
(MG 04)					
812 04	016	Erwerb von IT-Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Fachinformationsbörse	9,5 5,5	10,0	20,0
(MG 04)					
812 05	016	Übernahme der IT-Hard- und Software von der GMSH	0,0 24,7	0,0	0,0
(MG 04)					

Künftig wegfallend in 2009.

Summe der Maßnahmegruppe 04

295,8

281,0

282,0

145,3

Summe der Ausgaben

100.664,2
94.591,3

101.627,0

101.560,0

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.075,0 1.485,3	1.831,3	1.836,3
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	244,0 247,3	255,0	260,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	1.000,0 852,3	1.000,0	1.000,0
Gesamteinnahmen			2.319,0 2.584,9	3.086,3	3.096,3
41 - 49		Personalausgaben	19,0 23,4	113,0	55,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	80.407,5 71.928,6	81.478,0	81.449,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.094,0 2.779,4	3.975,0	3.975,0
71 - 79		Baumaßnahmen	20,0 657,3	41,0	41,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.123,7 15.202,5	16.020,0	16.040,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 4.000,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			100.664,2 94.591,3	101.627,0	101.560,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-98.345,2 -92.006,4	-98.540,7	-98.463,7

Anlage zu Kapitel 1103

Erläuterungen
Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)
(Einzelplan 11 – Kap. 1103)

Die Ausgaben der IT sind im Kapitel 1103 zentral veranschlagt.

IT-Gesamtplan

Grundlage der technischen und finanziellen Planungen ist der IT-Gesamtplan. Der IT-Gesamtplan wird unterjährig fortgeschrieben.

Kapitel 1103

Alle Titel des Kapitels 1103 sind gegenseitig deckungsfähig. Hiervon ausgenommen ist die MG 04 (Ausgaben im Zusammenhang mit dem Amt für Bundesbau). Die Inanspruchnahme von Mitteln der IT zur Deckung von globalen Minderausgaben in den Einzelplänen der Ressorts ist ausgeschlossen.

Die nachfolgenden IT-Maßnahmen sind angemeldet und sollen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel realisiert werden. Durch Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen im Haushaltsvollzug der kommenden Haushaltsjahre wird das Finanzministerium den notwendigen Reinvestitionsbedarf, den Betrieb der IT-Verfahren, die Grundversorgung der DSt in den Ressorts sowie eine angemessene Fortentwicklung der IT in der Landesverwaltung sicherstellen. Den Ressorts werden die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel – entsprechend dem Umsetzungsstand – maßnahmebezogen zugewiesen.

Katalog der IT-Maßnahmen

Planungsstand 01.11.2008 (wird unterjährig fortgeschrieben)

Hinweise zur Sortierung: IT-Verfahren = L, IT-Vorhaben = N; Grundversorgung der DSt = B; Reinvestitionen = E, Priorität = Prio; gesetzlich = §

Katalog der IT-Maßnahmen (ITM) im Doppelhaushalt 2009 / 2010

ITMnr	EP	ITM	Art	Prio	§	HHj 2009 in T€	HHj 2010 in T€
Lfd. IT-Maßnahmen (IT-Verfahren)							
2005050010	05	Datennetz SH (Landesnetz)	L	100	ja	14.905,0	14.905,0
2005050002	05	Sprachnetz SH	L	100	ja	17.193,0	17.225,0
2005050018	05	Funktionale Erweiterung des Government Gateways - Gateway 2.0 - EU-DLR Zuständigkeitsfinder - einheitliche Behördenrufnummer 115	L	100	ja	2.795,0	3.200,0
2005050007	05	Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)	L	100	ja	211,0	211,0
2005050015	05	Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)	L	100	ja	50,0	50,0
2005050006	05	Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform	L	100	ja	300,0	300,0
2005050032	05	Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)	L	100	ja	5.229,5	4.849,0
2007050069	05	IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein	L	100	ja	301,0	282,0
2007050068	05	IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben)	L	100	ja	760,0	780,0
2005050057	05	Kommunale Maßnahmen (KIF-Finanzierung)	L	100	ja	1.000,0	1.000,0

2005050058	05	Maßnahmen Deutschland Online und KoopA	L	100		140,0	140,0
2005090007	09	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	L	98	ja	1.221,8	1.195,8
2005100002	10	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERZGG)	L	96	ja	63,0	63,0
2005100004	10	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid)	L	96	ja	68,0	68,0
2009050074	05	Servicestelle Steueraufsicht	L	96	ja	58,0	58,0
2005100005	10	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)	L	91	ja	28,0	28,0
2005100003	10	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)	L	91	ja	48,0	48,0
2005050003	05	Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)	L	90	ja	150,0	150,0
2004042401	04	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	L	85	ja	1.091,6	1.511,5
2005090001	09	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	L	85	ja	41,5	41,5
2005130005	13	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	L	83	ja	4.620,0	4.770,0
2005100001	10	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	L	83	ja	91,5	86,5
2004040008	04	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	L	83	ja	1.134,0	1.134,0
2005050012	05	Elektronischer Zahlungsverkehr (EZV) mit der Deutschen Bundesbank [Elektronischer Schalter (ELS)]	L	83	ja	161,0	161,0
2008100022	10	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)	L	81	ja	36,7	36,7
2005090008	09	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	L	81		587,5	598,1
2005050009	05	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik	L	80	ja	103,0	106,0
2005090005	09	Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)	L	80	ja	102,0	105,0
2005090004	09	Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)	L	80	ja	685,8	662,2
2005090002	09	Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)	L	80	ja	321,7	355,0
2005050039	05	IT-Unterstützung einer zentralen Familienkasse	L	80	ja	57,0	57,0
2005090006	09	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)"	L	78	ja	618,6	554,6
2005050038	05	Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung	L	76		6.086,7	6.209,7
2005050025	05	KONSENS (inkl. ELSTER) - Entwicklung und Pflege sowie Betrieb	L	76	ja	2.508,0	2.645,0
2005050020	05	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)	L	75	ja	16,0	16,0
2005050011	05	IKO III - Fortentwicklung	L	75		100,0	100,0
2005050034	05	Dienste im IKOTECH-System	L	75		80,0	80,0
2005050028	05	Zentraler FAX-Service SH	L	75		50,0	50,0

2005050004	05	IKO III - Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste	L	75		370,0	370,0
2005050029	05	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	L	75		3.615,0	4.337,0
2005050035	05	Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	L	75		200,0	250,0
2004040001	04	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	L	75	ja	3.367,5	3.367,5
2004040003	04	@rtus - Entwicklung	L	75	ja	1.900,0	1.900,0
2005050060	05	Organisatorischen Maßnahmen (Kooperationen und E-Government)	L	75	ja	800,0	800,0
2005130003	13	Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS)	L	73	ja	465,0	450,0
2006050065	05	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	L	73		403,0	396,0
2005130004	13	Pflege von Geobasisdaten	L	73		150,0	150,0
2005130002	13	Umweltinformationssystem für die Landes- und Kommunalverwaltung	L	73	ja	563,4	633,4
2005130008	13	Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz	L	71		82,0	82,0
2005130007	13	Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung	L	71	ja	183,0	192,0
2005060001	06	BAföG / BaföG 21	L	71	ja	212,0	212,0
2004042409	04	Digitales Rissarchiv	L	71	ja	40,5	40,5
2005130009	13	Abfallwirtschaftliche Informationssysteme	L	71	ja	171,0	171,0
2005090010	09	Elektronischer Rechtsverkehr	L	70	ja	399,1	347,9
2004040027	04	Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	L	69	ja	483,0	471,0
2008100023	10	Betreuung des Arbeitsschutzes bei der Unfallkasse Nord (UKN)	L	68	ja	70,0	70,0
2004042405	04	Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb	L	67	ja	97,6	82,2
2006130037	13	Integriertes Informationssystem Lebensmittel- und Veterinärwesen	L	67	ja	383,0	323,0
2004046100	04	Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH	L	67	ja	115,8	115,8
2009050073	05	Einführung eines Prozessmanagements	L	65	ja	136,0	178,0
2005100006	10	Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)	L	61	ja	7,0	7,0
2005050026	05	CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet	L	60	ja	1.059,0	734,0
2005090003	09	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	L	60	ja	334,5	337,7
2004040011	04	Ausstattung Landespolizei	L	59		1.143,0	1.304,0
2006040050	04	Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)	L	59		425,0	400,0
2005050040	05	Fomularservice	L	59	ja	70,0	70,0
2004040035	04	E-Post 810 bei der LaPo SH	L	55	ja	277,4	277,4
2005041606	04	xPersonenstand	L	55	ja	63,0	410,0
2004041602	04	xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden	L	55	ja	458,0	458,0
2009040057	04	Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	L	55	ja	835,2	627,0
2005050024	05	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	L	55		3.930,6	4.021,0

2005050031	05	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	L	53		2.057,0	2.117,0
2007041608	04	Wahlabendprogramm	L	53	ja	245,0	45,0
2005050033	05	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)	L	53		1.203,0	963,4
2005050027	05	SHIP - Extranet Öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein	L	51	ja	40,0	40,0
2004040002	04	Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21	L	51	ja	710,0	713,0
2006042411	04	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	L	51	ja	69,6	62,6
2004042406	04	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	L	51	ja	135,6	110,6
2004040012	04	WTS Betrieb auf Basis IKO III	L	51		169,0	169,0
2006050067	05	PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)	L	51		155,0	155,0
2005050023	05	IT-Verfahren "eAkte"; DOMEA zertifiziertes Dokumentenmanagementsystem	L	50	ja	647,0	673,0
2006090033	09	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)	L	49		21,5	22,5
2004042410	04	Geoserver	L	47	ja	674,6	700,6
2004042404	04	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	L	47	ja	178,0	152,0
2005100007	10	Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus	L	47	ja	3,6	3,6
2004042408	04	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	L	47		39,5	22,5
2004043310	04	Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz	L	46	ja	82,0	84,0
2004040043	04	InfReg90	L	46	ja	188,0	132,4
2008040056	04	IT-Steuerung im GB IM SH	L	45		445,1	440,1
2008040052	04	Wissensmanagement	L	45		95,5	130,5
2008040055	04	Qualitätsmanagement	L	45		52,0	76,0
2008040053	04	Prozessmanagement	L	45		66,0	100,0
2008040051	04	IT-Architektur	L	45		95,5	93,0
2008040054	04	Unternehmensmodellierung	L	45		65,0	85,0
2004040028	04	Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	L	42		144,0	159,0
2006070007	07	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen	L	41		50,0	50,0
2005030001	03	Dachportal schleswig-holstein.de	L	36		30,0	30,0
2005050017	05	BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB	L	35		157,5	117,5
2005060003	06	Zeiterfassung	L	34		113,0	5,0
2004042407	04	Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter	L	33		118,0	102,5
2005090015	09	Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet	L	32		9,5	9,5
2005060005	06	Aktenverwaltung mit FAME	L	32		5,0	5,0
2005060004	06	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	L	32		15,0	5,0
2004040020	04	EXTRAPOL	L	31		25,0	25,0

2005050030	05	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)	L	29		32,0	7,5
2005060010	06	Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)	L	27		10,0	10,0
2005070004	07	Automatisierung des Lehrerländeraustausches	L	27		2,0	2,0
2005070002	07	Landesnetz-Bildung	L	25		130,0	130,0
2005090013	09	Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz	L	21		100,0	50,0
2004040009	04	Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft	L	21		481,0	430,0
2005090012	09	IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe	L	18		166,0	195,1
2004043370	04	Geographisches Informationssystem und digitale Luftbildauswertung	L	18		7,0	6,0
2005070001	07	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	L	17		190,0	190,0
2006041607	04	Beteiligung -online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)	L	14		25,0	25,0
2006044701	04	Ersatz der Amtsdatei (Auswerte- und Analysetool IM)	L	14		196,3	208,3
2004040014	04	INTRAPOL	L	13		130,0	110,0
2005030003	03	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	L	13		200,9	192,3
2009030028	03	Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H	L	12		110,5	37,8
2004040029	04	Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH	L	12		6,3	6,3
2005030002	03	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv	L	7		14,0	16,0
2005060006	06	Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)	L	7		6,0	7,0
2005060002	06	Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)	L	4		5,0	5,0
2005090011	09	Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)	L	0		75,0	75,0
2007046102	04	DOL-Projekt xAusländer	L	0		6,0	6,0
2005050062	05	ACCESS-eGov	L	0		14,5	0,0
Neue IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben)							
2006050066	05	Kooperation Personaldienste FHH / SH	N	90		1.205,0	1.605,0
2008090037	09	Erwerb und Entwicklung MEGA neu	N	85	ja	10,0	10,0
2005050037	05	"+1" (IKO III - Folgeverfahren)	N	80	ja	3.350,0	2.950,0
2006060011	06	Auswertung von Daten der Zählung gem. Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung	N	71		0,0	0,0
2005100008	10	Migration IKO III	N	67		68,0	60,0
2008090036	09	IT-Outsourcing Staatsanwaltschaften	N	61	ja	800,0	800,0
2007050071	05	Zeitwirtschaft	N	60		402,5	337,5
2006030017	03	Migration auf IKO III - Archäologisches Landesamt	N	53		0,0	0,0
2006030014	03	Migration auf IKO III - Landesbibliothek	N	53		17,0	0,0

2006090034	09	Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisse und Einführung eines elektronischen Abrufverfahrens	N	49		80,0	80,0
2006050063	05	Einführung eines integrativen Finanzmittelmanagements auf Basis der doppelten Buchführung	N	43		150,0	150,0
2005050045	05	Aufbau und Betrieb eines Managementinformationsverfahren in der Steuerverwaltung	N	35		36,0	28,0
2005050046	05	Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen	N	26		10,0	10,0
2009070011	07	Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen	N	25		100,0	100,0
2009070012	07	Online-Bewerbung im Schulbereich	N	25		100,0	100,0
2008030023	03	Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H	N	12		15,0	5,0
2008030024	03	Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner	N	12		65,0	5,0
2005060007	06	Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)	N	12		10,0	10,0
2007050070	05	CONIFERE	N	0		192,0	277,0
Reinvestitionen (Ersatzbeschaffungen)							
2006030019	03	Ersatzbeschaffungen - Landesbibliothek	E	0		5,5	17,6
2009030025	03	Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege	E	0		0,0	9,6
2005030009	03	Ersatzbeschaffungen - LV Berlin	E	0		18,5	12,6
2006030018	03	Ersatzbeschaffungen - Landesarchiv	E	0		21,2	15,9
2009030026	03	Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung	E	0		0,9	5,0
2009030027	03	Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt	E	0		15,9	33,5
2005030008	03	Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei	E	0		69,5	53,0
2004043380	04	Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz	E	0		70,0	40,0
2004040040	04	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	E	0		1.610,0	1.300,0
2004042402	04	Ersatzbeschaffungen	E	0		822,5	547,5
2004046101	04	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	E	0		31,0	117,5
2004041605	04	Ersatzbeschaffungen GB IM	E	0		139,8	217,5
2005050050	05	Ersatzbeschaffungen LBesA	E	0		56,6	103,7
2005050048	05	Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)	E	0		185,7	134,9
2005050051	05	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung	E	0		2.501,5	2.964,0
2005050049	05	Ersatzbeschaffung der LKSH	E	0		0,0	147,0
2005060008	06	Ersatzbeschaffung MWV	E	0		272,6	111,6
2006070008	07	Ersatzbeschaffungen des IQSH	E	0		113,0	107,0
2005070005	07	Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium.	E	0		115,0	68,0
2005090024	09	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)	E	0		13,3	8,5
2005090021	09	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig	E	0		340,7	260,9

2005090016	09	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	E	0	11,2	242,9
2005090037	09	Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit	E	0	69,8	61,3
2005090018	09	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	E	0	68,0	340,0
2005090019	09	Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"	E	0	50,0	60,0
2005090026	09	Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"	E	0	0,0	22,0
2005090020	09	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	E	0	1.005,3	726,0
2005090025	09	Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	E	0	0,0	9,0
2005090017	09	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte	E	0	0,0	205,0
2005090022	09	Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)	E	0	10,0	10,0
2005090023	09	Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)	E	0	115,3	108,6
2005100017	10	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen	E	0	0,0	10,2
2005100014	10	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG) - Ersatzbeschaffungen	E	0	5,0	30,0
2005100016	10	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid) - Ersatzbeschaffungen	E	0	0,0	0,0
2005100015	10	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen	E	0	30,0	5,0
2005100012	10	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen	E	0	3,0	8,0
2005100011	10	Ersatzbeschaffungen IKO III Büro	E	0	0,0	0,0
2005100013	10	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	E	0	210,7	183,8
2005100010	10	IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung	E	0	128,5	132,4
2005130019	13	Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur	E	0	7,0	7,0
2005130020	13	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	E	0	97,0	59,0
2005130017	13	Ersatzbeschaffungen Ämter für ländliche Räume	E	0	150,0	150,0
2005130024	13	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (StUA Schleswig)	E	0	0,0	0,0
2005130025	13	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	E	0	40,0	40,0
2005130021	13	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)	E	0	150,0	150,0
2005130027	13	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LANU)	E	0	160,0	160,0
2005130023	13	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	E	0	45,0	45,0
2005130022	13	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU)	E	0	66,0	66,0
2005130018	13	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)	E	0	200,0	200,0

Grundversorgung der Dienststellen						
2006030021	03	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	B	0	87,0	59,0
2005030007	03	Laufender Betrieb - LV Berlin	B	0	28,8	28,8
2006030022	03	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH	B	0	49,5	49,5
2005030010	03	Laufender Betrieb - Staatskanzlei	B	0	260,5	324,5
2006030020	03	Laufender Betrieb - Landeszentrale f. politische Bildung	B	0	13,0	13,5
2005030005	03	Laufender Betrieb - Landesbibliothek	B	0	39,0	39,0
2005030004	03	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege	B	0	30,9	27,5
2004043350	04	Bürokommunikation AfK - Muntionszerlegebetrieb	B	0	22,0	25,0
2004049999	04	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	B	0	2.134,7	2.136,2
2004042403	04	Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)	B	0	214,0	234,0
2004043300	04	Betrieb Bürokommunikation AfK	B	0	39,0	39,0
2004041604	04	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	B	0	44,0	45,0
2004041603	04	Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH	B	0	605,7	607,6
2008050072	05	Kosten der Zusammenlegung und des Umzuges der Landeskasse Schleswig-Holstein in ein neues Dienstgebäude	B	0	20,0	10,0
2005050052	05	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	B	0	311,5	313,5
2005050047	05	Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT	B	0	65,0	65,0
2005050054	05	Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT	B	0	76,1	76,9
2005050056	05	Grundversorgung der Finanzämter und des AIT mit Leistungen der IT	B	0	1.127,1	1.048,3
2005050053	05	Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT	B	0	143,8	155,0
2005050061	05	Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)	B	0	150,0	150,0
2005060009	06	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV	B	0	164,5	169,0
2005070006	07	Betrieb der IT im Ministerium	B	0	93,0	107,0
2006070009	07	Betrieb der IT im IQSH	B	0	53,0	40,0
2005090031	09	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJAE (IKO III)	B	0	162,0	130,0
2005090028	09	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	B	0	42,4	47,5
2005090032	09	Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	B	0	6,5	6,5
2005090029	09	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	B	0	20,0	26,1
2005090030	09	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	B	0	239,3	230,0
2005090038	09	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	B	0	44,4	44,4
2005090027	09	Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	B	0	104,0	105,0
2005100021	10	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	B	0	153,9	156,4
2005100019	10	IKO III Büro (Basisinfrastruktur)	B	0	228,1	234,8

2005100020	10	Basisinfrastruktur IKO III Büro	B	0		0,0	0,0
2005130033	13	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	B	0		165,5	165,5
2005130030	13	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)	B	0		7,8	8,0
2005130028	13	Betrieb der Basisinfrastruktur für die Ämter für ländliche Räume	B	0		485,0	485,0
2005130034	13	Betrieb der Basisinfrastruktur (LANU)	B	0		212,7	214,7
2005130031	13	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	B	0		25,0	25,0
2005130032	13	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	B	0		36,5	36,5
2006130035	13	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	B	0		32,0	32,0
2005130029	13	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	B	0		320,0	320,0
2005130015	13	Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen	B	0		270,0	270,0

Planungsstand: 01.11.2008 HHj. 2009 HHj. 2010
 119.798,2 120.861,3

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 04 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Erläuterungen:

Die hier veranschlagten Finanzierungshilfen (Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen) werden auf der Grundlage des § 18 Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010 gewährt. Durch Vertrag vom 11. Dezember 2007 ist die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel, mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt worden.

Einnahmen

111 01	681	Gebühren und tarifliche Entgelte	2.510,0 3.168,5	1.730,0	900,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die zu erwartenden Bürgschaftsentgelte, die direkt vom Land vereinnahmt werden.					
111 02	681	Bürgschaftsentgelte für Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen, die bei der Bürgschaftsbank aufkommen - Anteil des Landes -	1.200,0 1.385,4	800,0	750,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die über die Bürgschaftsbank zu erwartenden Bürgschaftsentgelte. Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 671 01 und Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung. Vgl. Tit. 671 01 und MG 01.					
141 01	681	Einnahmen des Treuhandvermögens Sachen und Rechte - Anteil des Landes an Bürgschaftsregressforderungen -	350,0 1.172,7	350,0	350,0
Erläuterungen:					
Im Treuhandvermögen "Sachen und Rechte" werden Forderungen nachgewiesen, die dem Lande kraft Gesetzes infolge Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen oder durch besondere Vereinbarung ganz oder teilweise zustehen. Die Bürgschaftsbank verwaltet das Treuhandvermögen gemäß dem Vertrag vom 11. Dezember 2007. Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei der Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung. Vgl. MG 01.					
382 01	991	Bürgschaftsentgelte für Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen des Landes - Anteil des Bundes -	1,0 0,8	2,0	2,0
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 982 01.					
382 02	991	Einnahmen des Treuhandvermögens Sachen und Rechte - Anteil des Bundes an Bürgschaftsregressforderungen -	300,0 455,1	300,0	300,0
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 982 02.					
Summe der Einnahmen			4.361,0 6.182,5	3.182,0	2.302,0

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

671 01	681	Kostenvergütung an die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	1.050,0 940,0	1.100,0	1.125,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	----------------

Darüber hinaus dürfen bei Tit. 671 01 und Maßnahmegruppe 01 Ausgaben insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Bürgschaftsbank ist mit der Übernahme und der Verwaltung von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen sowie der Verwaltung des Treuhandvermögens "Sachen und Rechte" beauftragt. Sie erhält nach Maßgabe des Vertrages vom 11. Dezember 2007 eine Vergütung in Höhe der nachgewiesenen Kosten. Die Kostenvergütung für das Haushaltsjahr 2009 wird auf 1.100.000 €, für 2010 auf 1.125.000 € geschätzt.

982 01	991	Anteil des Bundes an den Bürgschaftsentgelten für Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen des Landes	1,0 0,8	2,0	2,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 382 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund übernimmt aufgrund besonderer Vereinbarungen Rückbürgschaften zugunsten des Landes. Hierfür wird er an den Bürgschaftsentgelten beteiligt. Vgl. Tit. 382 01.

982 02	991	Anteil des Bundes an den Einnahmen des Treuhandvermögens Sachen und Rechte	300,0 455,1	300,0	300,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 382 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit der Bund aufgrund übernommener Rückbürgschaften in Anspruch genommen wurde, ist er an den Einnahmen des Treuhandvermögens "Sachen und Rechte" zu beteiligen. Die Bürgschaftsbank ist vom Land beauftragt worden, den Bundesanteil abzurechnen. Vgl. Tit. 382 02.

01 Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 141 01 geleistet werden.

Darüber hinaus dürfen bei Tit. 671 01 und Maßnahmegruppe 01 Ausgaben insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Bürgschaftsbank ist vom Finanzministerium beauftragt, etwaige Inanspruchnahmen des Landes aus der Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen nach Maßgabe der Ausfallabrechnungsrichtlinien vom 23. Januar 1998 und den Allgemeinen Bestimmungen für Bürgschaften des Landes Schleswig-Holstein abzuwickeln. Der Bürgschaftsbank können die dazu erforderlichen Mittel zugewiesen werden. Vgl. Tit. 111 02 und 141 01.

871 11	681	Inanspruchnahmen im Bereich Schiffbau und Schifffahrt	3.000,0 0,0	3.000,0	3.000,0
--------	-----	--	-----------------------	----------------	----------------

(MG 01)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	3.000	3.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	1.000	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	1.000	1.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	1.000	1.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		1.000

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 871 11

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	1.000.000	1.000.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	1.000.000
	Summe	1.000.000	2.000.000

871 12	681	Inanspruchnahmen im Bereich sonstige Wirtschaft (incl. Landwirtschaft)	6.000,0	6.000,0	6.000,0
	(MG 01)		4.093,2		
871 13	681	Inanspruchnahmen im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen	0,0	0,0	0,0
	(MG 01)		0,0		
Summe der Maßnahmegruppe 01			9.000,0	9.000,0	9.000,0
			4.093,2		
Summe der Ausgaben			10.351,0	10.402,0	10.427,0
			5.489,1		

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	4.060,0 5.726,6	2.880,0	2.000,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	301,0 455,8	302,0	302,0
Gesamteinnahmen			4.361,0 6.182,5	3.182,0	2.302,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.050,0 940,0	1.100,0	1.125,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.000,0 4.093,2	9.000,0	9.000,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	301,0 455,8	302,0	302,0
Gesamtausgaben			10.351,0 5.489,1	10.402,0	10.427,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5.990,0 693,4	-7.220,0	-8.125,0

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

61 Versorgungsrücklagen

Im Kapitel 1105 sind jeweils unter sich gegenseitig deckungsfähig

1. die Ausgaben der Titel 431 01, 432 01 bis 432 29 und 439 01 bis 439 05,
2. die Ausgaben der Titel 631 01, 632 01, 633 01, 636 01 bis 636 03 und 671 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die gesamten vom Land zu tragenden Ausgaben für die Versorgung der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten sowie ihrer Hinterbliebenen und anderer Versorgungsberechtigter. An Einnahmen werden anteilige Ausgaben der Verwaltung zu den Versorgungsaufwendungen und Erstattungen von Versorgungsbezügen nachgewiesen.

Veranschlagt sind auch die Versorgungsrücklage nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz sowie die Zuführung an den Versorgungsfonds für ab 2010 neu in einem Beamtenverhältnis eingestellte Kräfte.

Für die Erstattungen von Versorgungslasten (Einnahmen und Ausgaben) sind die nachstehend aufgeführten Gesetze maßgebend:

1. Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz - BeamtVG) in der Fassung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322), zuletzt geändert durch § 22 Abs. 1 des Gesetzes vom 12.12.2007 (BGBl. I S. 2861).
2. Landesministergesetz in der Fassung vom 1. Oktober 1990 (GVObI. Schl.-H. S. 515), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 2004 (GVObI. Schl.-H. 2004 S. 153).
3. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (G 131) in der Fassung vom 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1686), in Verbindung mit dem Dienstrechtlichen Kriegsfolgen-Abschlussgesetz (DKfAG) §§ 1 und 2.
4. Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) in der Fassung vom 15. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2073) in Verbindung mit dem Dienstrechtlichen Kriegsfolgen-Abschlussgesetz (DKfAG) §§ 1 und 2.
5. Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz vom 23. Februar 1961 (BGBl. I S. 119) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 28. August 1964 (BGBl. I S. 709), zuletzt geändert am 08. Februar 1994 (GVObI. Schl.-H. S. 124).
6. Beamtenengesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesbeamtenengesetz - LBG) in der Fassung vom 3. August 2005 (GVObI. Schl.-H. 2005 S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Februar 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 184).

Einnahmen

119 04	018	Kapitalbeträge von Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gemäß § 58 BeamtVG	0,0 0,0	0,0	0,0
231 01	018	Anteilige Erstattung von Versorgungslasten durch den Bund	7.830,1 9.476,0	6.869,0	6.069,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§§ 42 (1), 71 e und 78 a G 131	6.560.800	5.776.600
2.	§§ 23 und 30 BWGöD	60.000	55.000
3.	§ 18 (2) des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes	40.000	30.000
4.	anderen gesetzlichen Bestimmungen	208.200	208.200
	Summe	6.869.000	6.069.800

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

232 01 018 Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch die Länder 515,7
674,3 694,6 698,1

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§§ 42 (1), 71 e und 78 a G 131	230.000	210.000
2.	und anderen gesetzlichen Bestimmungen	464.600	488.100
Summe		694.600	698.100

233 01 018 Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch Kreise und Gemeinden 47,5
58,7 34,7 28,7

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§§ 42 (1), 71 e und 78 a G 131	16.700	12.000
2.	§ 234 (2) LBG und anderen gesetzlichen Bestimmungen	18.000	16.700
Summe		34.700	28.700

281 01 018 Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch Sonstige 51,1
108,4 124,6 114,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§§ 42 (1), 71 e und 78 a G 131	47.100	42.000
2.	anderen gesetzlichen Bestimmungen	77.500	72.600
Summe		124.600	114.600

281 02 018 Erstattungen der VBL für nachentrichtete Arbeitnehmeranteile für kurzzeitig teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 1,0
0,0 1,0 1,0

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 636 02.

281 03 018 Erstattung überzahlter VBL-Sanierungsgelder 10,0
2.114,3 10,0 10,0

Erläuterungen:

Vgl. Titel 636 03.

282 01 018 Beiträge zu den Versorgungslasten 330,6
405,2 145,9 145,9

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Beiträge anderer Stellen zu den Versorgungslasten für Beamtinnen und Beamte, die zu vorübergehender Beschäftigung aus dem Landesdienst beurlaubt sind. Zur Abgeltung der dem Land in diesen Fällen auch während der Zeit der Beurlaubung erwachsenden Versorgungslasten wird von den Beschäftigungsstellen ein pauschalierter Versorgungszuschlag erhoben.

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
282 02	048	Beiträge zu den Versorgungslasten durch das Bundesinnenministerium	2.900,0 2.888,1	2.950,0	3.000,0
Erläuterungen:					
Auf Grund des Verwaltungsabkommens vom 13. Januar 1986 erstattet das Bundesministerium des Inneren dem Land die Versorgungs- und Hinterbliebenenbezüge für ehemalige Lehrerinnen und Lehrer in Nordschleswig in Höhe des v.H.-Anteils an ruhegehaltfähigen Dienstzeiten im Schuldienst in Nordschleswig zu der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit.					
282 03	138	Beiträge zu den Versorgungslasten durch die Universitätsklinik	2.500,0 2.184,5	2.400,0	2.400,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Anteile zur Altersversorgung für Beamtinnen und Beamte der Universitätsklinik Schleswig-Holstein.					
282 04	018	Beiträge zu den Versorgungslasten durch die Fachkliniken	408,0 352,0	326,7	304,5
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Anteile zur Altersversorgung für Beamtinnen und Beamte der ehemaligen Fachkliniken des Landes.					
381 01	991	Beiträge zu den Versorgungslasten im Bereich der Forschungsinstitute	1.635,4 1.023,4	1.693,7	1.772,1
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Anteile zur Altersversorgung für Beamtinnen und Beamte des Hochschulbereichs:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		des Instituts für Weltwirtschaft, vgl. Tit. 0623-981 68 (TG 68)		336.600	384.000
2.		des Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften, vgl. Tit. 0623-971 67 (TG 61)		379.200	379.200
3.		des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften - GEOMAR, vgl. Kap. 0623 - 981 62 (TG 62)		921.900	921.900
4.		der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, vgl. 0623 - 981 69 (TG 69)		26.000	27.000
5.		des Forschungszentrums Borstel (FZB)		30.000	60.000
		Summe		1.693.700	1.772.100
381 02	991	Beiträge zu den Versorgungslasten im Umweltbereich	237,7 308,9	324,4	324,4
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Anteile zur Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		die aus der Abwasserabgabe finanziert werden, vgl. Tit. 1315-981 01 (MG 01)		57.000	57.000
2.		die aus der Grundwasserentnahmeabgabe finanziert werden, vgl. Tit. 1315-981 20 (MG 20)		152.900	152.900
3.		die aus der Oberflächenwasserabgabe finanziert werden, vgl. Tit. 1315-981 31 (MG 31)		114.500	114.500
		Summe		324.400	324.400
389 01	991	Beiträge zu den Versorgungslasten im Bereich des Instituts für Weltwirtschaft	0,0 0,0	0,0	0,0
Weggefallen.					

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007		
			T€		

Summe der Einnahmen

16.467,1
19.593,9

15.574,6

14.869,1

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

431 01	018	Versorgung der Ministerpräsidentin, der Ministerpräsidenten, der Landesministerinnen und Landesminister sowie für deren Hinterbliebene	2.149,2 1.842,8	1.717,2	1.725,8
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind die an ausgeschiedene Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, Landesministerinnen und Landesminister sowie für deren Hinterbliebene gem. §§ 9 bis 13 des Landesministergesetzes in der Fassung vom 1. Oktober 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 515), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 2004 (GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 153) zu zahlenden Bezüge nachzuweisen.

Zahl der Empfängerinnen und Empfänger:

	Haushaltsplan 2008	Stand 01.01.2008	Voraussichtlich 2009	Voraussichtlich 2010
Zahl der Empfängerinnen und Empfänger:	37	33	34	34
Zusammen	37	33	34	34

432 01	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Landtages sowie deren Hinterbliebene	1.084,1 973,1	1.019,1	1.058,3
---------------	------------	---	-------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

zu Titel 432 01 bis 432 25 und 432 29

Bei diesen Titeln sind die Bezüge für die ausgeschiedenen Landesbeamtinnen und Landesbeamten sowie für deren Hinterbliebene nachzuweisen.

Zahl der Empfängerinnen und Empfänger:

	Haushaltsplan 2008	Stand 01.01.2008	Voraussichtlich 2009	Voraussichtlich 2010
Titel 432 01	27	28	30	31
Titel 432 02	90	88	94	96
Titel 432 03	36	35	37	38
Titel 432 04	471	446	476	489
Titel 432 05	4.924	4.750	4.877	4.939
Titel 432 06	303	300	320	329
Titel 432 07	1.434	1.322	1.411	1.449
Titel 432 08	348	339	362	372
Titel 432 09	604	605	646	663
Titel 432 10	777	776	828	851
Titel 432 11	6.008	5.955	6.357	6.528
Titel 432 12	2.423	2.470	2.637	2.708
Titel 432 13	3.150	3.106	3.315	3.405
Titel 432 14	1.729	1.752	1.870	1.921
Titel 432 15	318	312	333	342
Titel 432 16	804	811	866	889
Titel 432 18	404	371	371	371
Titel 432 19	2.395	2.312	2.468	2.535
Titel 432 20	174	185	197	203
Titel 432 21	522	493	526	540
Titel 432 22	1	1	1	1
Titel 432 23	3	2	2	2
Titel 432 24	2	1	1	1
Titel 432 25	0	0	0	0
Titel 432 29	121	153	162	167
Zusammen	27.068	26.613	28.187	28.870

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 432 01

nachrichtlich:

Titel 431 01	37	33	34	34
Titel 439 01	3	2	2	2
Titel 439 02	0	0	0	0
Titel 439 05	4	4	4	4
Zusammen	44	39	40	40

Zusammenfassung:

Titel 43101,43901-43905	44	39	40	40
Titel 432 01-432 29	27.068	26.613	28.187	28.870
Zusammen	27.112	26.652	28.227	28.910

432 02	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Landesrechnungshofs sowie deren Hinterbliebene	3.342,7 3.370,1	3.588,3	3.683,0
432 03	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 03 sowie deren Hinterbliebene	1.412,7 1.500,1	1.527,0	1.576,1
432 04	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 04 - ohne Polizei - sowie deren Hinterbliebene	14.118,0 12.976,9	14.049,6	14.505,5
432 05	048	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Polizei sowie deren Hinterbliebene	114.957,5 110.130,9	112.799,7	114.804,8
432 06	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 05 - ohne Finanzämter - sowie deren Hinterbliebene	8.587,8 8.383,1	9.302,3	9.611,7
432 07	068	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Finanzämter sowie deren Hinterbliebene	35.223,0 32.339,7	33.888,6	34.975,3
432 08	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 06 sowie deren Hinterbliebene	11.096,7 10.885,1	11.898,8	12.288,7
432 09	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen u. Beamte des Einzelplans 07 - ohne Schulen - sowie deren Hinterbliebene	22.932,3 22.213,0	24.335,9	25.101,2
432 10	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Sonderschulen sowie deren Hinterbliebene	23.452,7 23.487,7	26.041,3	26.898,5
432 11	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Grund- und Hauptschulen sowie deren Hinterbliebene	162.012,2 153.293,2	177.811,5	183.187,2
432 12	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Realschulen und Regionalschulen sowie deren Hinterbliebene	75.903,4 71.359,1	82.567,6	85.661,6

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
432 13	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Gymnasien sowie deren Hinterbliebene	109.901,0 104.666,2	125.311,3	129.034,1
432 14	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der berufsbildenden Schulen sowie deren Hinterbliebene	56.119,2 56.176,7	61.834,6	63.838,7
432 15	138	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Fachhochschulen sowie deren Hinterbliebene	11.989,9 11.437,1	12.522,4	12.925,2
432 16	138	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Universitäten einschl. Universitätsklinikum Schleswig-Holstein sowie deren Hinterbliebene	34.609,2 33.747,4	36.279,3	37.429,0
432 18	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des früheren Einzelplans 08 sowie deren Hinterbliebene	12.489,7 11.697,5	11.607,8	11.665,9
432 19	058	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 09 sowie deren Hinterbliebene	65.006,9 61.389,7	65.725,7	67.847,5
432 20	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 13 sowie deren Hinterbliebene	5.884,1 6.238,0	6.944,8	7.192,1
432 21	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 10 sowie deren Hinterbliebene	15.546,7 14.663,7	15.727,1	16.226,5
432 22	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des früheren Oberpräsidiums sowie deren Hinterbliebene	5,9 6,7	4,9	4,9
432 23	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des früheren Regierungspräsidiums sowie deren Hinterbliebene	45,1 38,8	33,5	33,7
432 24	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des früheren Provinzialverbandes sowie deren Hinterbliebene	30,5 22,4	18,5	18,6
432 25	018	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des früheren Reichsnährstandes sowie deren Hinterbliebene	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglicher Leertitel.			
432 26	018	Erstattung von Versorgungsausgleichsbeträgen an die Sozialversicherungsträger	10.655,0 7.354,9	9.497,0	10.552,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Erstattungen des Landes gem. SGB VI § 225 Abs. 1 und 2 an Sozialversicherungsträger. Den Versicherungsträgern sind die Aufwendungen zu erstatten, die sie im Rahmen des Versorgungsausgleichs (§ 1587 b Abs. 2 BGB) für geschiedene Ehegatten von Beamtinnen und Beamten sowie Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten leisten.			

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 432 26

Anzahl der Zahlfälle:

	Ist 2005	Soll 2006	Voraussichtlich 2007	Voraussichtlich 2008
	1.080	1.125	1.323	1.522
Zusammen	1.080	1.125	1.323	1.522

432 29 118 Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen sowie deren Hinterbliebene **3.271,1** **4.970,3** **5.149,4**
 3.823,0

439 01 018 Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz **79,0** **15,0** **15,0**
 45,1

Erläuterungen:

Nach § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes hat das Land als Aufnahmeeinrichtung im Sinne des § 61 Abs. 1 G 131 die Versorgung für einen Teil der früheren Angehörigen des Reichsnährstandes und ihrer Hinterbliebenen zu tragen.

Da der Versorgungsaufwand von der Gesamtheit der Bundesländer getragen wird, wird ein Teil der Versorgungsbezüge erstattet (vgl. Ziff. 3 der Erläuterungen zu Tit. 231 01).

	Haushaltsplan 2008	Stand 01.01.2008	Voraussichtlich 2009	Voraussichtlich 2010
Zahl der Empfängerinnen und Empfänger:	3	2	2	2
Zusammen	3	2	2	2

439 02 018 Ruhegelder, Ruhelöhne usw. aufgrund besonderer Verpflichtungen **0,0** **0,0** **0,0**
 0,0

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden auch Zahlungen aufgrund des Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 26. Januar 1937 (RGBl. I S. 91) geleistet.

Vorsorglicher Leertitel.

439 05 018 Zusatzrenten **3,5** **3,5** **3,5**
 2,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zusatzrenten für Arbeitnehmer des früheren Provinzialverbandes, die nicht bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder versichert waren.

Zahl der Empfängerinnen und Empfänger:

	Haushaltsplan 2008	Stand 01.01.2008	Voraussichtlich 2009	Voraussichtlich 2010
1.	4	4	4	4
Zusammen	4	4	4	4

443 01 941 Fürsorgemaßnahmen **2.053,8** **1.852,8** **1.889,9**
 1.780,9

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 443 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	die Unfallfürsorge nach dem Landesbeamtengesetz für		
1.1	aktive Beamtinnen und Beamte, einmalige Zahlungen	1.121.000	1.143.400
1.2	aktive Beamtinnen und Beamte, laufende Zahlungen	158.000	160.000
1.3	inaktive Beamtinnen und Beamte	573.800	586.500
2.	nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung und der Beihilfe übernommene Leistungen bei Auslandsdienstreisen und Aus- landsbeschäftigung	0	0
Summe		1.852.800	1.889.900

631 01	018	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungs- lasten an den Bund	191,0 185,5	142,7	128,5
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§ 42 (2) G 131	142.700	128.500
Summe		142.700	128.500

632 01	018	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungs- lasten an die Länder	3.940,6 3.616,8	4.140,9	4.348,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§ 2 des Verwaltungsabkommens über die Bereichsabgrenzung der Orthopädischen Versorgungsstelle Hamburg	13.000	14.000
2.	§ 42 (2) G 131	75.000	78.000
3.	dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein über das gemeinschaftliche Oberverwal- tungsgericht in Lüneburg	270.000	260.000
4.	anderen gesetzlichen Bestimmungen	3.782.900	3.996.000
Summe		4.140.900	4.348.000

633 01	018	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungs- lasten an Kreise und Gemeinden	227,8 186,0	167,3	158,9
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen nach:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	§ 42 (2) G 131	25.000	20.000
2.	§§ 23 und 30 BWGóD	0	0
3.	§ 234 (2) LBG und anderen gesetzlichen Bestimmungen	142.300	138.900
Summe		167.300	158.900

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
633 02	018	Zuschüsse des Landes zur Durchführung der rechtsgleichen Wiederverwendung nach G 131	54,0 40,8	36,8	35,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Zuschüsse aufgrund					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		des § 23 Landesbeamtengesetz in der Fassung vom 19. Februar 1973 (GVOBl. Schl.-H. S. 35)		36.800	35.000
Summe				36.800	35.000
636 01	018	Nachversicherungen	95,0 83,1	79,1	77,1
Erläuterungen:					
Nach § 63 i.V.m. § 72 (11) G 131 und § 99 (9) des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 5. November 1957 (BGBl. I S. 1747), zuletzt geändert durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2094, 2101), erstattet das Land als zuständiger Träger der Versorgungslast den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung im Versicherungsfall für die unter die vorgenannten Gesetze fallenden Personen, die keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, die auf die Zeiten versicherungsfreier Beschäftigungen vor dem 8. Mai 1945 entfallenden Leistungen.					
636 02	018	Nachentrichtung von Beiträgen für ehemalige kurzzeitig teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5,0 0,0	5,0	5,0
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 281 02 geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Durch Urteile des Bundesarbeitsgerichts ist das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, für ehemalige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit bisher nicht versichert werden konnten, auf ihren beim Arbeitgeber zu stellenden Antrag Umlagen und Beiträge sowie ggf. Pflichtbeiträge an die VBL zu entrichten. Für die nach zu entrichtenden Anteile der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tritt das Land in Vorleistung. Nach der Rentenberechnung erstattet die VBL die verauslagten Beträge. Vgl. Tit. 281 02.					
636 03	018	Erstattung von Fehlbeträgen des VBL-Sanierungsgeldes der Vorjahre an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	150,0 0,0	150,0	150,0
Erläuterungen:					
Zur Umsetzung von Regelungen des Altersvorsorgeplans 2001 hat der Verwaltungsrat der VBL am 01.02.2002 die 41. Satzungsänderung sowie eine vorläufige Regelung über die Erhebung von Sanierungsgeldern beschlossen. Danach sind von den Arbeitgebern zusätzlich zur VBL-Umlage ab 01. Januar 2002 steuerfreie Sanierungsgelder zu entrichten. Vgl. Tit. 281 03.					
671 01	018	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten an sonstige Bereiche	1.394,3 1.260,6	1.760,0	1.936,3
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Erstattungen auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Nordelbischen Kirche und dem Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein vom 27. März 1980 sowie die anteiligen Versorgungslasten nach § 107 b BeamtVG.					
919 01	951	Zuführung an die Rücklage Versorgungsfonds	0,0 0,0	0,0	3.500,0
Erläuterungen:					
Ab dem 1. Januar 2010 wird ein Versorgungsfonds eingerichtet für alle in einem Beamtenverhältnis neu eingestellten Kräfte.					

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

61 Versorgungsrücklagen

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe

Erläuterungen:

Nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz sind Bund und Länder verpflichtet, ab 1999 Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2017 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben im Lande eine Rücklage nach dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage für den Bereich des Landes Schleswig-Holstein vom 18.05.1999 (GVObI. Schl.-H. S. 113) aufgebaut werden. Zusätzlich wird der Versorgungsrücklage in diesem Zeitraum 50 v.H. der durch die Maßnahmen des Versorgungsänderungsgesetzes bewirkten Verminderung der Versorgungsausgaben zugeführt. Die auf den 31.12.2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen der Besoldung werden nicht vermindert. Die auf die vorangegangenen Anpassungen beruhenden Zuführungen an die Versorgungsrücklage bleiben unberührt (Mitnahme des Basiseffektes).

Die sich insgesamt ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung Hamburg übertragen worden.

Vgl. Anlage zu Kapitel 1105.

424 61	018	Zuführung an die Versorgungsrücklage aus der Verminderung der Besoldungsanpassungen	9.500,0	10.500,0	10.800,0
(TG 61)			8.600,0		
434 61	018	Zuführung an die Versorgungsrücklage aus der Verminderung der Versorgungsanpassungen	17.600,0	17.800,0	20.500,0
(TG 61)			10.400,0		
Summe der Titelgruppe 61			27.100,0	28.300,0	31.300,0
			19.000,0		
Summe der Ausgaben			837.120,6	887.677,2	920.542,5
			790.218,2		

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

11 - 19	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 0,0	0,0	0,0
21 - 29	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	14.594,0 18.261,6	13.556,5	12.772,6
35 - 39	Besondere Finanzierungseinnahmen	1.873,1 1.332,3	2.018,1	2.096,5
Gesamteinnahmen		16.467,1 19.593,9	15.574,6	14.869,1
41 - 49	Personalausgaben	831.062,9 784.845,4	881.195,4	910.203,7
61 - 69	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.057,7 5.372,8	6.481,8	6.838,8
91 - 99	Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	3.500,0
Gesamtausgaben		837.120,6 790.218,2	887.677,2	920.542,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-820.653,5 -770.624,4	-872.102,6	-905.673,4

11 06 Beihilfen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 06 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Beihilfen und Pflegeleistungen

Erläuterungen:

Dieses Kapitel enthält die Ausgaben für:

- Landesverordnung über die Gewährung von Beihilfen an Beamtinnen und Beamte in Schleswig-Holstein (Beihilfeverordnung - BhVO) vom 16. Mai 2006 (GVOBl.Schl.-Holst. S. 85). Rechtsgrundlage ist der § 96 Nr. 2 und § 100 Abs. 1 Satz 1 Landesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. August 2005 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 283) zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 14. Dezember 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 309)
- Pflegeleistungen nach dem Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014), zuletzt geändert durch Art. 265 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407).
- Vertrag des Landes mit der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf vom 18.12.2003/27.01.2004.

Ausgaben

01 Beihilfen und Pflegeleistungen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die gesamten vom Land zu tragenden Ausgaben für Beihilfen einschließlich Pflegeleistungen an Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit sie nicht für gemeinschaftlich finanzierte Einrichtungen besonders zu veranschlagen sind.

Die Ansätze sind nach der Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben geschätzt.

441 11	941	Beihilfen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Pflegeleistungen)	78.928,5 77.583,1	86.749,2	88.917,9
(MG 01)					
441 12	941	Pflegeleistungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	500,0 470,1	500,0	500,0
(MG 01)					
446 11	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (ohne Pflegeleistungen)	98.386,8 94.421,4	113.302,7	121.233,9
(MG 01)					
446 12	018	Pflegeleistungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	13.600,0 13.080,5	13.950,3	13.950,3
(MG 01)					
446 13	018	Sozialbeiträge für Pflegepersonen	430,0 273,4	350,0	350,0
(MG 01)					
Summe der Maßnahmegruppe 01			191.845,3 185.828,5	214.852,2	224.952,1
Summe der Ausgaben			191.845,3 185.828,5	214.852,2	224.952,1

11 06 Beihilfen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

41 - 49	Personalausgaben	191.845,3 185.828,5	214.852,2	224.952,1
Gesamtausgaben		191.845,3 185.828,5	214.852,2	224.952,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-191.845,3 -185.828,5	-214.852,2	-224.952,1

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 01 Einnahmen an Schadensersatz einschließlich derjenigen des Mitarbeiterregresses wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist
- 10 Entnahme aus allgemeinen Rücklagen

Ausgaben

- 01 Schadensersatz und Erstattungen wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist, einschließlich der Gerichts- und ähnlichen Kosten
- 02 Verwendung der Zweckabgaben nach §§ 10, 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)
- 10 Zuführung an allgemeine Rücklagen
- 61 Übertragung der Liegenschaften auf die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LSVH)
- 62 Zuführung an die Versorgungsrücklage - übertragen nach Kap. 1105 - TG 61
- 64 Maßnahmen im Rahmen des Regionalprogramm 2000
- 65 Ganztagsbetreuung
- 66 Schulbausanierung für soziale Brennpunkte

Erläuterungen:

Dieses Kapitel enthält alle sonstigen nicht unter die Zweckbestimmung der anderen Kapitel des Einzelplans fallenden Einnahmen und Ausgaben.

Einnahmen

119 04	872	Erbschaften des Landes nach § 1936 BGB	1.000,0 1.486,8	1.000,0	1.000,0
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem gesetzlichen Erbrecht des Fiskus.

119 06	062	Auf das Land übergegangene Forderungen	1.000,0 1.255,0	1.000,0	1.000,0
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Mit der Abwicklung der Schadensfälle zusammenhängende Ausgaben sind von der Einnahme abzusetzen.

Erläuterungen:

Auf das Land übergegangene Forderungen gemäß § 103 a LBG, § 6 EFZG, § 38 BAT und § 43 MTArb aus Unfällen (Verletzungen und Tod) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern sowie Angehörigen durch Gewährung von Dienst- oder Versorgungsbezügen, Arbeitsentgelt und anderen Leistungen (Beihilfen, Unfallfürsorge, Heilfürsorge usw.).

119 07	062	Kassenüberschüsse und sonstige nicht unterzubringende Beträge	150,0 214,1	200,0	200,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erstattungen sind von der Einnahme abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind neben Kassenüberschüssen unanbringliche Erstattungsbeträge und nicht zu erstattende Mehrbeträge (Überzahlungen in Kleinbetragshöhe).

119 99	062	Vermischte Einnahmen	246,0 395,5	300,0	300,0
---------------	-----	-----------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen des Landes nach Ablauf der Hinterlegungsfrist gemäß § 23 Hinterlegungsordnung.

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
121 01	853	Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen	40.798,0 38.812,6	0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Übertragen von Kapitel 0506 - 121 02.</p> <p>Vergleiche Erläuterungen zu Titel 1111 - 671 02.</p> <p>Wegen der Finanzkrise wurde die Dividende der HSH-Nordbank aus Vorsichtsgründen auf Null gesetzt.</p>					
122 01	856	Einnahmen aus dem Zahlenlotto 6 aus 49 am Sonnabend	30.000,0 29.786,6	29.000,0	28.500,0
<p>Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</p> <p>Erläuterungen: Die Erläuterungen gelten für die Titel 122 01 bis 122 11.</p> <p>Seit 01.01.2005 veranstaltet die NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG auf der Basis der ihr erteilten Konzessionen die staatlichen Lotterien und Wetten. Die Lotterien Zahlenlotto 6 aus 49 am Sonnabend, Zahlenlotto 6 aus 49 am Mittwoch, Fußball-Toto, Spiel 77, Oddset-Wette, Losbrieflotterie, Super 6, Bingo, GlücksSpirale, Keno und Plus 5 werden auf der Grundlage des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Gesetz vom 31. Juli 2007; GVOBl Schl.-H. S. 524 ff.) sowie des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 524 ff.) durchgeführt. Aus der Durchführung erhält das Land die Zweckabgabe. Vgl. 1111 - MG 02.</p>					
122 02	856	Einnahmen aus dem Zahlenlotto 6 aus 49 am Mittwoch	11.000,0 12.942,8	11.750,0	11.500,0
<p>Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</p> <p>Erläuterungen: Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.</p>					
122 03	856	Einnahmen aus dem Spiel 77	9.200,0 9.632,4	9.425,0	9.250,0
<p>Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</p> <p>Erläuterungen: Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.</p>					
122 04	856	Einnahmen aus der Oddset-Wette	2.200,0 1.538,9	1.170,5	1.155,0
<p>Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</p> <p>Erläuterungen: Vgl. Tit. 122 01.</p>					
122 05	856	Einnahmen aus der Zusatzlotterie Super 6	6.700,0 7.051,9	6.875,0	6.750,0
<p>Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</p> <p>Erläuterungen: Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.</p>					
122 06	856	Einnahmen aus der GlücksSpirale	1.800,0 1.617,9	1.728,3	1.700,0
<p>Ausgaben aus der Regionalisierung und Rückzahlungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.</p>					

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 122 06

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.

Die Einnahmen fließen zu je einem Viertel der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Sportbund und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zu. Ein Viertel wird verwendet zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs (1002-684 61 - TG 61).

Vgl. Tit. 684 14.

122 07	856	Einnahmen aus dem Fußball-Toto	500,0 478,6	350,0	342,5
--------	-----	---------------------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.

122 08	856	Einnahmen aus der Losbrieflotterie	1.500,0 1.063,4	1.275,0	1.250,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.

122 09	856	Einnahmen aus der Lotterie Bingo	2.750,0 2.405,4	2.525,0	2.500,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01.

Das Land erhält aus der Durchführung der Lotterie Bingo die Zweckabgabe. Die Einnahmen werden den Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im Lande im Rahmen entsprechender Zuwendungen auf der Grundlage von Einzelentscheidungen des Rates für Umwelt und Entwicklung (Vergaberat) zur Entwicklung von Umwelt- und Entwicklungsprojekten im Sinne der Agenda 21 zur Verfügung gestellt.

Vgl. Tit. 1301-671 04 und 1301-685 25.

122 10	856	Einnahmen aus der Zahlenlotterie Keno	2.400,0 1.177,3	984,7	967,5
--------	-----	--	---------------------------	--------------	--------------

Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01

122 11	856	Einnahmen aus der Zusatzlotterie Plus 5	240,0 113,9	88,2	86,0
--------	-----	--	-----------------------	-------------	-------------

Ausgaben aus der Regionalisierung dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 01

123 01	856	Anteil an dem Bilanzgewinn der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	900,0 1.192,9	621,0	437,0
--------	-----	---	-------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Der Anteil Schleswig-Holsteins am Bilanzgewinn beträgt rd. 5,5 v.H.

123 02	856	Einnahmen aus verfallenen Gewinnen NordwestLotto Schleswig-Holstein	1.000,0 1.224,8	1.000,0	1.000,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Es handelt sich um verfallene Gewinne der NordwestLotto GmbH & Co KG, die an den Landeshaushalt abgeführt werden.

131 01	871	Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	2.300,0 2.903,4	1.800,0	1.300,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 131 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus der Veräußerung von entbehrlichen Grundstücken.

231 01	231	Erstattung des Kindergeldes für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes durch den Bund	1,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Künftig wegfallend in 2010

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

231 02	243	Rückzahlung überzahlter Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gem. § 6 Lastenausgleichsgesetz	0,0 1,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Der Leertitel dient der Abwicklung der Abrechnung des Zuschusses an den Bundeshaushalt gem. § 6 LAG. Vgl. Tit. 631 01.

331 01	129	Zuweisungen des Bundes für Ganztagsbetreuung	0,0 34.245,9	0,0	0,0
--------	-----	---	-----------------	-----	-----

Erläuterungen:

Der Bund hat den Ländern im Rahmen eines Programms zur Förderung der Ganztagschulen Haushaltsmittel in Höhe von 4,0 Mrd. € im Zeitraum 2003 bis 2007 zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung der Maßnahmen kann bis zum 31.12.2009 erfolgen. Der Leertitel dient der Abwicklung. Vgl. Kap. 1111 - TG 65.

359 01	011	Entnahme aus der Rücklage zur Umsetzung der Einsparkonzepte nach dem Liegenschaftsmodell	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

In Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen für diesen Zweck zusätzliche Ausgaben in allen Einzelplänen geleistet und entsprechende Titel eingerichtet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 1111 - 919 01.

359 02	011	Entnahme aus der Rücklage "Tarif- und Besoldungserhöhungen"	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

In Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen für diesen Zweck zusätzliche Ausgaben der Hauptgruppe 4 in allen Einzelplänen geleistet und entsprechende Titel eingerichtet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 461 01 und 919 02.

361 01	971	Überschuss aus Vorjahren	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---------------------------------	------------	-----	-----

01 Einnahmen an Schadensersatz einschließlich derjenigen des Mitarbeiterregresses wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist

Erläuterungen:

Einnahmen an Schadensersatz einschließlich derjenigen des Mitarbeiterregresses aus Anlass von Verkehrsunfällen mit Dienstkraftfahrzeugen des Landes sowie Erstattungen von Schadensersatzleistungen durch den Bund, die das Land aus Anlass von Verkehrsunfällen mit Dienstkraftfahrzeugen, die auf Bundesautobahnen sowie auf Bundes- und Landesstraßen im Straßenunterhaltungsdienst eingesetzt sind, angewendet hat.

119 15	012	Schadensersatz wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen außerhalb des Gemeinschaftsaufwandes	370,0 371,3	370,0	370,0
--------	-----	--	----------------	-------	-------

(MG 01)

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
119 16 (MG 01)	012	Schadensersatz wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	50,0 53,5	50,0	50,0
119 17 (MG 01)	012	Schadensersatz wegen Unfällen mit bundeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	100,0 9,2	30,0	30,0
231 11 (MG 01)	012	Erstattung vom Bund für Schadensersatzleistungen wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	35,0 26,0	30,0	30,0
231 12 (MG 01)	012	Erstattung vom Bund für Schadensersatzleistungen wegen Unfällen mit bundeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	30,0 6,4	30,0	30,0
Summe der Maßnahmegruppe 01			585,0 466,4	510,0	510,0
10 Entnahme aus allgemeinen Rücklagen					
Das Finanzministerium darf in Anwendung des § 72 Abs. 6 LHO Einnahmen in das folgende Haushaltsjahr umbuchen lassen. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres Einnahmen noch zu Gunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.					
351 01 (MG 10)	951	Entnahme aus der allgemeinen Ausgleichsrücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 1111 - 911 01 (AMG 10).					
353 01 (MG 10)	951	Entnahme aus der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs	0,0 0,0	105.000,0	120.000,0
355 01 (MG 10)	951	Entnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 10			0,0 0,0	105.000,0	120.000,0
Summe der Einnahmen			116.270,0 150.007,4	176.602,7	189.748,0

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

461 01	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	27.509,7 0,0	54.252,9	134.856,7
---------------	-----	--	------------------------	-----------------	------------------

Das Finanzministerium richtet die erforderlichen Titel ein und setzt die anteiligen Beträge um.

Erläuterungen:

Seit 2006 werden die möglichen Tarif- und Besoldungserhöhungen der direkt beim Land Beschäftigten (ohne ausgegliederte Bereiche wie bspw. Landesbetriebe pp.) zentral im Einzelplan 11 veranschlagt. Die Mittel werden im Haushaltsvollzug entsprechend dem Bedarf in die Einzelpläne umgesetzt. Nicht benötigte Beträge sind der Rücklage "Tarif- und Besoldungserhöhungen" zuzuführen.

Vgl. Tit. 359 02 und 919 02.

Enthalten sind auch die Sonderzahlungen an Lehramtsanwärter / Studienreferendare; Sonderzahlungen für die übrigen Anwärter sind aus den Budgets der betroffenen Ressorts zu zahlen. Im Ansatz enthalten ist weiterhin die Erhöhung der Alimentionation von Beamtinnen und Beamten mit drei und mehr Kindern.

531 09	011	Pauschale Abgeltung von Urheberrechtsansprüchen für die Wiedergabe urheberrechtlich geschützter Musik- und Sprachwerke	43,0 39,6	41,0	42,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Abgeltung von Urhebersvergütungen für die öffentliche Wiedergabe geschützter Werke nach dem Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. März 1990 (BGBl. I S. 422), und aufgrund vertraglicher Regelung vom 29.07./02.08.1993.

534 01	011	Ausgaben für die Modernisierung der Verwaltung	150,0 403,2	660,0	405,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Übertragbar

Die Erläuterungen sind verbindlich nach § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

Die Modernisierung der Landesverwaltung Schleswig-Holstein ist erklärter Schwerpunkt der Landespolitik. Der Prozess zielt auf permanente Verbesserung und Anpassung im Sinne einer lernenden Organisation. Hierzu dienen auch Benchmark-Projekte. Mit der Modernisierung sollen effektive und effiziente Strukturen in der Landesverwaltung geschaffen werden. Es werden Projekte und andere Maßnahmen zur Verwaltungsreform auf Landes- und Kommunalebene durchgeführt bzw. Projekte der Landes- und Kommunalverwaltung koordiniert und finanziell unterstützt.

Die aus diesen Maßnahmen gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse werden schrittweise in geeignete Bereiche der Landesverwaltung übertragen. Insbesondere das Konzept zur Personalentwicklung wird weiter umgesetzt. Die Einführung Neuer Steuerungselemente wird im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung finanziell begleitet.

Die Verpflichtung zur Ausgestaltung und Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf nationaler Ebene besteht und wird als Teil des Modernisierungsprozesses wahrgenommen.

Ein weiterer Themenschwerpunkt der Verwaltungsreform liegt in der Einführung von E-Government-Prozessen. Dazu müssen Bearbeitungsprozesse eingehend erfasst, analysiert und anschließend organisatorisch optimiert werden, bevor sie als IT-gestützte E-Government-Prozesse eingeführt und im Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien für e-Government) veranschlagt werden können. Ziel ist eine rationellere Aufgabenerledigung, bei der die Interessen des Adressaten einer Verwaltungsleistung besonders berücksichtigt werden. Die Einführung von E-Government-Prozessen in der Landesverwaltung bedarf dabei der Vernetzung mit entsprechenden Aktivitäten auf anderen Verwaltungsebenen (EU, Bund und Kommunen).

Zur Vermittlung und Umsetzung der verschiedenen Reformmaßnahmen werden außerdem Schulungen, Seminare und Workshops durchgeführt. Darüber hinaus werden das Parlament, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, die kommunale Ebene sowie alle anderen interessierten Stellen über die Grundzüge, den Fortgang und die Ergebnisse des Modernisierungsprozesses in Schleswig-Holstein informiert.

Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch Ausgaben für Personal, Investitionen sowie Sachverständigenleistungen und externe Beratung sowie sonstige Kosten der Modernisierung (wie z.B. Reisekosten und Fortbildung) geleistet werden.

534 04	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Verlegung von Dienststellen	65,0 0,0	100,0	100,0
---------------	-----	---	--------------------	--------------	--------------

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 534 04

Das Finanzministerium richtet die erforderlichen Titel ein und setzt die anteiligen Beträge um.

631 01	243	Zuschuss an den Bundeshaushalt gem. § 6 Lastenausgleichsgesetz	520,0 562,1	450,0	410,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Nach § 6 des Lastenausgleichsgesetzes - LAG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 845), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung und Bereinigung des Lastenausgleichsrechts vom 21. Juni 2006 (BGBl. I S. 1323), leisten die Länder mit Ausnahme der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt an den Bund einen jährlichen Zuschuss in Höhe von einem Drittel des Jahresaufwandes für Unterhaltshilfe, höchstens jedoch 30.000.000 €. Die Länder leisten den Zuschuss nach dem Verhältnis ihres Steueraufkommens im jeweils vorhergehenden Rechnungsjahr.

Der Anteil Schleswig-Holsteins wird für 2009 auf 450.000 € geschätzt, für 2010 auf 410.000 €.

632 01	011	Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder	84,0 70,4	86,0	88,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder unterhält in Berlin und Bonn als gemeinsame Interessenvertretung eine Geschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer. Im Laufe des Jahres 2008 wird die Geschäftsstelle in Bonn aufgelöst und die in Berlin erweitert.

Die anteiligen Aufwendungen für das Land Schleswig-Holstein werden im Jahr 2009 voraussichtlich 86.000 € betragen, im Jahr 2010 voraussichtlich 88.000 €.

633 01	062	Durch die Dotationsgesetzgebung übertragene Sonderverpflichtung gegenüber der Stadt Kiel	2,0 1,8	1,9	1,9
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zahlungen an die Landeshauptstadt Kiel aufgrund eines Permutationskontraktes von 1667.

671 01	872	Erstattungen im Zusammenhang mit Erbschaften des Landes nach § 1936 BGB	250,0 10,2	250,0	250,0
---------------	------------	--	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Es ist zu erwarten, dass ehemals dem Land durch Erbfeststellungsbeschlüsse zugesprochene Erbschaften vermehrt durch Gerichtsbeschlüsse rückgängig gemacht werden.

671 02	853	Erstattung von Finanzierungskosten der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein (GVB)	13.800,0 6.024,8	0,0	0,0
---------------	------------	--	----------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Übertragen von Kapitel 0506 - 67101.

Die Landesregierung überträgt Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft zur Verwaltung von Beteiligungen des Landes Schl.-H. (GVB) in den Landshaushalt (siehe § 21 Abs. 2, 5 und 7 Haushaltsstrukturgesetz 2009 / 2010). Die Einnahmen und Ausgaben der GVB stehen im Zusammenhang mit der treuhänderischen Verwaltung von Anteilen an der HSH-Nordbank AG.

Vergleiche Titel

- 1111 - 121 01 Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen
- 1116 - 325 03 (MG 01) Anschlussfinanzierung aus der Schuldenübernahme der GVB
- 1116 - 575 02 (MG 02) Zinsausgaben aus der Schuldenübernahme der GVB
- 1116 - 595 02 (MG 03) Tilgung Kreditmarkt aus der Schuldenübernahme GVB

681 05	231	Kindergeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes nach dem Bundeskindergeldgesetz	1,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend in 2010

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 681 05

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 231 01.

684 01	062	Durch die Dotationsgesetzgebung übertragene Sonderverpflichtung gegenüber dem Kloster in Uetersen	0,6 0,5	0,6	0,6
--------	-----	--	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt ist eine Zahlung für zugesagte Holzlieferungen aufgrund des Vergleichs zwischen dem damaligen Preußischen Staat und dem Adeligen Kloster Uetersen vom 24. März 1934.

684 03	324	Zuweisung an den Deutschen Fußballbund zur Mitfinanzierung der Fußballweltmeisterschaft 2006 aus den Einnahmen der Oddset-Wette	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Weggefallen

684 14	236	Zuweisungen aus den Einnahmen der Glücksspirale	1.350,0 1.407,7	1.296,2	1.275,0
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Ausgaben dürfen bis zu 75 v.H. der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 122 06 geleistet werden.

Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist übertragbar.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 122 06.

893 01	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds	20,5 0,0	31.684,4	0,0
--------	-----	---	-------------	----------	-----

Das Finanzministerium setzt auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und ab einer Fördersumme von einer Million Euro aus Landesmitteln mit Zustimmung des Finanzausschusses Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen um und richtet im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts notwendige Titel und Haushaltsvermerke ein. Bei neuen Maßnahmen erfolgt die Umsetzung auf die jeweiligen Haushaltstitel.

Erläuterungen:

Die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit ist das größte ökonomische und gesellschaftspolitische Problem Deutschlands und Schleswig-Holsteins. Die Verbesserung der Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein hat für die Landesregierung daher höchste Priorität. Um die Schwerpunktbereiche Wachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung zu stärken, hat sie einen Schleswig-Holstein Fonds eingerichtet. Der Schleswig-Holstein Fonds liefert einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts durch ein stärkeres Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein.

Insgesamt umfasst der Schleswig-Holstein Fonds 100,0 Mio. € in 2009. Über den im Einzelplan 11 veranschlagten Betrag von rd. 31,7 Mio. € hinaus sind Mittel des Schleswig-Holstein Fonds in weiteren Einzelplänen veranschlagt.

Die Landesmittel verteilen sich auf Leuchtturmprojekte in den Schwerpunktbereichen, auf die Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung, auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auf Innovation, Technologie und Wissenschaft, auf Schul- und Hochschulbildung, auf Beschäftigung, auf Wohnungsbau, Städtebau, Denkmalpflege, auf die verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur, auf die Förderung von Energiewirtschaft und -technologie und sonstige Landesmaßnahmen. Hinzu kommen Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds (KIF) und Zinszuschüsse des Landes zu Darlehen der Investitionsbank.

Die Zinszuschüsse des Landes zum Kommunalen Investitionsfonds für die Jahre 2006 bis 2010 ermöglichen eine spürbare Senkung des Zinses für die kommunalen Projektträger um zwei Prozentpunkte. Angestrebt wird ein Kreditvolumen von insgesamt 200 Mio. Euro. Durch die Zinszuschüsse des Landes zu Darlehen der Investitionsbank wird ein Kreditvolumen von insgesamt 100 Mio. Euro in den Jahren 2005 bis 2009 angestrebt.

In Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts werden der Wirtschaftsminister und der Finanzminister laufend Aktualisierungen der Maßnahmen für 2007 bis 2009 vornehmen und im vorgesehenen Rahmen in den Haushalten berücksichtigen.

919 01	011	Zuführung an die Rücklage zur Umsetzung der Einsparkonzepte nach dem Liegenschaftsmodell	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR und der Investitionsbank Schleswig-Holstein vom 10.03.2000 sollen die Mietkosten innerhalb von 5 Jahren um 10 % gesenkt werden. Die Zuführung an die Rücklage soll die für die Umsetzung der Einsparkonzepte gem. § 1 Abs. 1 GBV erforderliche Flexibilität schaffen. Vgl. Tit. 1111 - 359 01.

919 02	011	Zuführung an die Rücklage "Tarif- und Besoldungserhöhungen"	0,0 14.082,6	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen in Höhe der nicht verausgabten Mittel bei Titel 1111 - 461 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Ab 2006 werden die möglichen Tarif- und Besoldungserhöhungen zentral im Einzelplan 11 veranschlagt. Nicht in Anspruch genommene Beträge sind der Rücklage zuzuführen. Vgl. Tit. 359 02 und 461 01.

961 01	971	Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

971 02	988	Globale Mehrausgaben zur Finanzierung von Ausgaberesten	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Weggefallen

972 01	989	Globale Minderausgaben	-12.355,7 0,0	-36.000,0	-10.000,0
---------------	-----	-------------------------------	-------------------------	------------------	------------------

01 Schadensersatz und Erstattungen wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist, einschließlich der Gerichts- und ähnlichen Kosten

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme von 631 11 (MG 01) und 631 12 (MG 01).

Erläuterungen:

Die Haftpflichtschäden, die aus der Haltung von landes- und bundeseigenen Fahrzeugen entstehen, werden nach dem Grundsatz der Eigenversicherung aus Haushaltsmitteln gedeckt. Die Aufwendungen zur Behebung von Eigenschäden werden aus den laufenden Mitteln bestritten (z.B. Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen aus Titel 514 01).

Die Erstattungen der Aufwendungen für Eigenschäden durch Dritte und die Einnahme aus dem Rückgriff gegen Mitarbeiter für Fremd- und Eigenschäden werden bei den Titeln der Einnahmemaßnahmegruppe 01 vereinnahmt.

Erstattungen von Schadensersatz an den Bund, den das Land aus Anlass von Verkehrsunfällen mit Dienstkraftfahrzeugen, die auf Bundesautobahnen sowie auf Bundes- und Landesstraßen im Straßenunterhaltungsdienst eingesetzt sind, eingezogen hat sowie Schadensersatzleistungen aus Anlass von Verkehrsunfällen mit Dienstkraftfahrzeugen des Landes.

Vgl. Einnahmemaßnahmegruppe 01.

631 11 (MG 01)	012	Erstattung des Bundesanteils an den Einnahmen wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung (Gemeinschaftsaufwand)	25,0 18,3	25,0	25,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Ausgaben dürfen bis zu 50 v.H. der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 16 (MG 01) geleistet werden.

631 12 (MG 01)	012	Erstattung der Einnahmen usw. an den Bund wegen Unfällen mit bundeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	100,0 8,1	30,0	30,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 17 (MG 01) geleistet werden.

681 06 (MG 01)	012	Schadensersatzleistungen wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen außerhalb des Gemeinschaftsaufwandes	460,0 271,0	420,0	420,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
681 07	012	Schadensersatzleistungen usw. wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung (Gemeinschaftsaufwand)	100,0 74,1	100,0	100,0
(MG 01)					
681 08	012	Schadensersatzleistungen usw. wegen Unfällen mit bundeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	30,0 6,4	30,0	30,0
(MG 01)					
Summe der Maßnahmegruppe 01			715,0 377,9	605,0	605,0

02 Verwendung der Zweckabgaben nach §§ 10, 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)

Erläuterungen:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Zweckabgaben		
1.01	Zahlenlotto 6 aus 49 am Sonnabend (1111-122 01)	29.000.000	28.500.000
1.02	Zahlenlotto 6 aus 49 am Mittwoch (1111-122 02)	11.750.000	11.500.000
1.03	Spiel 77 (1111-122 03)	9.425.000	9.250.000
1.04	Oddset-Wette (1111-122 04)	1.170.500	1.155.000
1.05	Zusatzlotterie Super 6 (1111-122 05)	6.875.000	6.750.000
1.06	GlücksSpirale (1111-122 06)	1.728.300	1.700.000
1.07	Fußball-Toto (1111-122 07)	350.000	342.500
1.08	Losbrieflotterie (1111-122 08)	1.275.000	1.250.000
1.09	Lotterie Bingo (1111-122 09)	2.525.000	2.500.000
1.10	Zahlenlotterie Keno (1111-122 10)	984.700	967.500
1.11	Zusatzlotterie Plus 5 (1111-122 11)	88.200	86.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>65.171.700</i>	<i>64.001.000</i>
2.	Abzüge nach § 10 GlüStV AG		
2.01	Verpflichtungen nach § 10 Abs. 2	-26.000	-26.000
2.02	Verpflichtungen nach § 10 Abs. 3	-3.821.200	-3.775.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>-3.847.200</i>	<i>-3.801.000</i>
Zusammen		61.324.500	60.200.000

Die Konzessionsabgaben können in 2009 und 2010 vorbehaltlich späterer Abrechnungen wie folgt verwendet werden:

Nach § 10 Abs. 4 (1) sind 8 % (2009 = 4.906,0 T€, 2010 = 4.816,0 T€) - in beiden Jahren jedoch mindestens je 6.300,0 T€ - zur Förderung des Sports vorgesehen.

Dieser Betrag verteilt sich nach § 11 Abs. 1 GlüStV AG wie folgt:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Landessportverband zur Förderung des Sports (90 %)	5.670.000	5.670.000
2.	Förderung des außerschulischen Sports (8%)	504.000	504.000
3.	Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports (2 %)	126.000	126.000
Summe		6.300.000	6.300.000

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Die weiteren Beträge verteilen sich wie folgt:

		2009 EUR	2010 EUR
4.	gem. § 10 Abs. 4 (2) GlüStV AG für Zwecke der Verbraucherinsolvenzberatung 4,9 %	3.004.900	2.949.800
5.	gem. § 10 Abs. 5 GlüStV AG für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs	200.000	300.000
Summe		3.204.900	3.249.800

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 51.819.600 € in 2009 und 50.650.200 € in 2010 werden zur Deckung von gemeinnützigen Ausgaben (u.a. für Bildung, Kultur, Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung, gesundheitspolitische und soziale Maßnahmen des Landes, für Kinder, Jugend und Familie, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen pp.) im Sinne der Abgabenordnung in anderen Einzelplänen verwendet.

981 01	991	Zweckabgabe zur Förderung des Sports über den Landessportverband	5.670,0 0,0	5.670,0	5.670,0
(MG 02)					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe nach § 11 Abs. 1 GlüStV AG geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 0402 - 381 01					
981 02	991	Zweckabgabe zur Förderung des außerschulischen Sports	504,0 0,0	504,0	504,0
(MG 02)					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe nach § 11 Abs. 1 GlüStV AG geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 0402 - 381 01					
981 03	991	Zweckabgabe zur Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports	126,0 126,0	126,0	126,0
(MG 02)					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe nach § 11 Abs. 1 GlüStV AG geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 0710 - 381 01					
981 04	991	Zweckabgabe zur Verbraucherinsolvenzberatung	3.145,3 3.125,7	3.004,9	2.949,8
(MG 02)					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe nach § 10 Abs. 4 (2.) GlüStV AG geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 1012 - 381 01					
981 05	991	Zweckabgabe zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs	1.989,9 1.977,5	200,0	300,0
(MG 02)					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe nach § 10 Abs. 5 GlüStV AG geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 1002 - 38101					
Summe der Maßnahmegruppe 02			11.435,2 5.229,2	9.504,9	9.549,8

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

10 Zuführung an allgemeine Rücklagen

Das Finanzministerium darf in Anwendung des § 72 Abs. 6 LHO am Anfang des folgenden Haushaltsjahres Ausgaben zu Lasten des abzuschließenden Haushaltsjahres buchen oder umbuchen.

911 01	951	Zuführung an die allgemeine Ausgleichsrücklage	0,0	0,0	0,0
(MG 10)			0,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 25 Abs. 1 LHO ermittelten Überschusses geleistet werden.

Erläuterungen:

Ein Überschuss, der sich vor Abschluss des Haushaltsjahres nach § 25 Abs. 1 LHO ergibt, kann gemäß § 25 Abs. 2 LHO einer Rücklage zugeführt werden.

913 01	951	Zuführung an die Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs	0,0	0,0	0,0
(MG 10)			151.543,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen geleistet werden.

915 01	951	Zuführung an die Konjunkturausgleichsrücklage	0,0	0,0	0,0
(MG 10)			0,0		

Summe der Maßnahmegruppe 10			0,0	0,0	0,0
			151.543,0		

61 Übertragung der Liegenschaften auf die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LSVH)

547 61	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	0,0	0,0
(TG 61)			257,3		

Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Titels 1211 - 713 33.

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung

Summe der Titelgruppe 61			0,0	0,0	0,0
			257,3		

62 Zuführung an die Versorgungsrücklage - übertragen nach Kap. 1105 - TG 61

424 62	018	Zuführung an die Versorgungsrücklage aus der Verminderung der Besoldungsanpassungen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Übertragen nach 11 05 - 424 61

434 62	018	Zuführung an die Versorgungsrücklage aus der Verminderung der Versorgungsanpassungen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Übertragen nach 11 05 - 434 61

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Summe der Titelgruppe 62			0,0	0,0	0,0
			0,0		
64 Maßnahmen im Rahmen des Regionalprogramm 2000					
Künftig wegfallend ab 2010.					
685 64	988	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0,0	0,0	0,0
(TG 64)			0,0		
Künftig wegfallend in 2010.					
883 64	988	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	0,0	0,0
(TG 64)			0,0		
Künftig wegfallend in 2010.					
Summe der Titelgruppe 64			0,0	0,0	0,0
			0,0		
65 Ganztagsbetreuung					
Übertragbar.					
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1111-331 01 geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vgl. Tit. 331 01.					
429 65	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
Erläuterungen:					
Leertitel zur Abwicklung.					
671 65	129	Leistungsentgelt an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für die finanztechnische Abwicklung der Bundesmittel zur Förderung von Ganztagsangeboten	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			50,0		
Erläuterungen:					
Leertitel zur Abwicklung.					
883 65	129	Zuweisungen für Ganztagsbetreuung an Träger öffentlicher Schulen	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			34.195,9		
Erläuterungen:					
Zuwendung.					
Leertitel zur Abwicklung.					
893 65	129	Zuweisungen für Ganztagsbetreuung an Träger genehmigter Ersatzschulen in freier Trägerschaft	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
Erläuterungen:					
Zuwendung.					
Leertitel zur Abwicklung.					

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Summe der Titelgruppe 65			0,0	0,0	0,0
			34.245,9		
66		Schulbausanierung für soziale Brennpunkte			
		Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.			
547 66	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Leertitel zur Abwicklung.			
671 66	129	Leistungsentgelte zur finanztechnischen Abwicklung des Schulbausanierungsprogramms	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Leertitel zur Abwicklung.			
883 66	129	Sanierung von Schulbauten der Träger öffentlicher Schulen	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			-0,6		
		Erläuterungen:			
		Leertitel zur Abwicklung.			
893 66	129	Sanierung von Schulbauten der Träger genehmigter Ersatzschulen in freier Trägerschaft	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Leertitel zur Abwicklung.			
Summe der Titelgruppe 66			0,0	0,0	0,0
			-0,6		
Summe der Ausgaben			43.590,3	62.932,9	137.584,0
			214.255,6		

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	116.204,0 115.728,1	71.542,7	69.688,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	66,0 33,4	60,0	60,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 34.245,9	0,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	105.000,0	120.000,0
Gesamteinnahmen			116.270,0 150.007,4	176.602,7	189.748,0
41 - 49		Personalausgaben	27.509,7 0,0	54.252,9	134.856,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	258,0 700,1	801,0	547,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	16.722,6 8.505,5	2.689,7	2.630,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	20,5 34.195,2	31.684,4	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	-920,5 170.854,8	-26.495,1	-450,2
Gesamtausgaben			43.590,3 214.255,6	62.932,9	137.584,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			72.679,7 -64.248,2	113.669,8	52.164,0

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 11 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 01 Bruttokreditaufnahme
- 02 Zinsrücklagen

Ausgaben

- 01 Zinsen Kreditmarkt
- 02 Zinsrücklagen
- 03 Tilgung Kreditmarkt
- 04 Schuldendienst öffentlicher Bereich
- 05 Sach- und Personalbudget

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben erfolgt im Rahmen der Outputorientierten Budgetierung des Aufgabenbereichs "Kredite, Finanzderivate, Schulden".

Zur Outputorientierten Budgetierung gehören auch die "Zusätzlichen Erläuterungen", die diesem Kapitel folgen.

Einnahmen

01 Bruttokreditaufnahme

Das Finanzministerium darf in Anwendung des § 72 Abs. 6 LHO Einnahmen in das folgende Haushaltsjahr umbuchen lassen. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen noch zu Gunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.

325 01	921	Nettokreditaufnahme	1.239.625,2	607.435,2	603.811,6
(MG 01)			515.542,3		
325 02	921	Anschlussfinanzierung (einschließlich Umschuldungen nach § 18 Abs. 5 LHO)	2.593.190,0	2.644.477,0	2.352.789,0
(MG 01)			3.358.115,0		

Erläuterungen:

Es entfallen auf die Finanzierung von

	2009 (TEUR)	2010 (TEUR)
1a. planmäßigen Tilgungen	2.644.477	2.352.823
1b. unter Anrechnung von Tilgungsrückflüssen aus Wertpapiereigenbeständen	0	-34
2a. zusätzlichen Tilgungen (gem. § 18 Abs.5 LHO)	0	0
2b. Rückkäufen und auf Wiederverkäufe eigener Wertpapiere (gem. § 18 Abs. 5 LHO)	0	0
Zusammen	2.644.477	2.352.789

Die Ausgaben sind bei Tit. 1116 - 595 01 (MG 03) veranschlagt.

325 03	921	Anschlussfinanzierung aus der Schuldübernahme der GVB	0,0	494.000,0	368.000,0
(MG 01)			0,0		

Erläuterungen:

Die Landesregierung überträgt die Vermögenswerte sowie die korrespondierenden Verbindlichkeiten der GVB in den Landeshaushalt gem. § 21 Abs. 5 HHG 2009/2010.

Der Betrag dient der Finanzierung von planmäßigen Tilgungen der GVB.

Die Ausgaben sind bei Titel 1116-595 02 (MG 3) veranschlagt

Summe der Maßnahmegruppe 01	3.832.815,2	3.745.912,2	3.324.600,6
	3.873.657,3		

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
		02 Zinsrücklagen			
		Weggefallen			
353 10	951	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage für nicht gebundene Zinsbestandteile	0,0	0,0	0,0
(MG 02)		Weggefallen	0,0		
		Summe der Maßnahmegruppe 02	0,0	0,0	0,0
			0,0		
Summe der Einnahmen			3.832.815,2	3.745.912,2	3.324.600,6
			3.873.657,3		

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

01 Zinsen Kreditmarkt

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit Maßnahmegruppen 02 und 04.

Einnahmen (empfangene Zahlungen aus Finanzderivaten, Agio, empfangene Stückzinsen, Zinsrückflüsse aus Wertpapier-Eigenbeständen, Erträge aus Geld- und Wertpapiergeschäften) sind von der Ausgabe abzusetzen.

575 01	921	Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate)	1.000.382,9	971.413,5	1.021.132,0
(MG 01)			941.867,8		

Erläuterungen:

Es entfallen auf

		2009 (TEUR)	2010 (TEUR)
1.	Zinsen für Altschulden	957.247,0	994.333,8
2.	Zinsen für Neuverschuldung des Vorjahres	20.160,0	32.797,2
3.	Zinsrückflüsse aus Wertpapiereigenbeständen	-5.993,5	-5.999,0
Zusammen		971.413,5	1.021.132,0

575 02	921	Zinsausgaben aus der Schuldübernahme der GVB	0,0	37.000,0	51.000,0
(MG 01)			0,0		

Erläuterungen:

Die Landesregierung überträgt die Vermögenswerte sowie die korrespondierenden Verbindlichkeiten der GVB in den Landeshaushalt gem. § 21 Abs. 5 HHG 2009/2010.

Die Zinsen für das Treuhandgeschäft wurden bisher bei Titel 0506 671 01 (übertragen nach 1111 671 02) veranschlagt. Weitere Zinsen hat die GVB unmittelbar getragen. Im Zuge der Übertragung der Vermögenswerte sowie der korrespondierenden Verbindlichkeiten der GVB in den Landeshaushalt werden künftig die gesamten Zinsen im Titel 1116 575 02 veranschlagt.

575 03	921	Disagio, Stückzinsen, sonstige Zinsausgaben	9.900,0	17.200,0	15.600,0
(MG 01)			4.912,4		

575 04	921	Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredite, Erträge aus der Anlage von Geldbeständen	-2.300,0	-2.700,0	-2.700,0
(MG 01)			-12.806,4		

Erläuterungen:

Saldo aus Zinsausgaben und -erträgen.

Summe der Maßnahmegruppe 01		1.007.982,9	1.022.913,5	1.085.032,0
		933.973,8		

02 Zinsrücklagen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit Maßnahmegruppen 01 und 04.

575 10	951	Ausgleichsrücklage für Zinsausgaben	-13.096,1	-8.553,0	-13.961,0
(MG 02)			4.254,9		

Einnahmen (aus Entnahmen) sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Saldo aus Zuführung und Entnahme.

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 575 10

Prämien aus Zinsoptionen werden zunächst bei Tit. 1116 - 575 01 vereinnahmt. Um jedoch eine risikoadäquate und periodengerechte Verteilung vorzunehmen, werden die entsprechenden Prämien, die vor dem Optionstermin vereinnahmt worden sind, über Tit. 575 10 der Rücklage zugeführt.

Zusätzlich können Minderausgaben des laufenden Haushalts bei den Titeln 575 01 und 575 03 (MG 01) zum Ausgleich von Zinsänderungsrisiken bei variabel verzinslichen Darlehen und bei Anschlussfinanzierungen im Finanzplanungszeitraum fälliger Tilgungen der Rücklage zugeführt werden.

Bei den zugeführten Mitteln handelt es sich um vorübergehend auf Verwahrkonten verbuchte Zinsbestandteile, die im Kassenbestand verbleiben und nach Wegfall ihrer Zweckbestimmung dem Haushalt wieder zufließen (ebenfalls über Tit. 575 10). Bei einer Veranschlagung unter "Rücklagen" (Obergruppen 91 und 35) könnten diese Mittel nicht entsprechend ihrem Charakter den "Zinsausgaben" zugerechnet werden.

575 11	951	Rücklage für Diskontierungsdarlehen	10.311,0	5.032,8	5.275,4
(MG 02)			-4.249,8		

Einnahmen (aus Entnahmen) sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Saldo aus Zuführung und Entnahme.

Die Zuführung an diese Zweckrücklage erfolgt in Höhe der rechnerischen jährlichen Zinsbestandteile, um im Fälligkeitszeitpunkt kumulative Haushaltsbelastungen zu vermeiden.

913 10	951	Zuführung an die Ausgleichsrücklage für nicht gebundene Zinsbestandteile	0,0	0,0	0,0
(MG 02)			0,0		

Weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 02			-2.785,1	-3.520,2	-8.685,6
			5,1		

03 Tilgung Kreditmarkt

595 01	921	Tilgung von Krediten (einschließlich Umschuldungen nach § 18 Abs. 5 LHO)	2.593.190,0	2.644.477,0	2.352.789,0
(MG 03)			3.358.115,0		

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 1116 - 325 02 (aus zusätzlichen Krediten nach § 18 Abs. 5 LHO) überschritten werden.

Auf Wertpapiereigenbestände anfallende Rückflüsse von Tilgungsleistungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Wegen der Zusammensetzung des Ansatzes vgl. Erläuterung zu 1116 - 325 02 (MG 01).

595 02	921	Tilgung Kreditmarkt aus der Schuldübernahme der GVB	0,0	494.000,0	368.000,0
(MG 03)			0,0		

Erläuterungen:

Die Landesregierung überträgt die Vermögenswerte sowie die korrespondierenden Verbindlichkeiten der GVB in den Landeshaushalt gem. § 21 Abs. 5 HHG 2009/2010.

Wegen der Zusammensetzung des Ansatzes vgl. Erläuterung zu 1116 325 03 (MG 1).

Summe der Maßnahmegruppe 03			2.593.190,0	3.138.477,0	2.720.789,0
			3.358.115,0		

04 Schuldendienst öffentlicher Bereich

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit Maßnahmegruppen 01 und 02.

Erläuterungen:

Der Kapitaldienst für Wohnungsbaudarlehen des Bundes wird nicht aus dem Landeshaushalt, sondern gem. § 16 Abs. 2 Satz 2 des Investitionsbankgesetzes vom 11.12.1990 (GVOBl. S. 609) in der jeweils geltenden Fassung aus der Zweckrücklage für die Wohnraumförderung gezahlt (vgl. Anl. zu Kap. 0416: "Ausgaben" lfd. Nrn. 1 und 5).

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
561 01	921	Zinsausgaben an den öffentlichen Bereich	15,7	15,4	15,0
(MG 04)			16,0		
581 01	921	Tilgungsausgaben an den öffentlichen Bereich	109,6	110,1	92,4
(MG 04)			810,9		
Summe der Maßnahmegruppe 04			125,3	125,5	107,4
			826,9		
05 Sach- und Personalbudget					
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.					
547 01	011	Sachausgaben für den Aufgabenbereich "Kredite, Finanzderivate, Schulden"	321,0	348,0	393,0
(MG 05)			144,5		
Einnahmen (aus Erstattungen) sind von der Ausgabe abzusetzen.					
Erläuterungen:					
Die verschiedenen Ausgabe- und Einnahmearten werden in Form von Buchungsabschnitten nachgewiesen.					
547 02	011	Rücklage für Sachausgaben	0,0	-250,0	-150,0
(MG 05)			-150,0		
Einnahmen (aus Entnahmen) sind von der Ausgabe abzusetzen.					
Erläuterungen:					
Saldo aus Zuführung und Entnahme.					
632 01	011	Erstattung der Personalausgaben für den Aufgabenbereich "Kredite, Finanzderivate, Schulden"	450,0	440,0	450,0
(MG 05)			431,4		
Erläuterungen:					
Die im Aufgabenbereich "Kredite, Finanzderivate, Schulden" anfallenden Personalkosten werden an das Kap. 0502 erstattet (Tit. 0502-232 01).					
812 01	011	Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen	64,0	270,0	165,0
(MG 05)			43,8		
Summe der Maßnahmegruppe 05			835,0	808,0	858,0
			469,7		
Summe der Ausgaben			3.599.348,1	4.158.803,8	3.798.100,8
			4.293.390,5		

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	3.832.815,2 3.873.657,3	3.745.912,2	3.324.600,6
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			3.832.815,2 3.873.657,3	3.745.912,2	3.324.600,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	321,0 -5,5	98,0	243,0
56 - 59		Schuldendienst	3.598.513,1 4.292.920,8	4.157.995,8	3.797.242,8
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	450,0 431,4	440,0	450,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	64,0 43,8	270,0	165,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			3.599.348,1 4.293.390,5	4.158.803,8	3.798.100,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			233.467,1 -419.733,2	-412.891,6	-473.500,2

Zusätzliche Erläuterungen für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Einzelplan 11 – Kap. 1116)

I. Rechtliche Grundlagen

Folgende verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen sind für den Aufgabenbereich wesentlich:

- **Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (LV)**
Artikel 53
- **Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein (LHO)**
§ 18 LHO
- **Haushaltsgesetz (HG)**
§ 2 und § 3 HG
- **Landesschuldbuchordnung** (einschließlich DVO)

II. Ziele

- Deckung des Liquiditätsbedarfs durch Beschaffung von Kreditmarktmitteln (KT 1),
- Optimierung der Zinsausgaben über einen längerfristigen Zeitraum unter Beachtung von Zinsänderungsrisiken (KT 1),
- Begrenzung von Ausfallrisiken im Derivatbereich (KT 1),
- Effizienz der Schulden- und Derivatverwaltung (KT 2),
- Begrenzung von operationalen Risiken (KT 1 und KT 2).

III. Aufgaben / Kostenträger

Im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung wird der Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ in folgende Kostenträger unterteilt:

- Kostenträger I: „Abschluss Kredite und Finanzderivate“ (KT 1),
- Kostenträger II: „Abwicklung Schulden, Derivate, Wertpapiere“ (KT 2).

Im Bereich des Kostenträgers I werden die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten wirtschaftlich unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen mit Hilfe des Portfolioverfahrens PERZ-SH gesteuert. Die Steuerungsparameter, die wirtschaftlichen Ergebnisse sowie die Risiken im Bereich des Kostenträgers I werden unter den Ziffern IV. und V. dargestellt.

Im Bereich des Kostenträgers II werden die Ergebnisse anhand von mengenmäßigen und qualitativen Kennzahlen für die wichtigsten Aufgabenbereiche (Gläubiger- und Kontrahentenkonten für die Kredit- und Derivatarten, Zahlungsvorgänge und statistische Auswertungen und Berichte) ermittelt. Die Darstellung erfolgt unter Ziffer VI. und VII.

IV. Steuerungsparameter (KT 1)

- Festlegung der Fälligkeits- und Zinsbindungsstruktur der Kreditmarktschulden,
- Einsatz verschiedener Kreditarten,
- Akquisition verschiedener Investorengruppen zur Finanzierung,
- Festlegung des Zeitpunkts der Kreditaufnahme,
- Anlage kurzfristiger Liquiditätsüberschüsse,
- Einsatz von Finanzderivaten zur Gestaltung der Zinsbindungsstruktur der Kreditmarktschulden.

V. Wertmäßige Ergebnisse, Risiken und Limite (KT 1)

1. Wirtschaftliches Ergebnis

in Mio. €	Ist 2007	HH 2008 ^{*)}	HH 2009	HH 2010
Zinsausgaben Referenz-Portfolio einschl. Geldmarktzinsen, Zinsrückflüsse aus Wertpapiereigenbestand	956,37	1.048,88	1013,51	1078,63
Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio veranschlagte Zinsausgaben, einschl. Disagio, Stückzinsen, Geldmarktzinsen, Zinsrückflüsse aus Wertpapiereigenbestand (Maßnahmegruppe 01 ohne Zinsen aus Schuldübernahme GVB)	933,98	1.007,98	985,91	1034,03
Wirtschaftliches Ergebnis	22,39	40,90	27,60	44,60

2. Bislang realisiertes wirtschaftliches Ergebnis (kumuliert, aufgezinst)

in Mio. € am Stichtag	31.12.2006	31.12. 2007
Wirtschaftliches Ergebnis (kumuliert, aufgezinst) seit der Einführung im Jahre 2002	447,85	483,68

3. Zinsänderungsrisiken

3.1 Referenz-Portfolio

in Mio. €	HH 2008 ^{*)}	HH 2009	HH 2010
3.1.1 Zinsausgaben des Referenz-Portfolios (Risiko-Zinsszenario)	1056,48	1013,61	1094,03
3.1.2 Zinsausgaben des Referenz-Portfolios (Haushalts-Zinsszenario)	1048,88	1013,51	1078,63
Zinsänderungsrisiko des Referenz-Portfolios	7,60	0,10	15,40

3.2 Ist- und Plan-Portfolio

in Mio. €	HH 2008 ^{*)}	HH 2009	HH 2010
3.2.1 Zinsausgaben des Ist- und Plan-Portfolios (Risiko-Zinsszenario)	1061,38	999,21	1093,13
3.2.2 Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolios (Haushalts-Zinsszenario)	1007,98	985,91	1034,03
haushaltsmäßiges Zinsänderungsrisiko	53,40	13,30	59,10

4. Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko

in Mio. €	HH 2008 ^{*)}	HH 2009	HH 2010
Gesetzlich festgesetztes Limit für das Zinsänderungsrisiko (§ 2 Abs. 4 HHG)	85	40	80

^{*)} Doppelhaushalt 2007/2008 (Stand: November 2006)

5. Kreditrisiken aus Finanzderivaten

Durch den Einsatz von Finanzderivaten nimmt das Land angesichts der Forderungen, z.B. bei den Zinsswaps, auch eine Gläubigerposition ein und trägt damit ein Kreditrisiko. Das Land beschränkt sich auf Vertragspartner erster Bonität (Ratingkategorie A). Im Rahmen der Risiko-steuerung werden – in Anlehnung an bankenaufsichtsrechtliche Regelungen – mit Bezug auf die bestehenden und geplanten Verträge so genannte Kreditäquivalente ermittelt. Diese dienen zur Festlegung und Überwachung kontrahentenbezogener Abschlusslimite. Für den gesamten Bestand an Finanzderivaten von 15,4 Mio. € per 31.12.2007 ergab sich ein Kreditäquivalent von knapp 523 Mio. € (3,4% des Nominalvolumens). Auf die fünf größten Partner entfiel ein Gesamtanteil von rund 48,7%. Die Anteile lagen hier in einer Spanne zwischen 16,1 und 6,8%.

Erläuterungen zu V.: Wertmäßige Ergebnisse, Risiken und Limite (KT 1)

Die wertmäßigen Ergebnisse und Zinsänderungsrisiken werden auf der Grundlage der Zahlungen aus Krediten und Finanzderivaten (Zinsausgaben aus dem Ist-, Plan- und Referenz-Portfolio) mit Hilfe des Portfolioverfahrens zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben des Landes Schleswig-Holstein (kurz: PERZ-SH, Kernelemente siehe Anhang) ermittelt.

Zu 1.: Wirtschaftliches Ergebnis

Die planmäßigen Zinsausgaben und Ergebnisse wurden auf Basis des jeweils aktuellen Haushalts-Zinsszenarios vom November 2006 (HH 2008) bzw. Ende Oktober 2008 (HH 2009/10) ermittelt. Im Vollzug 2008 zeichnet sich ab, dass die ursprünglichen Ansätze deutlich um gut 70 Mio. € unterschritten werden. Maßgeblich hierfür sind die Absenkung der Neuverschuldung in den Vorjahren und das Kredit- und Zinsmanagement im Vollzug. Das wirtschaftliche Ergebnis (Zinsminderausgaben im Vergleich zum Referenz-Portfolio) wird aber mit gut 30 Mio. € die Planzahlen nicht ganz erreichen. Die Marktverwerfungen seit Ausbruch der Finanzmarktkrise führten vor allem im Bereich der kurzfristigen Zinsen in 2008 zu deutlichen Mehrbelastungen. Insgesamt schlagen sich der seit 2005 bestehende Trend steigender Zinsen und die Markturbulenzen auch in den Folgejahren nur unterproportional in den Zinsausgaben nieder. Hintergrund ist, dass bereits sehr frühzeitig gezielte Maßnahmen durch das Kredit- und Zinsmanagement zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken getroffen worden sind.

- So wurde der Anteil der variabel verzinslichen Verpflichtungen an der Gesamtverschuldung in den letzten fünf Jahren auf rd. 11 % nahezu halbiert.
- Die Laufzeit der jährlichen Festsatzfinanzierungen wurde seit 2003 auf fast 8 Jahre deutlich verlängert. Die durchschnittliche Restlaufzeit aller Festsatzfinanzierungen liegt bei 6 Jahren.
- In den letzten drei Jahren wurde im Derivatbereich zusätzlich ein Volumen von insgesamt rd. 2 Mrd. € zur vorzeitigen Sicherung künftiger Anschlussfinanzierungen eingesetzt.

Zu 2.: Bislang realisiertes wirtschaftliches Ergebnis (kumuliert, aufgezinnt)

Die Grundlage für den Ergebnisausweis bilden die tatsächlichen haushaltsmäßigen Zinsausgaben der Jahre seit 2002 bzw. die erzielten Minderausgaben im Vergleich zum Referenz-Portfolio. Zur wirtschaftlichen Vergleichbarkeit werden die bisherigen Jahresergebnisse auf einen einheitlichen Zeitpunkt (31.12. des jew. Vorjahres) mit einem Satz von 3 % aufgezinnt.

Zu 3.: Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken resultieren aus dem Ist-Portfolio (variable Zinsverpflichtungen) und aus dem Plan-Portfolio (geplante Anschlussfinanzierungen und Neuverschuldung). Grundsätzlich steigt das Zinsänderungsrisiko mit dem zeitlichen Horizont aufgrund des wachsenden Anteils der unsicheren Zinszahlungen aus zukünftigen Finanzierungen. Aktuell tragen auch die stärkeren Marktschwankungen im Zuge der Finanzmarktkrise zu einer Erhöhung des Risikopotenzials in den Folgejahren bei. Mit Bezug auf die in den Haushalten verankerten Planungen bestehen folgende Risiken (haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiken):

- a. Für das laufende Jahr hat sich das Zinsänderungsrisiko von 53,4 Mio. € (Stand: November 2006) bis November 2008 auf Null reduziert, weil die unsicheren Zahlungen durch Zinsfeststellungen und tatsächliche Abschlüsse im Vollzug konkretisiert worden sind.
- b. Das Zinsänderungsrisiko des Ist- und Plan-Portfolios beträgt für 2009 insgesamt 13,3 Mio. € und für 2010 insgesamt 59,1 Mio. €. Es entfallen auf das
 - Ist-Portfolio (variable Zinszahlungen aus Krediten und Derivaten) 10,6 bzw. 25,8 Mio. €,
 - Plan-Portfolio (Anschlussfinanzierungen und Neuverschuldung) 2,7 bzw. 33,3 Mio. €.

- c. Die Risikolimits sind grundsätzlich so bemessen, dass - unter Berücksichtigung des Risiko-Zinsszenarios - auch größere Schwankungen der Kreditmarktzinsen während des Haushaltsvollzugs verkraftet werden können.

VI. Mengenmäßige Leistungen (KT 2)

Die Ergebnisse für den Kostenträger 2 „Abwicklung Schulden, Derivate, Wertpapiere“ werden mengenmäßig anhand von Fallzahlen für wichtige Leistungen quantifiziert. Ziel ist hierbei eine kostengünstige Verwaltung des Schulden- und Derivatbestandes, eine termingerechte Abwicklung des Schuldendienstes und eine Begrenzung von Betriebs- und Abwicklungsrisiken.

Aufgrund der besseren Aussagekraft erfolgt die Leistungsmessung grundsätzlich anhand von Bewegungsgrößen. Ergänzend wird aufgrund der vielfältigen bestandspflegenden Maßnahmen, die nicht den Zahlungsvorgängen zugeordnet werden können, hilfsweise die Bestandsgröße „Anzahl der Konten“ als Leistungsindikator verwendet.

Folgende Fallzahlen werden dabei herangezogen:

- Anzahl der Konten (Kredite und Finanzderivate),
- Anzahl der zahlungsrelevanten Vorgänge,
- Anzahl der statistischen Auswertungen und Berichte.

Die zahlenmäßigen Angaben sind unter Ziffer VIII.2 dargestellt.

VII. Qualitative Leistungen (KT 1 und KT 2)

Die mengenmäßigen Fallzahlen erlauben keine Aussagen über den Schwierigkeitsgrad und die qualitativen Anforderungen für die zu erbringenden Leistungen. Deshalb werden Kennzahlen für die qualitative Leistung mit Bezug auf die Art bzw. Komplexität der Verzinsung der Geschäfte herangezogen.

- Die Grundlage für die Leistungsermittlung bilden **Bewegungsgrößen**. Dabei werden Abschlüsse, Abtretungen und Abgänge berücksichtigt. Die Bestandsgrößen werden ergänzend nachrichtlich ausgewiesen.
- Zur Darstellung der Leistung wird eine **Gewichtung** eingeführt. Maßstab ist der Abschluss bzw. die Abtretung eines Festsatzkredites mit einem Gewicht von 1. Aufgrund der Komplexität der Verzinsung beträgt das Gewicht für nicht-festverzinsliche Kredite und für Zinsswaps 1,5, für Zinsoptionen 2. Abgänge werden einheitlich mit einem Gewicht von 0,2 berücksichtigt.

	Konten	Gew.	Ist 2007		HH 2008		HH 2009		HH 2010	
	31.12.2007		Anz.	Leist.	Anz.	Leist.	Anz.	Leist.	Anz.	Leist.
Abschlüsse/Abtretungen										
SSD fest (incl. Abtretungen)	662	1,0	188	188	140	140	150	150	160	160
strukt./var. Darlehen/WP*	67	1,5	16	24	25	37,5	29	43,5	32	48
Swaps	295	1,5	52	78	80	120	55	82,5	60	90
Optionen	52	2,0	18	36	22	44	20	40	22	44
Σ Abschlüsse/Abtretungen	1076		274	326	267	341,5	254	316	274	342
Σ Abgänge (Kredite/Derivate)		0,2	95	19	135	27	72	14,4	79	15,8
Σ Gesamt	1076		369	345	402	368,5	326	330,4	353	357,8

* alle Kredite mit einer variablen oder strukturierten (optionale Bestandteile) Verzinsung

Nachrichtlich: Bestände in Mio. Euro am Stichtag	31.12.2006	31.12.2007
Kreditmarktschulden	21.765	22.029
Finanzderivate	13.311	15.382

VIII. Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen

1. Kamerales Budget:

- **Sachmittel:**
Die Sachmittel sind im Einzelplan 11 Kapitel 1116 MG 05 veranschlagt.
- **Personal:**
Im Aufgabenbereich sind folgende Mitarbeiter-/innen tätig, die im Stellenplan zum Einzelplan 05 Kapitel 0501 geführt werden:

Personal Anzahl der Mitarbeiter-/innen (Vollzeit)	Ist 2007	HH 2008	HH 2009	HH 2010
mittlerer Dienst	0,9	0,9	0,9	0,9
gehobener Dienst	4,7	4,6	4,6	4,6
höherer Dienst (inkl. Referatsleitung)	3,0	3,0	3,0	3,0
Gesamt	8,6	8,5	8,5	8,5

2. Kosten- und Leistungs-Budget

- **Kostenträger 1:** „Abschluss Kredite und Finanzderivate“

in Mio. €	Ist 2007	HH 2008	HH 2009	HH 2010
Wirtschaftliches Brutto-Ergebnis	22,39	48,10	27,60	44,60
Kosten	0,62	0,66	0,70	0,70
(davon Personalkosten)	(0,33)	(0,32)	(0,36)	(0,37)
Wirtschaftliches Netto-Ergebnis	22,06	47,44	26,90	43,90

- **Kostenträger 2:** „Abwicklung Schulden, Derivate, Wertpapiere“

in Mio. €	Ist 2007	HH 2008	HH 2009	HH 2010
Kosten	0,37	0,42	0,38	0,39
(davon Personalkosten)	(0,22)	(0,24)	(0,23)	(0,24)
Leistungsbezeichnungen in Fallzahlen	Ist 2007	HH 2008	HH 2009	HH 2010
Anzahl der Konten	1.076	1.010	960	940
Zahlungsrelevante Vorgänge (Zahlungen, Optionsausübungen, Zinsanpassungen)	2.785	2.520	2.480	2.380
Anzahl der Auswertungen/Berichte	447	410	480	490

IX. Vereinbarungszeitraum

Die Vereinbarungen beziehen sich fortlaufend auf das jeweilige Haushaltsjahr. Erster Vereinbarungszeitraum war das Haushaltsjahr 2002. Die aktuelle Vereinbarung umfasst die Haushaltsjahre 2009 und 2010.

X. Zeitplan/Schritte zur Umsetzung

Folgende Schritte zur Umsetzung des Projekts sind vorgesehen bzw. wurden bereits realisiert:

- HH 2002: Einführung der Outputorientierten Budgetierung (Kapitel 1116)
Einsatz PERZ-SH für HH-Plan und im HH-Vollzug,
Erstellung und Verabschiedung der haushaltsrechtlichen
Grundlagen (Ermächtigungen)
- HH 2003: Optimierung des Portfolioverfahrens (PERZ-SH)
- HH 2004/05: Einsatz der neuen Programmversion im HH-Vollzug, Überarbeitung des Verfahrens für das Risiko-Zinsszenario in Zusammenarbeit mit der CAU-Kiel
- HH 2008: Übergang von Test- in Echtbetrieb des neuen, von der Ländergemeinschaft entwickelten DV-Programms SDW (Schulden-, Derivat- und Wertpapierverwaltung);
13 Bundesländer; Federführung Schleswig-Holstein
- HH 2009/10: Komplette Neu- bzw. Weiterentwicklung des Portfolioverfahrens (PERZ SH II)
unter Nutzung der Datenbasis aus SDW

XI. Berichtswesen

- Jahresbericht an den Finanzausschuss bis zum 01.06. eines Folgejahres,
- Monatsbericht im Rahmen des Controllings über die Ergebnisse und Risiken,
- regelmäßige interne Berichterstattung über den Haushaltsvollzug,
- Unverzögliche Unterrichtung des Finanzausschusses bei einer sich abzeichnenden Überschreitung des Limits für das Zinsänderungsrisiko.

Anhang

Kernelemente des Programms zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben des Landes Schleswig-Holstein (PERZ-SH)

Ist-Portfolio: Gesamtbestand an abgeschlossenen Krediten und Finanzderivaten.

Die Eckdaten werden mit Hilfe einer Schnittstelle aus dem DV-Verfahren der Schulden- und Derivatverwaltung übertragen. Auf dieser Grundlage werden die Zinsausgaben berechnet.

Plan-Portfolio: Gesamtbestand an geplanten Krediten und Finanzderivaten.

Die Plan-Kredite werden auf Basis der jeweiligen Bruttokreditaufnahme – Anschlussfinanzierungen für fällige Altkredite und Neuverschuldung - und der für jedes Jahr vorgegebenen Laufzeitstruktur über einen längerfristigen Planungshorizont von bis zu 10 Jahren erzeugt; die Plan-Derivate, in Form von Zinstauschgeschäften (Zinsswaps), ermöglichen eine Feinststeuerung der Zinsbindungsdauer, d.h. bezüglich der Anteile fester und variabler Verzinsung.

Referenz-Portfolio: Vergleichsmaßstab für die wirtschaftliche Ergebnis-Risiko-Steuerung und für die Ergebniskontrolle.

Das Referenz-Portfolio setzt sich aus Festsatzdarlehen mit Laufzeiten von 1 Jahr bis 10 Jahren zusammen. Bestände, Fälligkeiten und Zinsausgaben werden systemseitig entsprechend der vorgegebenen Laufzeit- bzw. Zinsbindungsstruktur errechnet.

Aus der seit 2002 festgelegten Laufzeitstruktur errechnet sich für die **jährliche Bruttokreditaufnahme eine durchschnittliche Laufzeit von 7,05 Jahren und für alle Darlehen des Referenz-Portfolios eine durchschnittliche Restlaufzeit von 4,72 Jahren.**

Wirtschaftliches Ergebnis: Differenz der im jeweiligen Haushalt veranschlagten Zinsausgaben (Ist- und Plan-Portfolio) und der Zinsausgaben aus dem Referenz-Portfolio.

Im Rahmen einer aktiven Portfoliosteuerung wird ein positives wirtschaftliches Ergebnis angestrebt. Ein derartiges Ergebnis (Outperformance) bedeutet, dass die haushaltsmäßigen Zinsausgaben niedriger ausfallen als die Zinsausgaben des Referenz-Portfolios. Bei einem passiven Kredit- und Zinsmanagement entsprechend dem Referenz-Portfolio (konstante Laufzeitstruktur, kein Derivateinsatz) wären Zinsmehrausgaben in der genannten Höhe angefallen. Dem Kredit- und Zinsmanagement steht das unter Ziffer IV der „Zusätzlichen Erläuterungen“ genannte Instrumentarium zur Verfügung. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine gezielte Steuerung der Zinsbindungs- bzw. Kostenstruktur des Darlehenbestandes unter Berücksichtigung der Finanzderivate im Vergleich zum Referenz-Portfolio bezüglich folgender Parameter:

- Zeitpunkt der Kreditaufnahme bzw. des Abschlusses des Finanzderivats; das Referenz-Portfolio geht von einer im Jahresverlauf gleichmäßig verteilten Kreditaufnahme aus.
- Anteil der variablen Zinsverpflichtungen (Zinsbindung von unter einem Jahr) aus Krediten und Finanzderivaten; das Referenz-Portfolio anhält nur Festzinsdarlehen mit mindestens einjähriger Laufzeit.
- Laufzeitstruktur der festen Zinsverpflichtungen; Restlaufzeit im Referenz-Portfolio beträgt 4,72 Jahre.

Zinsmatrix: Instrument zur Einbindung von Zinsszenarien.

Die Zinsmatrix enthält Zinskurven für den Laufzeitbereich von 3 Monaten bis zu 30 Jahren für die einzelnen Jahre des Planungszeitraums. Sie ermöglicht damit die Berücksichtigung der Zinsentwicklung im Zeitablauf. Sie dient als Grundlage für die Berechnung der zukünftigen unsicheren Zinszahlungen (zinsvariable Zahlungen und geplante Anschlussfinanzierungen).

Haushalts-Zinsszenario:

Das Zinsszenario enthält die Zinserwartungen des Finanzministeriums, die für die Aufstellung des Haushaltsplans und der mittelfristigen Finanzplanung maßgeblich sind.

Risiko-Zinsszenario: Verfahren zur Ableitung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zinsmatrix für das Risiko-Zinsszenario wird nach einem standardisierten, stochastischen Verfahren auf der Basis der historischen Zinssätze (Zinskurven seit 1987 mit fortlaufender Aktualisierung) abgeleitet. Das Risiko-Zinsszenario beinhaltet die Aussage, dass die **errechneten Zinssätze mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% im Durchschnitt eines Planungszeitraums von 5 Jahren – Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung des Landes – nicht überschritten werden**. Das Verfahren wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Statistik und Ökonometrie der CAU-Kiel entwickelt. Zur fortlaufenden Evaluierung, Pflege und Weiterentwicklung des Verfahrens besteht ein Pflegevertrag mit dem Entwickler.

Zinsänderungsrisiko:

potenzielle Zinsmehrausgaben aufgrund von unerwarteten Zinsänderungen.

- **Zinsänderungsrisiko des Ist- und Planportfolios:** Potenzielle Zinsmehrausgaben im Vergleich zu den im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben (**haushaltmäßiges Zinsänderungsrisiko**). Das Zinsänderungsrisiko wird als absolute Größe aus der Differenz der Zinsausgaben des Ist- und Plan-Portfolios bei Anwendung des Risiko-Zinsszenarios einerseits und des Haushalts-Zinsszenarios andererseits errechnet.
- **Zinsänderungsrisiko des Referenz-Portfolios:** Mit Bezug auf die vorgegebene Laufzeit- bzw. Fälligkeitsstruktur und die entsprechenden Refinanzierungsvolumina enthält auch das Referenz-Portfolio ein Potenzial höherer Zinsausgaben. Das Zinsänderungsrisiko des Referenz-Portfolios wird als Differenz der Zinsausgaben bei Anwendung des Risiko- und des Haushalts-Zinsszenarios errechnet.

Limit für das haushaltmäßige Zinsänderungsrisiko: Verbindliche Obergrenze für die Schwankungsbreite der im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben.

Das Limit für das Zinsänderungsrisiko ist haushaltsgesetzlich verankert und die wichtigste Rahmenvorgabe für den Haushaltsvollzug.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2009

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
11 01	Steuern und steuerähnliche Abgaben	2009	6.549.900,0		5.000,0		-56.000,0	6.498.900,0
		2008	5.677.900,0				-50.000,0	5.627.900,0
11 02	Finanzzuweisungen	2009			333.300,0		18.000,0	351.300,0
		2008			198.400,0		24.000,0	222.400,0
11 03	Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)	2009		1.831,3	255,0		1.000,0	3.086,3
		2008		1.075,0	244,0		1.000,0	2.319,0
11 04	Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	2009		2.880,0			302,0	3.182,0
		2008		4.060,0			301,0	4.361,0
11 05	Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)	2009			13.556,5		2.018,1	15.574,6
		2008			14.594,0		1.873,1	16.467,1
11 06	Beihilfen	2009						0,0
		2008						0,0
11 11	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben	2009		71.542,7	60,0		105.000,0	176.602,7
		2008		116.204,0	66,0			116.270,0
11 16	Kredite, Finanzderivate, Schulden	2009				3.745.912,2		3.745.912,2
		2008				3.832.815,2		3.832.815,2
	Summe Haushalt	2009	6.549.900,0	76.254,0	352.171,5	3.745.912,2	70.320,1	10.794.557,8
	Summe Haushalt	2008	5.677.900,0	121.339,0	213.304,0	3.832.815,2	-22.825,9	9.822.532,3
	mehr(+) / weniger(-)		+872.000,0	-45.085,0	+138.867,5	-86.903,0	+93.146,0	+972.025,5

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
			2.951,1				2.951,1	2009	11 01
			6.751,1				6.751,1	2008	
			1.227.431,6			122.691,7	1.350.123,3	2009	11 02
			994.586,6			105.975,3	1.100.561,9	2008	
113,0	81.478,0		3.975,0	41,0	16.020,0		101.627,0	2009	11 03
19,0	80.407,5		3.094,0	20,0	17.123,7		100.664,2	2008	
			1.100,0		9.000,0	302,0	10.402,0	2009	11 04
			1.050,0		9.000,0	301,0	10.351,0	2008	
881.195,4			6.481,8				887.677,2	2009	11 05
831.062,9			6.057,7				837.120,6	2008	
214.852,2							214.852,2	2009	11 06
191.845,3							191.845,3	2008	
54.252,9	801,0		2.689,7		31.684,4	-26.495,1	62.932,9	2009	11 11
27.509,7	258,0		16.722,6		20,5	-920,5	43.590,3	2008	
	98,0	4.157.995,8	440,0		270,0		4.158.803,8	2009	11 16
	321,0	3.598.513,1	450,0		64,0		3.599.348,1	2008	
1.150.413,5	82.377,0	4.157.995,8	1.245.069,2	41,0	179.666,1	-26.193,1	6.789.369,5	2009	
1.050.436,9	80.986,5	3.598.513,1	1.028.712,0	20,0	132.183,5	-619,5	5.890.232,5	2008	
+99.976,6	+1.390,5	+559.482,7	+216.357,2	+21,0	+47.482,6	-25.573,6	+899.137,0		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2009

+4.005.188,3

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2008

+3.932.299,8

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2010

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
11 01	Steuern und steuerähnliche Abgaben	2010	6.865.600,0		5.000,0		-70.000,0	6.800.600,0
		2009	6.549.900,0		5.000,0		-56.000,0	6.498.900,0
11 02	Finanzzuweisungen	2010			268.900,0		9.000,0	277.900,0
		2009			333.300,0		18.000,0	351.300,0
11 03	Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)	2010		1.836,3	260,0		1.000,0	3.096,3
		2009		1.831,3	255,0		1.000,0	3.086,3
11 04	Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	2010		2.000,0			302,0	2.302,0
		2009		2.880,0			302,0	3.182,0
11 05	Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)	2010			12.772,6		2.096,5	14.869,1
		2009			13.556,5		2.018,1	15.574,6
11 06	Beihilfen	2010						0,0
		2009						0,0
11 11	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben	2010		69.688,0	60,0		120.000,0	189.748,0
		2009		71.542,7	60,0		105.000,0	176.602,7
11 16	Kredite, Finanzderivate, Schulden	2010				3.324.600,6		3.324.600,6
		2009				3.745.912,2		3.745.912,2
	Summe Haushalt	2010	6.865.600,0	73.524,3	286.992,6	3.324.600,6	62.398,5	10.613.116,0
	Summe Haushalt	2009	6.549.900,0	76.254,0	352.171,5	3.745.912,2	70.320,1	10.794.557,8
	mehr(+) / weniger(-)		+315.700,0	-2.729,7	-65.178,9	-421.311,6	-7.921,6	-181.441,8

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
			2.951,1				2.951,1	2010	11 01
			2.951,1				2.951,1	2009	
			1.242.054,5		119.731,9		1.361.786,4	2010	11 02
			1.227.431,6		122.691,7		1.350.123,3	2009	
55,0	81.449,0		3.975,0	41,0	16.040,0		101.560,0	2010	11 03
113,0	81.478,0		3.975,0	41,0	16.020,0		101.627,0	2009	
			1.125,0		9.000,0	302,0	10.427,0	2010	11 04
			1.100,0		9.000,0	302,0	10.402,0	2009	
910.203,7			6.838,8			3.500,0	920.542,5	2010	11 05
881.195,4			6.481,8				887.677,2	2009	
224.952,1							224.952,1	2010	11 06
214.852,2							214.852,2	2009	
134.856,7	547,0		2.630,5			-450,2	137.584,0	2010	11 11
54.252,9	801,0		2.689,7		31.684,4	-26.495,1	62.932,9	2009	
	243,0	3.797.242,8	450,0		165,0		3.798.100,8	2010	11 16
	98,0	4.157.995,8	440,0		270,0		4.158.803,8	2009	
1.270.067,5	82.239,0	3.797.242,8	1.260.024,9	41,0	144.936,9	3.351,8	6.557.903,9	2010	
1.150.413,5	82.377,0	4.157.995,8	1.245.069,2	41,0	179.666,1	-26.193,1	6.789.369,5	2009	
+119.654,0	-138,0	-360.753,0	+14.955,7	0,0	-34.729,2	+29.544,9	-231.465,6		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2010

+4.055.212,1

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2009

+4.005.188,3

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2009

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2009	2010	2011	2012	2013 ff.
		T€					
11 02	Finanzzuweisungen	95.000,0	31.000,0	33.000,0	31.000,0		
11 04	Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	3.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0		
	Summe des Einzelplans	98.000,0	32.000,0	34.000,0	32.000,0		

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2010

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf		
			2010	2011	2012
		T€			
11 02	Finanzzuweisungen	2.000,0		2.000,0	
11 03	Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)	10.000,0	10.000,0		
11 04	Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	3.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
	Summe des Einzelplans	15.000,0	11.000,0	3.000,0	1.000,0

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
11 03	Informations- und Kommunika- tionstechnologien (IT)							
02	Erstattungen im Zusammen- hang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Hol- stein	2009 2008		355,0 404,0	255,0 242,0		610,0 646,0	
03	Erstattungen im Zusammen- hang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Hol- stein	2009 2008		0,0 0,0	0,0 0,0		0,0 0,0	
11 11	Sonstige allgemeine Einnah- men und Ausgaben							
01	Einnahmen an Schadenser- satz einschließlich derjenigen des Mitarbeiterregresses wegen Unfällen mit Fahrzeu- gen, deren Halter das Land ist	2009 2008		450,0 520,0	60,0 65,0		510,0 585,0	
10	Entnahme aus allgemeinen Rücklagen	2009 2008				105.000,0 0,0	105.000,0 0,0	
11 16	Kredite, Finanzderivate, Schul- den							
01	Bruttokreditaufnahme	2009 2008				3.745.912,2 3.832.815,2	3.745.912,2 3.832.815,2	
	Summe Haushalt	2009		805,0	315,0	3.745.912,2	105.000,0	3.852.032,2
	Summe Haushalt	2008		924,0	307,0	3.832.815,2	0,0	3.834.046,2

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzierungs- ausgaben	
- T€ -									

11 02 Finanzausweisungen

01 Vorwegabzug nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 FAG für den Kommunalen Schulbaufonds nach § 21 FAG

2009						31.000,0		31.000,0
2008						31.000,0		31.000,0

02 Sonstige Vorwegabzüge nach § 7 Abs. 1 FAG

2009				160.521,0		7.650,0		168.171,0
2008				147.450,0		7.650,0		155.100,0

03 Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 FAG

2009				904.683,9		84.041,7		988.725,6
2008				724.736,6		67.325,3		792.061,9

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

01 Kooperationen und organisatorische Maßnahmen

2009		165,0		1.000,0		0,0		1.165,0
2008		568,0		1.097,3		0,0		1.665,3

02 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Holstein

2009		16.797,0		355,0	41,0			17.193,0
2008		17.175,0		340,0	20,0			17.535,0

03 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Holstein

2009		14.905,0				0,0		14.905,0
2008		15.055,4				0,0		15.055,4

04 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Amt für Bundesbau

2009	0,0	261,0				20,0		281,0
2008	19,0	258,3				18,5		295,8

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

01 Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

2009						9.000,0		9.000,0
2008						9.000,0		9.000,0

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

01 Versorgungsrücklagen

2009	28.300,0							28.300,0
2008	27.100,0							27.100,0

11 06 Beihilfen

01 Beihilfen und Pflegeleistungen

2009	214.852,2							214.852,2
2008	191.845,3							191.845,3

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

01 Schadensersatz und Erstattungen wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist, einschließlich der Gerichts- und ähnlichen Kosten

2009				605,0				605,0
2008				715,0				715,0

02 Verwendung der Zweckabgaben nach §§ 10, 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)

2009						9.504,9		9.504,9
2008						11.435,2		11.435,2

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben	
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben		
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -								
10	Zuführung an allgemeine Rücklagen									
	2009								0,0	0,0
	2008								0,0	0,0
61	Übertragung der Liegenschaften auf die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LSVH)									
	2009		0,0							0,0
	2008		0,0							0,0
62	Zuführung an die Versorgungsrücklage - übertragen nach Kap. 1105 - TG 61									
	2009									
	2008									
64	Maßnahmen im Rahmen des Regionalprogramm 2000									
	2009				0,0			0,0		0,0
	2008				0,0			0,0		0,0
65	Ganztagsbetreuung									
	2009	0,0			0,0			0,0		0,0
	2008	0,0			0,0			0,0		0,0
66	Schulbausanierung für soziale Brennpunkte									
	2009		0,0		0,0			0,0		0,0
	2008		0,0		0,0			0,0		0,0
11 16	Kredite, Finanzderivate, Schulden									
01	Zinsen Kreditmarkt									
	2009			1.022.913,5						1.022.913,5
	2008			1.007.982,9						1.007.982,9
02	Zinsrücklagen									
	2009			-3.520,2						-3.520,2
	2008			-2.785,1						-2.785,1
03	Tilgung Kreditmarkt									
	2009			3.138.477,0						3.138.477,0
	2008			2.593.190,0						2.593.190,0
04	Schuldendienst öffentlicher Bereich									
	2009			125,5						125,5
	2008			125,3						125,3
05	Sach- und Personalbudget									
	2009	98,0			440,0		270,0			808,0
	2008	321,0			450,0		64,0			835,0
Summe	2009	243.152,2	32.226,0	4.157.995,8	1.067.604,9	41,0	131.981,7	9.504,9		5.642.506,5
Summe	2008	218.964,3	33.377,7	3.598.513,1	874.788,9	20,0	115.057,8	11.435,2		4.852.157,0

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
11 03	Informations- und Kommunika- tionstechnologien (IT)							
02	Erstattungen im Zusammen- hang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Hol- stein	2010 2009		360,0 355,0	260,0 255,0		620,0 610,0	
03	Erstattungen im Zusammen- hang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Hol- stein	2010 2009		0,0 0,0	0,0 0,0		0,0 0,0	
11 11	Sonstige allgemeine Einnah- men und Ausgaben							
01	Einnahmen an Schadenser- satz einschließlich derjenigen des Mitarbeiterregresses wegen Unfällen mit Fahrzeu- gen, deren Halter das Land ist	2010 2009		450,0 450,0	60,0 60,0		510,0 510,0	
10	Entnahme aus allgemeinen Rücklagen	2010 2009				120.000,0 105.000,0	120.000,0 105.000,0	
11 16	Kredite, Finanzderivate, Schul- den							
01	Bruttokreditaufnahme	2010 2009				3.324.600,6 3.745.912,2	3.324.600,6 3.745.912,2	
	Summe Haushalt	2010		810,0	320,0	3.324.600,6	3.445.730,6	
	Summe Haushalt	2009		805,0	315,0	3.745.912,2	3.852.032,2	

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

11 02 Finanzausweisungen

01 Vorwegabzug nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 FAG für den Kommunalen Schulbaufonds nach § 21 FAG

2010						31.000,0			31.000,0
2009						31.000,0			31.000,0

02 Sonstige Vorwegabzüge nach § 7 Abs. 1 FAG

2010				174.592,0		7.650,0			182.242,0
2009				160.521,0		7.650,0			168.171,0

03 Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 FAG

2010				872.822,5		81.081,9			953.904,4
2009				904.683,9		84.041,7			988.725,6

11 03 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

01 Kooperationen und organisatorische Maßnahmen

2010		155,0		1.000,0		0,0			1.155,0
2009		165,0		1.000,0		0,0			1.165,0

02 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Sprachnetzes Schleswig-Holstein

2010		16.797,0		355,0	41,0				17.193,0
2009		16.797,0		355,0	41,0				17.193,0

03 Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung eines Datennetzes Schleswig-Holstein

2010		14.905,0				0,0			14.905,0
2009		14.905,0				0,0			14.905,0

04 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Amt für Bundesbau

2010	0,0	242,0				40,0			282,0
2009	0,0	261,0				20,0			281,0

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

01 Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

2010						9.000,0			9.000,0
2009						9.000,0			9.000,0

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

01 Versorgungsrücklagen

2010	31.300,0								31.300,0
2009	28.300,0								28.300,0

11 06 Beihilfen

01 Beihilfen und Pflegeleistungen

2010	224.952,1								224.952,1
2009	214.852,2								214.852,2

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

01 Schadensersatz und Erstattungen wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist, einschließlich der Gerichts- und ähnlichen Kosten

2010				605,0					605,0
2009				605,0					605,0

02 Verwendung der Zweckabgaben nach §§ 10, 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)

2010						9.549,8			9.549,8
2009						9.504,9			9.504,9

11 Allgemeine Finanzverwaltung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -							
10	Zuführung an allgemeine Rücklagen								
	2010							0,0	0,0
	2009							0,0	0,0
61	Übertragung der Liegenschaften auf die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LSVH)								
	2010		0,0						0,0
	2009		0,0						0,0
62	Zuführung an die Versorgungsrücklage - übertragen nach Kap. 1105 - TG 61								
	2010								
	2009								
64	Maßnahmen im Rahmen des Regionalprogramm 2000								
	2010				0,0		0,0		0,0
	2009				0,0		0,0		0,0
65	Ganztagsbetreuung								
	2010	0,0			0,0		0,0		0,0
	2009	0,0			0,0		0,0		0,0
66	Schulbausanierung für soziale Brennpunkte								
	2010		0,0		0,0		0,0		0,0
	2009		0,0		0,0		0,0		0,0
11 16	Kredite, Finanzderivate, Schulden								
01	Zinsen Kreditmarkt								
	2010			1.085.032,0					1.085.032,0
	2009			1.022.913,5					1.022.913,5
02	Zinsrücklagen								
	2010			-8.685,6					-8.685,6
	2009			-3.520,2					-3.520,2
03	Tilgung Kreditmarkt								
	2010			2.720.789,0					2.720.789,0
	2009			3.138.477,0					3.138.477,0
04	Schuldendienst öffentlicher Bereich								
	2010			107,4					107,4
	2009			125,5					125,5
05	Sach- und Personalbudget								
	2010		243,0		450,0		165,0		858,0
	2009		98,0		440,0		270,0		808,0
Summe	2010	256.252,1	32.342,0	3.797.242,8	1.049.824,5	41,0	128.936,9	9.549,8	5.274.189,1
Summe	2009	243.152,2	32.226,0	4.157.995,8	1.067.604,9	41,0	131.981,7	9.504,9	5.642.506,5

Wirtschaftsplan

„Kommunaler Investitionsfonds“ gemäß § 19 Finanzausgleichsgesetz

<u>Ktn.</u> <u>Grp</u>	<u>Konto</u>	<u>Zweckbestimmung</u>	<u>Ist</u> <u>2007</u>	<u>Ansatz</u> <u>2008</u>	<u>Ansatz</u> <u>2009</u>	<u>Ansatz</u> <u>2010</u>
			- T€ -			
1	2	3	4	5	6	7
		Erfolgsplan				
		Erträge				
		<u>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst</u>				
1	119 99	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0
1	153 01	Zinseinnahmen aus gewährten Darlehen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Zins- und Tilgungseinnahmen aus den bei Titel 853 01 und 857 01 gewährten Darlehen. Die Einnahmen fließen dem Kommunalen Investitionsfonds wieder zu.				
1	157 01	Zinseinnahmen aus gewährten Darlehen von Zweckverbänden	10.216,4	13.260,0	14.620,0	13.490,0
		Erläuterungen				
		Erläuterungen siehe Titel 153 01.				
1	162 01	Sonstige Zinseinnahmen	1.934,0	0,0	0,0	0,0
1	173 01	Tilgungseinnahmen für gewährte Darlehen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Erläuterungen siehe Titel 153 01.				
1	177 01	Tilgungseinnahmen für gewährte Darlehen von Zweckverbänden	39.095,2	34.560,0	42.906,0	39.202,0
		Erläuterungen				
		Erläuterungen siehe Titel 153 01.				
		Summe Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	51.245,6	47.820,0	57.526,0	52.692,0

<u>Ktn.</u> <u>Grp</u>	<u>Konto</u>	<u>Zweckbestimmung</u>	<u>Ist</u> <u>2007</u>	<u>Ansatz</u> <u>2008</u>	<u>Ansatz</u> <u>2009</u>	<u>Ansatz</u> <u>2010</u>
1	2	3	4	5	6	7
		- T€ -				
		<u>Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen</u>				
2	325 01	Aufnahme von Kapitalmarktmitel gem. § 19 Abs. 4 FAG einschl. Schuldübernahmen	0,0	57.020,0	40.300,0	29.530,0
		Erläuterungen				
		Gemäß § 19 Abs. 4 FAG ist die Investitionsbank Schleswig-Holstein Girozentrale als treuhänderische Verwalterin des Sondervermögens berechtigt, Kapitalmarktmitel aufzunehmen.				
		Summe Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0	57.020,0	40.300,0	29.530,0
		<u>Besondere Finanzierungseinnahmen</u>				
3	359 01	Entnahme von Termingeld	466.450,0	0,0	0,0	0,0
3	359 03	Zuführung von Tilgungsleistungen aus der Feuerschutzsteuer gem. § 19 Abs. 2 i.V.m. § 31 Abs. 1 FAG	400,0	400,0	400,0	400,0
3	361 01	Entnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Vorsorglicher Leertitel für die Entnahme aus dem Bestand des Sondervermögens zum Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben.				
		Summe Besondere Finanzierungseinnahmen	466.850,0	400,0	400,0	400,0
		Gesamtsumme Erträge	518.095,6	105.240,0	98.226,0	82.622,0

<u>Ktn.</u> <u>Grp</u>	<u>Konto</u>	<u>Zweckbestimmung</u>	<u>Ist</u> <u>2007</u>	<u>Ansatz</u> <u>2008</u>	<u>Ansatz</u> <u>2009</u>	<u>Ansatz</u> <u>2010</u>
1	2	3	4	5	6	7
		Aufwendungen				
		<u>Sächliche Verwaltungsausgaben</u>				
1	546 99	Vermischte Ausgaben	5,6	0,0	0,0	0,0
		Summe Sächliche Verwaltungsausgaben	5,6	0,0	0,0	0,0
		<u>Schuldendienst</u>				
2	575 01	Zinsen für am Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen	4.105,6	8.130,0	5.830,0	5.300,0
		Erläuterungen				
		Hier wird der Schuldendienst für die aufgenommenen bzw. veranschlagten Kredite ausgewiesen.				
2	595 01	Tilgung von am Kapitalmarkt aufgenommenen Darlehen	6.854,2	6.870,0	8.450,0	9.850,0
		Erläuterungen				
		Erläuterungen siehe Titel 575 01.				
		Summe Schuldendienst	10.959,8	15.000,0	14.280,0	15.150,0
		<u>Zuwendung mit Ausnahme für Investitionen</u>				
3	671 01	Kostenerstattung an die Investitionsbank	200,0	240,0	200,0	200,0
		Erläuterungen				
		Nach § 19 Abs. 1 FAG wird der Kommunale Investitionsfonds von der Investitionsbank Schleswig-Holstein Girozentrale im Auftrage des Innenministeriums treuhänderisch verwaltet. Veranschlagt sind die Kosten für die Durchführung.				
3	698 01	Anlegung von Termingeld	473.500,0	0,0	0,0	0,0
		Summe Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	473.700,0	240,0	200,0	200,0
		<u>Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</u>				
4	853 01	Darlehen aus dem Investitionsfonds gem. § 19 Abs. 4 FAG an Gemeinden u. Gemeindeverbände	68.192,2	65.000,0	60.000,0	50.000,0
		Erläuterungen				
		Darlehen an Gemeinden, Kreise, Ämter und Zweckverbände für wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Vgl. Tit. 153 01 und 157 01.				

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
			- T€ -			
1	2	3	4	5	6	7
4	857 01	Darlehen aus dem Investitionsfonds gem. § 19 Abs. 4 FAG an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Erläuterungen siehe Titel 853 01.				
4	919 01	Zuführung an den Landeshaushalt zur Aufstockung der Finanzausgleichsmasse	20.000,0	20.000,0	18.000,0	9.000,0
		Erläuterungen				
		Nach § 19 Abs. 10 FAG werden dem Kommunalen Investitionsfonds in den Jahren 2007 und 2008 jeweils 20.000,0 T€, im Jahr 2009 18.000,0 T€ und im Jahr 2010 9.000,0 T€ entnommen und der Finanzausgleichsmasse zur Stabilisierung zugeführt (vgl. Titel 1102 – 359 01).				
4	919 02	Zuführung an den Landeshaushalt für Maßnahmen der Dorfentwicklung und der ländlichen Regionalentwicklung	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Ab 2007 keine Zuführung mehr an den Landeshaushalt für diesen Zweck.				
4	919 03	Zuführung an den Landeshaushalt zur Finanzierung des kommunalen Anteils an der Automatisierten Liegenschaftskarte	3.500,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Nach § 19 Abs. 11 FAG wurde dem KIF in 2007 ein Teilbetrag von 3,5 Mio. € zweckgebunden zur Finanzierung des kommunalen Anteils an der Automatisierten Liegenschaftskarte entnommen (vgl. Titel 1102 – 359 02).				
4	919 04	Zuführung an den Landeshaushalt zur Förderung von freiwilligen Verwaltungszusammenschlüssen	4.400,0	4.000,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Nach § 19 Abs. 10 FAG wurde dem KIF in 2007 in Teilbetrag von 4,4 Mio. € und in 2008 ein Teilbetrag von 4,0 Mio. € zur Förderung von freiwilligen Verwaltungszusammenschlüssen entnommen (vgl. Titel 1102 – 359 03).				

<u>Ktn.</u> <u>Grp</u>	<u>Konto</u>	<u>Zweckbestimmung</u>	<u>Ist</u> <u>2007</u>	<u>Ansatz</u> <u>2008</u>	<u>Ansatz</u> <u>2009</u>	<u>Ansatz</u> <u>2010</u>
1	2	3	4	5	6	7
			- T€ -			
4	919 05	Zuführung an den Landeshaushalt zur Finanzierung von Maßnahmen gemeinde- und kreisübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationsarbeit	852,3	1.000,0	1.000,0	1.000,0
		Erläuterungen				
		Nach § 19 Abs. 12 FAG wird dem KIF in den Jahren 2009 und 2010 ein Teilbetrag von je 1,0 Mio. € zur Finanzierung von gemeinde- und kreisübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik entnommen (vgl. Titel 1103 – 359 01).				
		Summe Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	96.944,5	90.000,0	79.000,0	60.000,0
		Gesamtsumme Aufwendungen	581.609,9	105.240,0	93.480,0	75.350,0
		Abschluss				
		Erträge	518.095,6	105.240,0	98.226,0	82.622,0
		Aufwendungen	581.609,9	105.240,0	93.480,0	75.350,0
		Zuschuss	63.514,3			
		Überschuss		0,0	4.746,0	7.272,0
		Haushaltsvermerke: Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb des Sondervermögens. Die Freigabe nach § 45 Abs. 3 LHO entfällt. Nachrichtlich: Kapitalvermögen am 31.12.2007: a) Forderungen aus gewährten Darlehen gem. § 19 Abs. 4 FAG			400.831.348,34 €	
		b) Guthaben bei der HSH Nordbank - Sonderkonto Nr. 5200 1620 - Termin- und Tagesgelder			10.416.199,81 € 7.050.000,00 €	
				Bruttovermögen	418.297.548,15 €	
		c) Verbindlichkeiten für am Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen			85.436.014,91 €	
				Nettovermögen	332.861.533,24 €	
		Das Vermögen wird durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, treuhänderisch verwaltet.				

Wirtschaftsplan

Sondervermögen „Versorgungsrücklage“

<u>Ktn.</u> <u>Grp</u>	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
			- T€ -			
1	2	3	4	5	6	7
		Erfolgsplan				
		Erträge				
		<u>Einnahmen aus Schuldendienst</u>				
1	129 01	Einnahmen aus fälligen Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Zins- und Tilgungseinnahmen aus den bei Titel 831 01 angekauften Schuldverschreibungen des Landes. Die Einnahmen fließen der Versorgungsrücklage zu.				
1	162 01	Zinseinnahmen	6.319,8	7.022,1	7.034,0	8.234,0
		Erläuterungen				
		Vgl. Tit. 129 01				
		Summe Einnahmen aus Schuldendienst	6.319,8	7.022,1	7.034,0	8.234,0
		<u>Besondere Finanzierungseinnahmen</u>				
2	359 01	Zuführung aus dem Landeshaushalt	19.846,8	27.100,0	28.300,0	31.300,0
		Erläuterungen				
		Erwartet wird die Zuführung aus dem Landeshaushalt in Höhe von 28,3 Mio. € in 2009 und 31,3 Mio. € in 2010				
		Vgl. Kap. 1105 – TG 61; übertragen von 1111 - TG 62.				
2	361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Vorsorglicher Leertitel				

<u>Ktn.</u> <u>Grp</u>	<u>Konto</u>	<u>Zweckbestimmung</u>	<u>Ist</u> <u>2007</u>	<u>Ansatz</u> <u>2008</u>	<u>Ansatz</u> <u>2009</u>	<u>Ansatz</u> <u>2010</u>
			- T€ -			
1	2	3	4	5	6	7
		Summe Besondere Finanzierungseinnahmen	19.846,8	27.100,0	28.300,0	31.300,0
		Gesamtsumme Erträge	26.166,6	34.122,1	35.334,0	39.534,0
		Aufwendungen				
		<u>Erwerb von Schuldverschreibungen</u>				
1	534 01	Kosten anlässlich des Erwerbs von Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen				
		Vorsorglicher Leertitel				
		Summe Erwerb von Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
		<u>Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</u>				
2	831 01	Erwerb von Schuldverschreibungen	26.166,6	34.122,1	35.334,0	39.534,0
		Erläuterungen				
		Vgl. Tit. 129 01 und 162 01				
		Summe Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	26.166,6	34.122,1	35.334,0	39.534,0
		<u>Besondere Finanzierungsausgaben</u>				
3	919 01	Ablieferung an den Landeshaushalt	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	0,0
		Gesamtsumme Aufwendungen	26.166,6	34.122,1	35.334,0	39.534,0
		Abschluss				
		Erträge	26.166,6	34.122,1	35.334,0	39.534,0
		Aufwendungen	26.166,6	34.122,1	35.334,0	39.534,0
		Haushaltsvermerke: Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb des Sondervermögens. Die Freigabe nach § 45 Abs. 3 LHO entfällt. Zu Titel 162 01: Ausgaben für Stückzinsen sind von der Einnahme abzusetzen. Nachrichtlich: Kapitalvermögen am 31.12.2007: 132.009.955,56 € Das Vermögen wird durch die Deutsche Bundesbank Hauptverwaltung Hamburg treuhänderisch verwaltet.				